



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **ADS – Grenzfriedensbund und die Zukunft der Grenzfriedenshefte**
- **Die Integration türkischer Migranten**
Ein Veranstaltungsbericht
- **Deutsch in Dänemark – Dänisch in Deutschland**
Schulen im Grenzland
- **Innovation und Forschung in den neuen dänischen Regionen**
Die Position Süddänemarks
- **Erinnern für Gegenwart und Zukunft**
Die historische Dokumentation in Ladelund
- **Geschichte und Politik: der Oeversee-Marsch**

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

Wir danken der
Firma Druckzentrum Harry Jung
für ihr Entgegenkommen beim Druck
dieser und weiterer Ausgaben der
Grenzfriedenshefte

HERAUSGEBER: GRENZFRIEDENSBUND e.V.

Anschrift: Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Geschäftsführerin: Ingrid Schumann

Sprechzeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Telefon (04 61) 2 67 08 · Telefax (04 61) 2 67 09
E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net
www.grenzfriedensbund.de
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 96

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020
Nord-Ostsee Sparkasse (BLZ 217 500 00) 13 862
Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

ADS – Grenzfriedensbund und
die Zukunft der Grenzfriedenshefte239

Anna Kahlen

Die Integration türkischer Migranten.
Ein Veranstaltungsbericht243

Amelia J. Westerman / Tilo Krause

Deutsch in Dänemark – Dänisch in Deutschland. Schulen im
Grenzland und ihr Verhältnis zum Nachbarsprachenunterricht 253

Torben Dall Schmidt / Henrik Doensig Jørgensen

Innovation und Forschung in den neuen dänischen Regionen.
Die Position Süddänemarks 265

Jörn-Peter Leppien

Erinnern für Gegenwart und Zukunft.
Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und
Begegnungsstätte Ladelund 277

Lars N. Henningsen

Geschichte und Politik: der Oeversee-Marsch295

Umschau305

Buchbesprechungen316

Mitarbeiter/innen dieses Heftes323

Abbildungsnachweis324

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ADS – Grenzfriedensbund und die Zukunft der Grenzfriedenshefte

Die Vorsitzenden der ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig) und des Grenzfriedensbundes, Hans Dethleffsen und Lothar Hay, haben in einem Interview mit dem Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Stephan Richter, die Vorteile dargelegt, die aus ihrer Sicht für eine Fusion beider Vereine sprechen (11.11.2006). Der Verschmelzungsvertrag wurde am 27.11.2006 von beiden Mitgliederversammlungen mit großer Mehrheit angenommen. Die Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes formulierte zudem Gesichtspunkte für einen verbesserten Satzungsentwurf, über den eine Mitgliederversammlung des neuen Vereins 2007 beraten und beschließen soll.

Im Folgenden fasst Lothar Hay für unsere Mitglieder und die Leser/innen der Grenzfriedenshefte die Gründe für die Verschmelzung des Grenzfriedensbundes mit der ADS zusammen. Danach informieren wir über die Voraussetzungen, unter denen die Grenzfriedenshefte mit neuer Herausgeberschaft über den 53. Jahrgang hinaus weiter erscheinen werden.

Die Redaktion

1. Stellungnahme des Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes Lothar Hay

Am 27.11.2006 beschloss die Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes in Flensburg die Fusion zum 1.1.2007 mit der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS).

Der Grenzfriedensbund hat seit 2003 keine Steigerung der öffentlichen Mittel des Landes Schleswig-Holstein erhalten. Seit 2003 liegt er bei 60.700 €. Für 2007 ist vorgesehen, diesen Zuschuss auf 30.000 € zu kürzen, für das Jahr 2008 waren keine Mittel mehr für unseren Verein eingeplant. Ursache für diese Kürzungen ist nicht zuletzt die schlechte finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein. Der Vorstand hat in den letzten Jahren größere Kürzungen vermeiden können, aber das Verständnis für unsere Arbeit ist im Landtag zurückgegangen. Mehrfach wurde in der jüngeren Vergangenheit die Frage gestellt, warum es noch vier Grenzverbände (ADS, Deutscher Grenzverein, SHHB, Grenzfriedensbund) geben müsse.

Ein weiterer Punkt, der den Vorstand in der Vergangenheit öfter beschäftigt hat, ist unsere Mitgliederentwicklung. Im Zeitraum 1996-2005 hat der Grenzfriedensbund 21,7 Prozent seiner Mitglieder verloren. Diese Tendenz wird sich wegen der Altersstruktur in den nächsten Jahren nicht verändern, sondern eher noch

verschärfen. Mitgliederwerbemaßnahmen, die vom Vorstand durchgeführt wurden, brachten nicht den erhofften Zustrom neuer Mitglieder. Dank des Einsatzes unseres Mitgliedes Helmut Schumann konnten etliche Ausgaben der Grenzfriedenshefte durch finanzielle Zuschüsse von Sponsoren finanziert werden.

Mit der kritischen Situation unseres Vereines hat sich der Vorstand intensiv beschäftigt und folgende Alternativen diskutiert:

- Auflösung
- Reduzierung der Arbeit
- Reduzierung der Ausgaben der Grenzfriedenshefte oder
- einen Partner finden, mit dem die Aufgaben weitergeführt werden können.

Dieser Partner wurde mit der ADS gefunden. Die Kontakte zur ADS wurden in den letzten Jahren vertieft. Zusätzlich zu den gemeinsamen Kontakten aller vier Grenzverbände im kleinen Grenzausschuss traten Grenzfriedensbund und ADS gemeinsam bei den Schleswig-Holstein-Tagen auf. Die Sozial- und Jugendarbeit der ADS hat Bezüge zu unserer Arbeit. Der Vorstand entschied vor der Sommerpause, Fusionsverhandlungen mit der ADS zu führen. Wichtig war dem Vorstand, dass wesentliche Teile unserer Arbeit in einem neuen Verein fortgeführt werden müssen.

Nach Abschluss der Verhandlungen ließ sich folgendes feststellen: Auch im neuen Verein wird es Kontakte zu den Minderheiten beiderseits der Grenze geben. Die Dialog-Veranstaltungen werden fortgeführt. Die Grenzfriedenshefte werden unter der bewährten Verantwortung des leitenden Redakteurs Dr. Leppien und der anderen ehrenamtlich tätigen Redakteure das Aushängeschild auch des neuen Vereins sein. Inhaltlich werden die Grenzfriedenshefte unverändert erscheinen. Dies wurde in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der ADS, Hans Dethleffsen, ausdrücklich vereinbart. Um die Zielsetzung der Grenzfriedenshefte noch deutlicher zu machen, sollen sie in Zukunft den Untertitel „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ erhalten. Unsere Mitarbeiterin Ingrid Schumann wird zukünftig im neuen Verein arbeiten.

Der Vorstand unseres Vereins hat nach Bewertung der Fusionsverhandlungen einstimmig beschlossen, der Mitgliederversammlung die Fusion mit der ADS zu empfehlen.

Nach der Eintragung des fusionierten Vereins mit dem Namen „ADS – Grenzfriedensbund e.V. Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“ in das Vereinsregister wird eine Mitgliederversammlung im nächsten Jahr über eine neue Satzung entscheiden müssen. Durch den Verschmelzungsvertrag wurde sichergestellt, dass zwei bisherige Vorstandsmitglieder des Grenzfriedensbundes dem Vorstand des fusionierten Vereins angehören müssen. Der geschäftsführende Vorstand hat fünf Mitglieder.

Ich würde mich freuen, wenn möglichst alle unsere Mitglieder, Freunde und Unterstützer unserer Arbeit den Weg auch in den neuen Verein mitgehen. Die wesentlichen Aufgaben des Grenzfriedensbundes können fortgeführt werden. Friedensarbeit an der deutsch- dänischen Grenze, das Miteinander von Mehrheiten und Minderheiten beiderseits der Grenze zu fördern, Kenntnisse über die Besonderheit unserer Region zu vermitteln, historische Zusammenhänge aus unterschiedlichen Blickwinkeln darzustellen, werden auch in Zukunft wichtige Aufgaben sein.

2. Perspektiven für die Grenzfriedenshefte aus Sicht der Redaktion

Liebe Leserin, lieber Leser,
mit der vorliegenden Ausgabe endet für die Grenzfriedenshefte nach 53 Jahren die Herausgeberschaft des Grenzfriedensbundes in ihrer bisherigen Form. In dieser Zeit haben Grenzfriedensbund und Grenzfriedenshefte einen wesentlichen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung der Menschen dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze geleistet. Die Grenzfriedenshefte wurden zu einer allseits anerkannten informativen Zeitschrift, die immer wieder brisante und strittige Themen aufgreift und zahlreichen deutschen wie dänischen Autoren ein Forum bietet, um historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungen im Grenzland kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Die ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig), mit der sich der Grenzfriedensbund nun zusammenschließt, hat sich seit vielen Jahren durch vorzügliche moderne und zukunftsorientierte Sozialarbeit profiliert und längst von ihrer anfänglichen, durch den Grenzkampf vor 1955 geprägten einseitigen Ausrichtung als Grenzverein Abschied genommen. Dies kann als Ausdruck des positiven Wandels in der Entwicklung unserer Region seit den 1950er Jahren gewertet werden.

Das Fortbestehen der Grenzfriedenshefte ist nicht nur Redaktion und Herausgebern wichtig, sondern auch unseren Leserinnen und Lesern, wie wir vielen höchst besorgten Anfragen entnehmen dürfen. Doch durch die Vereinsfusion kann nach den Haushaltsbeschlüssen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen die Zukunft unserer Zeitschrift finanziell gesichert werden. Daher haben wir Bedenken gegen einige Teile der jüngsten Entwicklung, vor allem gegen den unserer Ansicht nach umständlichen und möglicherweise falsche Assoziationen weckenden künftigen Vereinsnamen, hintangestellt und im Gespräch mit den Verantwortlichen aus Grenzfriedensbund und ADS folgende Vereinbarungen über die Fortsetzung unserer ehrenamtlichen Arbeit getroffen:

- Die Unabhängigkeit der Redaktion bleibt in vollem Umfang gewahrt.
- Die Grenzfriedenshefte sind nicht die Mitgliederzeitschrift des neuen Vereins (diese Funktion nimmt das Informationsblatt „Streiflicht“ wahr), sondern eine

besondere von diesem herausgegebene Publikation; Vereinsmitglieder erhalten unsere Zeitschrift automatisch, und daneben besteht die Möglichkeit eines vereinsunabhängigen Abonnements.

- Die Finanzierung der Grenzfriedenshefte ist für mindestens zwei Jahre gesichert; die Hefte behalten ihren gewohnten Umfang.
- Die bisherige Geschäftsführerin des Grenzfriedensbundes, Frau Ingrid Schumann, wird die Redaktionsgeschäftsstelle als Angestellte des fusionierten Vereins weiterhin betreuen.

Auch in Zukunft werden die Grenzfriedenshefte unabhängig, undogmatisch und fachkompetent über Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im schleswigschen Grenzland berichten. Die Grenzfriedenshefte sind die Zeitschrift für den deutsch-dänischen Dialog und für grenzüberschreitende Information aus erster Hand und werden es auch bleiben!

Auch im Jahr 52 nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen gibt es noch viel zu tun, um Deutschen und Dänen ihre gemeinsame Verantwortung nahezubringen und um zählebrigen Hindernissen und Vorurteilen entgegenzutreten.

Eine Grundvoraussetzung zur gegenseitigen Verständigung ist Wissen über einander. Wir möchten die kulturelle Vielfalt bewusst machen und die daraus resultierenden Chancen für die gemeinsame Zukunft im schleswigschen Grenzland aufzeigen. Ideenaustausch und Vernetzung über alle Grenzen hinweg sind unerlässlich, um Lösungen für aktuelle wirtschaftliche, soziale und politische Fragen zu finden. Nicht ein wie auch immer gearteter Wettbewerb, bei dem es zwangsläufig Gewinner und Verlierer geben muss, ist unser Anliegen, sondern ein nachhaltiges und lebendiges Miteinander, um das alte Schleswig als zukunfts-trächtige, lebenswerte und lebendige Region zu erhalten und auszubauen. In diesem Sinne ist die Redaktion auch fortan unentwegt bemüht, neue Diskussionsbeiträge und Forschungsergebnisse zu Problemen des Grenzlandes zu publizieren. Der Tradition der Grenzfriedenshefte entsprechend werden wir uns dabei auch in Zukunft nicht scheuen, unbequeme Fragen zu stellen und den Finger in offene oder verdeckte Wunden zu legen.

Wir hoffen und wünschen, dass Sie den Grenzfriedensheften auch unter den neuen Bedingungen die Treue halten. Zunächst aber wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre mit der vorliegenden Ausgabe, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesegnetes neues Jahr.

Die Integration türkischer Migranten

Ein Veranstaltungsbericht

von ANNA KAHLEN

Beim 1. „Dialog Grenzfriedensbund“ im November 2001 ging es um Perspektiven der Minderheitenpolitik, wobei die Situation der „neuen Minderheiten“ ein Schwerpunkt der Überlegungen war (GFH 4/2001, S. 273-284). An diesen Fäden knüpfte eine Veranstaltung an, die der Grenzfriedensbund am 1. November 2006 gemeinsam mit der Europa-Union Deutschland, Kreisverband Flensburg und Den Danske Europabevægelse i Sønderjylland durchführte: „Was fehlt zu einer gelungenen Integration? Türkinnen und Türken in Schleswig-Holstein und im deutsch-dänischen Grenzland.“ Hauptredner war der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner. Die Journalistin Anna Kahlen, freie Mitarbeiterin beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, berichtet für uns über die Veranstaltung.

Die Redaktion

Die Teilnehmer

In ihren Referaten erörterten Dr. Ralf Stegner, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Gert Roßberg, Vorsitzender des Kreisverbandes Flensburg der Europa-Union, der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, Dr. Cebel Küçükcaraca, Christa Kreber, Leiterin des ADS-Kinder- und Jugendtreffs „Speicher“ in Flensburg sowie Siegfried Matlok, Leiter des Deutschen Sekretariats in Kopenhagen, die grundlegenden Bestandteile einer erfolgreichen Integration und nahmen Stellung zur gegenwärtigen Integrationspolitik und zur Situation von türkischen Migranten in Schleswig-Holstein und in der Grenzregion. Des Weiteren wurden denkbare Lösungsansätze dargelegt. Abschließend diskutierten die Referenten unter der Leitung von Lothar Hay, dem Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes und der SPD-Landtagsfraktion, mit den rund 60 Zuhörern, zu denen auch einige Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zählten.

Kriterien einer „gelungenen Integration“

„Wenn die in Schleswig-Holstein und in der deutsch-dänischen Grenzregion lebenden Türken als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder in die deutsche Gesellschaft eingegliedert sind, kann von einer gelungenen Integration gesprochen werden“, betonte Gert Roßberg, Vorsitzender des Kreisverbandes Flens-

burg der Europa-Union, in seinem Vortrag. Er wies darauf hin, dass gegenwärtig einerseits Fortschritte, aber gleichzeitig auch eindeutige Defizite hinsichtlich der Integration von Migranten zu erkennen sind. „Die Integration ist erst dann erfolgreich, wenn nicht mehr darüber gesprochen wird“, stellte Gert Roßberg fest und hob Kriterien hervor, die für eine gelungene Integration besonders ausschlaggebend seien.

„Erst wenn beide Seiten, die Migranten einerseits und die deutsche Gesellschaft andererseits, einsehen, dass Integration eine wechselseitige Arbeit ist, kann man eine gelungene Integration erreichen“, so Roßberg. Die Minderheit müsse den Willen haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren, während gleichzeitig auch die Mehrheit der Integration zustimmt. Als ein Kriterium von besonders hohem Stellenwert nannte er den Erwerb der deutschen Sprache. Es bestehe eine hohe Arbeitslosigkeit unter Türken, und ihr Anteil an höheren Schulabschlüssen und qualifizierenden Berufsausbildungen sei sehr gering, wofür unter anderem schlechte Deutschkenntnisse verantwortlich seien. „Eine gelungene Integration bedeutet allerdings nicht, dass die eigene Kultur und die Muttersprache abgelegt werden müssen“, hob er hervor. Dies sei dann keine Integration mehr, sondern eine Assimilation, eine Angleichung an die deutsche Gesellschaft. Weiter stellte Roßberg fest, dass die deutsche Verfassung von Migranten nicht nur als selbstverständliche Grundlage des Zusammenlebens angesehen werden müsse, sondern auch persönlich anerkannt werden sollte. Für eine gelungene Kommunikation sei ein fortwährender Dialog zwischen Einwanderern und der deutschen Gesellschaft unverzichtbar. „Alles, was einem guten Zusammenleben von Migranten und Deutschen im Wege steht, sollte besprochen werden“, sagte Roßberg. Die türkische Gemeinschaft solle sich zu Wort melden und auch Kritik äußern können. Als letzten Aspekt nannte Roßberg gegenseitige Anerkennung als eine wichtige Grundlage für eine gelungene Integration. Dies bedeute, dass Türken sich nicht als Bürger zweiter Klasse fühlen dürfen und von sich aus sagen sollen: „Schleswig-Holstein, das ist mein Land!“ Das Christentum und der Islam seien schließlich keine geschlossenen Einheiten, und ein Austausch zwischen den beiden Religionen könne ohne weiteres stattfinden. Der Islam gehöre heutzutage zu Deutschland und sei ein Teil unserer Gegenwart und Zukunft, lautete Roßbergs Fazit.

Integration im Fokus der Politik

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, ging in seiner Rede insbesondere auf die aktuelle Integrationspolitik in Deutschland und auf das Zuwanderungsgesetz ein. Bereits im Jahr 1979 habe der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, gefordert: „Wir brauchen

eine konsequente Integrationspolitik.“ 2005 sei dann das erste Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Dies sei „vielleicht kein Meisterstück, aber besser als alles, was wir vorher hatten“, sagte der Innenminister. Es schreibe zum ersten Mal das Recht auf Integration fest. Laut Stegner muss man die Integration aus verschiedenen Perspektiven betrachten, um zu verstehen, dass ein Konzept für eine gelungene Integration her muss, das zwei Extreme ausschließt, „vor denen man sich hüten muss“: Zum einen vor einer schwärmerischen Haltung, die vor bestehenden Problemen die Augen verschließt. Dies sei eine Politik jenseits der Wirklichkeit, die nicht funktioniere. Und zum anderen vor einer „Stammtischpolitik mit Konzepten und Formulierungen, die Vorurteile bedienen, Ängste schüren und Vereinfachungen vornehmen“. Das zweite Extrem sei gefährlicher als das erste, aber beide seien riskant, weshalb eine gelungene Integrationspolitik sich von diesen beiden Extremen fernhalten solle. Leider würden viele unsinnige Vorschläge in Bezug auf die Integration von Migranten gemacht, weil man wisse, dass diese bei einem breiten Publikum auf Zustimmung stoßen, betonte Stegner.

Nach Ansicht des Innenministers ist Integrationspolitik immer eine „Zweibahnstraße“, in der es um Fördern und Fordern gehe: Auf der einen Seite müsse die Bereitschaft, sich zu integrieren, von Migranten gefordert werden, während ihnen von Gesellschaft und Politik gleichzeitig die Hand gereicht werden müsse.

Erfolgreiche Integration – eine Frage der Bildung

Wie sein Vorredner Gert Roßberg betonte auch Ralf Stegner, dass die deutsche Sprache ein entscheidender Faktor ist, wenn es um eine erfolgreiche Integration geht. „Ohne deutsche Sprachkenntnisse funktioniert Integration nicht“, so Stegner. Weder Erfolg in der Schule, in der Ausbildung noch im Beruf seien möglich, wenn die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht wird. Deshalb sollten genügend Förderangebote zur Verfügung stehen, die bezahlbar sind, damit gute Bildungschancen für Migranten bestehen, sagte der Innenminister und betonte, auch die Stadtpolitik sei eine entscheidende Zukunftsfrage. In einer „sozialen Stadt“ dürften nicht ganze Stadtviertel herunterkommen und auf diese Weise eine Architektur entstehen, „die gerade nur zu Gewalt animiert.“ Stegners Auffassung nach darf die deutsche Gesellschaft keine „Abschreibungsgesellschaft“ sein, die zu viele Menschen zu schnell aufgibt, statt sie zu fördern. Stattdessen müsse man bereits bei Kindern ansetzen, Vorurteile zu überwinden, weil dies bei Erwachsenen schon sehr schwer sein kann.

Besonders stark sprach sich der Innenminister für ein Bleiberecht für solche Migranten aus, die in Deutschland aufgewachsen sind, sehr gut Deutsch sprechen und sich eine Existenz in Deutschland aufgebaut haben. „Warum sollte man diese Menschen mit Verwaltungsverfahren trietzen?“, fragte er. Bezüglich der Staatsbür-

gerschaft räumte Stegner ein, dass die Hürden, die ein Migrant überwinden muss, um sie zu erlangen, zum Teil recht hoch seien, hob aber hervor: „Die Staatsbürgerschaft muss die Krönung einer gelungenen Integration sein.“

Migration in Zahlen – Deutschland und Schleswig-Holstein

„Mehr als 15 Millionen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund lebten im Jahr 2005 in Deutschland“, sagte Stegner. „Das bedeutet: Jeder Fünfte in Deutschland hat mittlerweile einen Migrationshintergrund, bei den jungen Menschen ist es sogar jeder Vierte – das sind 27 Prozent.“

Zur Ergänzung: Rund 1,7 Millionen der über 7 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland sind Türken, von denen über 600.000 in Deutschland geboren wurden (Stand: 31.12.2004). Rund 141.000 ausländische Mitbürger leben laut Statistik der Landesregierung in Schleswig-Holstein (Stand: 25. August 2005), was einen Bevölkerungsanteil von 5 Prozent ausmacht. Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei: 36.939 türkische Einwanderer leben im nördlichsten Bundesland. Es folgen Migranten aus Ex-Jugoslawien (11.434), der ehemaligen Sowjetunion (10.101) und Polen (10.021; Stand 31.12.2003).

Integration mit den Augen von türkischen Migranten betrachtet

Aus der Sicht der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holsteins nahm der Landesvorsitzende des Vereins, Dr. Cebel Kücükkaraca, Stellung zu aktuellen Integrationsfragen. Der Verein versteht sich als Interessenvertretung türkischer Migranten in Deutschland und hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern. Jeden Tag sehe er Erfolge, aber auch Probleme der Integration, so Kücükkaraca. „Unserer Auffassung nach ist Integration weder mit totaler Anpassung noch mit gewollter Selbstabschottung vereinbar“, betonte er. Alle Bürger – Migranten wie Deutsche – seien dafür verantwortlich, ob das Ziel, eine erfolgreiche Integration, erreicht werde oder nicht. Als Gründe für eine bisher nicht vollständig gelungene Integration nannte Kücükkaraca verschiedene Faktoren. Ein grundlegendes Problem sei, dass Integration anfänglich für unnötig gehalten wurde, weil die Migranten der ersten Generation ursprünglich in ihr Heimatland, die Türkei, zurückkehren wollten. Die Rückkehrabsichten hätten sich im Nachhinein jedoch als unerfüllte Träume herausgestellt. „Die Migranten verbrachten übermäßig viel Zeit bei der Arbeit, wodurch ihnen zu wenig Zeit für eine Integration blieb“, sagte Kücükkaraca. Des Weiteren habe die Gesellschaft es in den Anfängen der Integration nicht vorgesehen, Gastarbeiter wirklich zu integrieren. Angebote wie Sprachkurse seien selten gewesen und Migrantenkinder seien in der Schule nicht genügend gefördert worden. Zudem seien Migranten



Das Podium: (v. l.) Gert Roßberg, Siegfried Matlok, Dr. Ralf Stegner, Lothar Hay, Dr. Cebel Küçükkaraca, Christa Kreber

noch heute Diskriminierungen ausgesetzt – ob bei der Arbeit, in der Schule oder in ihrem sozialen Umfeld.

Küçükkaraca wies darauf hin, dass man die Tatsache nicht vergessen darf, dass die wirtschaftliche Lage der Migranten meist schlechter ist als die der übrigen Bevölkerung. Vor allem die Medien verbreiteten immer noch ein „einseitiges, negatives Bild über die Migranten in Deutschland“. Als positive Gesichtspunkte der Integration bewertete er, dass es in Deutschland zahlreiche türkische Betriebe gibt, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, und dass mehrere türkische Abgeordnete einen Sitz in den Parlamenten einnehmen. Cebel Küçükkaraca zeigte sich überzeugt davon, dass die meisten Türken in Deutschland sich bemühen, einen positiven Beitrag zur Integration zu leisten. Dennoch sei nicht zu verleugnen, dass überproportional viele Migranten arbeitslos sind, viele Schüler mit Migrationshintergrund auf Haupt- und Sonderschulen gehen und verhältnismäßig niedrige oder gar keine Schulabschlüsse erwerben. Als ein weiteres Integrationsproblem bezeichnete auch er die Tatsache, dass viele Migranten sich schwer damit taten, Deutsch zu lernen. Dies sei für eine bessere Identifizierung mit ihrer Umgebung und somit für eine erfolgreiche Integration aber notwendig, so Küçükkaraca. Gleichzeitig kritisierte er jedoch, dass in Schulen immer noch kein begleitender Sprachunterricht in der türkischen Sprache angeboten wird.

Dies sei in Zeiten von Mehrsprachigkeit nicht tragbar und führe dazu, dass türkische Migrantenkinder nicht einmal ihre Muttersprache richtig beherrschten. „Diese Defizite können nur durch gezielte Programme, Projekte und groß angelegte Bildungsinitiativen behoben werden. Dabei muss immer das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen Institutionen, Vereinen und Behörden gelten“, stellte er abschließend fest.

Integration in der Praxis

In ihrem täglichen Umgang mit Migranten-Kindern hat Christa Kreber als Leiterin des ADS Kinder- und Jugendtreffs „Speicher“ in Flensburg viele Beobachtungen in Bezug auf das Verhalten von Kindern mit Migrationshintergrund gemacht. Auf vier wichtige Aspekte, die für eine erfolgreiche Integration notwendig sind, ging sie in ihrem Kurzreferat ein. Migranten müssten dabei unterstützt werden, die „Fremdsprache“ Deutsch zu erschließen. „Hier ist jedoch nicht das technische Erlernen unserer Sprache gemeint, sondern der Zugang zur Tiefe unserer Sprache mittels praktischer Tätigkeiten und emotionaler Erlebnisse“, betonte sie. Vor allem die schulische Bildung, sowohl die der Migranten als auch die deutscher Kinder, ist für Christa Kreber eine unabdingbare Voraussetzung für eine gelungene Integration. „Eine ganzheitliche Bildung schützt vor unreflektierter Übernahme von Vorurteilen und diffusen Ängsten vor dem Fremden und gibt das Rüstzeug, sich mit neuen Impulsen auseinandersetzen zu können“, so Kreber. Orte der Begegnung nannte sie eine weitere Notwendigkeit für ein gelungenes Miteinander. Stadtteile, in denen sich bestimmte Nationalitäten konzentrieren und auf diese Weise soziale Probleme entstünden, führten zu einer mangelhaften, alltäglichen Begegnung in der Gesellschaft. „Ich glaube, wir haben es nicht ausreichend ermöglicht, Nachbarn anderer Nationalitäten zu einer Alltäglichkeit werden zu lassen“, sagte sie. Zu oft werde in der Begegnung mit Migranten vergessen, dass sich kulturelle Eigenheiten nicht von selbst erklären. Auch die Deutschen müssten sich Mühe geben, den Migranten die Werte und Normen der deutschen Gesellschaft zu vermitteln. „Oft wird hilflos auf das Allheilmittel ‚Spracherwerb‘ gesetzt, weil viele von uns sich nicht vorstellen können, dass Kommunikation auch außerhalb von sprachlichen Fähigkeiten – zwar schwieriger, aber doch – gestaltet werden kann“, hob Christa Kreber hervor. Noch wichtiger als eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Wissen über kulturelle Unterschiede sei in ihrer pädagogischen Einrichtung die Bereitschaft zur Begegnung. Habe man dort erst eine tragfähige Basis erreicht, kümmere man sich um den Erwerb von Sprachkompetenzen und die Vermittlung von Werten und Normen. Sie sei selbst immer wieder verblüfft, wie schnell einige Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sich die „durchaus nicht einfache Sprache Deutsch“ aneig-

nen, und sie habe noch niemanden erlebt, der nicht von sich aus die deutsche Sprache habe erlernen wollen.

Integration in Dänemark

Als letzter Referent erläuterte Siegfried Matlok, Leiter des deutschen Sekretariats in Kopenhagen und Chefredakteur der deutschen Minderheitszeitung „Der Nord-schleswiger“, die Methoden und die Zielsetzung der Integrationspolitik unseres nördlichen Nachbarn Dänemark. Die dänische Ausländerpolitik werde immer wieder stark kritisiert und man werfe ihr vor, fremdenfeindlich zu sein. Diesen Vorwurf wies Matlok jedoch zurück. Es gebe in Dänemark zwar Dinge, die zu kritisieren sind, aber fremdenfeindlich sei das Land in keiner Weise. Im Jahr 2001 habe sich dort ein Wandel vollzogen, der eine „besser gesteuerte Zuwanderung“, nicht aber einen „Zuwanderungsstopp“ zum Ziel habe. Matlok berichtete über den starken Zuwanderungs-Rückgang, der sich seit 2001 in Dänemark vollzogen hat: Von einst 11.000 Zuwanderern reduzierte sich die Anzahl auf 3.000. Außerdem gebe es in Dänemark eine „24-Jahre-Regelung“, die festlegt, dass erst eine Ehe zwischen Dänen und Migranten geschlossen werden darf, wenn beide Ehepartner mindestens 24 Jahre alt sind. Diese Bestimmung sei oft stark kritisiert worden, habe die Integration aber gefördert – insbesondere, weil auf diese Weise Zwangsehen verhindert worden seien.

In Dänemark spielen die Sprachanforderungen an Migranten eine entscheidende Rolle. Die dänische Integrationspolitik beruht auf einem Integrationsvertrag, der zwischen dem Zuwanderer und seiner Wohnsitzgemeinde geschlossen wird. Hierin verpflichtet sich der Migrant, Dänisch zu lernen. „Ordentliche Dänischkenntnisse sind eine Voraussetzung, um erfolgreich integriert zu werden. Neu-Dänen müssen auch Selbstverantwortung übernehmen“, sagte Siegfried Matlok. Als positive Folgen des Wandels in der dänischen Integrationspolitik nannte er die Tatsache, dass viele Migranten seitdem zu Beschäftigung gekommen sind. „Ohne Beschäftigung ist keine Integration möglich“, betonte er. Derzeit seien über 80 Prozent aller Dänen erwerbstätig, aber nur 54 Prozent der Zugewanderten aus dem Osten. Abschließend wies Siegfried Matlok darauf hin, dass Dänemark sein humanitäres Gesicht nicht verlieren dürfe.

Diskussion

Im Anschluss an die Referate bekamen die Zuhörer mit Lothar Hay als Moderator die Möglichkeit zur ausführlichen Meinungsäußerung und Diskussion mit den Referenten. (Der Innenminister konnte aus terminlichen Gründen an dieser Diskussion nicht mehr teilnehmen).

Die gegenwärtige Lebenssituation türkischer Migranten

Ob sich die Lage der Türken in Deutschland, sowohl die der Kinder als auch die der Erwachsenen, insgesamt verbessert habe, interessierte einen Zuhörer aus dem Publikum. „Die Situation wird teilweise schlechter, aber teilweise auch besser“, antwortete Cebel Kücükkaraca. Es gebe immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten, aber dafür hätten heutzutage viele Kinder von Migranten einen Kindergartenplatz, was früher nicht so oft der Fall gewesen sei. Verschlechtert habe sich die Situation der Migranten dadurch, dass das Zuwanderungsgesetz es nicht mehr erlaubt, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu besitzen. Vielen Migranten sei dies nicht bewusst und sie verlören ihren deutschen Pass, weil sie die türkische Staatsbürgerschaft wieder angenommen haben. Eine weitere Verschlechterung sei bezüglich der Berufsausbildung von Migranten zu verzeichnen. Im Jahr 1999 hätten noch 40 Prozent von ihnen eine Berufsausbildung begonnen, während es heute nur noch 27 Prozent sind.

Auch die Frage, ob türkische Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft als Endziel der Integration denn überhaupt anstrebten, wurde aus dem Publikum gestellt. Dies bejahte Cebel Kücükkaraca. Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft habe man kein Wahlrecht, weshalb viele Türken gern die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen möchten. Die Türkische Gemeinde rate ihnen immer wieder dazu.

Wie es dazu komme, dass viele türkische Jugendliche ein teures Auto fahren, ob dies an einem anderen Verhältnis der türkischen Eltern zu Geld liege, lautete eine weitere Frage. „Viele türkische Eltern geben ihren Kindern viel Geld, weil sie denken, ihre Kinder sollen mehr von ihrem Leben haben, als sie es selbst gehabt haben“, sagte Cebel Kücükkaraca. Sie selbst würden oft ein weniger gutes Auto fahren als ihre Kinder, weil sie Schuldgefühle gegenüber diesen hätten und etwas wiedergutmachen wollten.

Die deutsch-türkische Kommunikation

Vor allem der alltägliche Umgang zwischen türkischen Migranten und der deutschen Gesellschaft warf im Publikum viele Fragen auf. Wie eine Verständigung zwischen Migranten und Deutschen denn möglich sei, wenn die Beherrschung der deutschen Sprache kein Muss ist, fragte eine Zuhörerin Christa Kreber. Als eine Möglichkeit der Verständigung nannte diese Spiele. „Sprache muss keine Grundvoraussetzung für den Kontakt zwischen Kindern und Jugendlichen sein. Unsere Einrichtung ist keine Schule“, so Kreber. „Wenn jemand etwas erzählen möchte, kann er dies auch ohne dieselbe Sprache vermitteln.“

Von ihren Erfahrungen als Einwanderin in Deutschland berichtete eine Türkin aus dem Publikum. Die Integration sei ihr nicht einfach gemacht worden. „Meine

Nachbarn haben mich eine lange Zeit nicht gegrüßt – warum nicht? Nach dem 11. September haben mir viele Menschen den Rücken zugekehrt, weil ich Muslimin bin“, sagte sie. Sie erlebe viel Oberflächlichkeit, dabei gebe sie sich große Mühe, gut mit ihren Mitmenschen auszukommen. Sie kritisierte, dass man immer wieder darauf aufmerksam gemacht werde, türkischer Abstammung zu sein – auch wenn man einen deutschen Pass besitzt. Als eine sehr große Belastung für Türken bezeichnete auch Dr. Küçükkaraca die Tatsache, dass viele Leute diese mit allen Moslems, auch den radikalen Fundamentalisten, über einen Kamm scheren. „Der Islam lehnt das Töten ab. Wer nach ihm lebt, würde nie töten“, stellte Küçükkaraca fest. „Wir Türken sind immer wieder traurig über islamistische Terroraktionen. Wir verabscheuen diese Dinge.“ Viele Muslime würden sich aus diesem Grunde zurückziehen und fühlten sich verachtet.

„Gibt es Fälle, in denen einem Arbeit suchenden Migrant eine leitende Position in einem Unternehmen nicht gewährt wurde, weil er Moslem ist?“, fragte eine Zuhörerin. Leider komme es immer wieder vor, dass Türken keine Arbeit finden, weil einige Firmen „mit Türken nichts zu tun haben wollen“, sagte Cebel Küçükkaraca. Ein türkischer Zuhörer wollte außerdem wissen, ob die Möglichkeit besteht, als in Deutschland lebender Migrant in Dänemark eine Arbeit zu finden. „Dänemark sucht nach qualifizierten Arbeitskräften, und diese sind auch unter Türken zu finden. Man müsste darüber reden, Ausnahmeregelungen für diese Situation zu finden“, sagte Siegfried Matlok.

Ein Lehrer aus dem Publikum hat die Erfahrung gemacht, dass eine türkische Schülerin es nicht für möglich hielt, dass er mit ihren Eltern ins Gespräch kommt, weil ihre Mutter Analphabetin ist und beide Eltern nur über schlechte Deutschkenntnisse verfügen. Er fragte sich, ob in solch einer Situation nicht Menschen, die einen besseren Zugang zu den Eltern haben, Einfluss nehmen könnten. „Wir würden in solch einem Fall eingreifen und appellieren beispielsweise an türkische Eltern, ihre Kinder am Sportunterricht und an Klassenfahrten teilnehmen zu lassen“, sagte Cebel Küçükkaraca. Viele Eltern kennen das deutsche Schulsystem nicht und wüssten deshalb nicht, dass Eltern in Deutschland nicht nur Rechte, sondern auch einige Pflichten haben. Der Grund dafür sei, dass das Schulsystem in der Türkei anders aufgebaut ist.

Migrationsfragen in der Politik

Ein Mitglied des Kreisverbandes Flensburg der Europa-Union kritisierte die Morddrohungen, die die türkischstämmige Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz aufgrund ihrer Äußerung gegen das Tragen eines Kopftuchs von Türken erhalten hat. Befürworter von Integration mache dies stutzig und solche, die der Integration nicht gutwillig gegenüberstehen, veranlasse dieses Verhalten zu der

Annahme, eine Integration funktioniere nicht. Hierzu sagte Cebel Kücükkaraca, dass das Kopftuch seiner Meinung nach in verschiedenen öffentlichen Bereichen in Deutschland nicht getragen werden sollte, was aber nicht heiÙe, dass es grundsätzlich verboten werden darf. Eine türkische ZuhörerIn merkte zu diesem Diskussionspunkt an, es sei nicht demokratisch, wenn sich eine Abgeordnete gegen das Tragen eines Kopftuches ausspricht. Sie toleriere diese Ansicht zwar, verstehe sie aber nicht. „Jeder darf sich doch anziehen, wie er will“, sagte sie. Auch die dänische 24-Jahre-Regelung bezeichnete sie als wenig demokratisch. „Die Regelung ist für mich ein Minus. Warum muss so lange gewartet werden, bis man heiraten darf?“, fragte sie Siegfried Matlok. „Ein Kern der dänischen Gesetzgebung ist die Vermeidung der Zwangsehe, und dies ist durch diese Regelung gelungen“, wiederholte dieser. Zu oft sei die Eheschließung missbraucht worden, als es diese Regelung noch nicht gab.

Eine Migrationsfachberaterin des Diakonischen Werkes beklagte, dass kostenlose Migrations- und Sprachkurse von Migranten nicht so angenommen werden, wie sie angenommen werden könnten. „Viele haben von diesen Angeboten oft noch nicht gehört oder haben nicht verstanden, worum es bei diesen Angeboten geht“, so Kücükkaraca. Oftmals sei der Weg zu diesen Kursen zudem sehr weit, und viele junge Türkinnen hätten Kinder, für die sie keine Betreuung für die Dauer des Kurses finden.

Fazit

Die große Zahl der Teilnehmer an der Veranstaltung und die rege Beteiligung an der Diskussion machte die Bedeutsamkeit und die Aktualität des Themas „Integration“ deutlich. Man war sich einig, dass bei der Integration türkischer Migranten in den letzten Jahren Fortschritte erzielt wurden, gleichzeitig aber auch Defizite festzustellen sind, denen in gemeinsamer Verantwortung aller Beteiligten begegnet werden sollte. Denn: Integration ist eine „Zweibahnstraße“.

Deutsch in Dänemark – Dänisch in Deutschland

Schulen im Grenzland und ihr Verhältnis zum Nachbarsprachenunterricht

von AMELIA J. WESTERMAN und TILO KRAUSE

Seit einigen Jahren steht es außer Zweifel, dass unzureichende grenzübergreifende Sprachkompetenz eines der Hauptprobleme im schleswigschen Grenzland ist, welches zahlreiche weitere Schwierigkeiten nach sich zieht oder zumindest verstärkt. Bei der Suche nach Verbesserungen gerät vor allem der Schulunterricht in der jeweiligen Nachbarsprache in den Blickpunkt. Amelia Westerman und Tilo Krause, Studierende der Germanistik am Roskilde Universitetscenter, haben sich in einem Studienprojekt unter dem Titel „Sprachkontakt im deutsch-dänischen Grenzland – politische Rahmenbedingungen für den Nachbarsprachenunterricht und deren Umsetzung an Schulen“ dieser Problematik angenommen.¹ Im vorliegenden Beitrag fassen sie die wichtigsten Ergebnisse hinsichtlich des Unterrichtsangebots zusammen.

Die Redaktion

In jüngster Zeit werden von bildungspolitischer Seite immer wieder Schlagworte wie „globalisierte Wissensgesellschaft“, „internationale Konkurrenzfähigkeit“ oder „Kompetenzentwicklung“ bemüht. In diesen Kontext gehört natürlich auch das unermüdliche Propagieren des europäischen Zusammenwachsens, das nicht zuletzt verstärkte Sprachkenntnisse fordere. Um diese praktisch zu fördern, werden regelmäßig groß angelegte Projekte von EU-Seite lanciert – man denke an das „Europäische Jahr der Sprachen“ 2001 oder die besonders auf Europas Grenzregionen orientierten INTERREG-Projekte. Die Grenzregionen stehen beim Propagieren des Europa-Gedankens ganz besonders im Mittelpunkt des Interesses, da man sie oft als natürliche Übungsplätze für eine künftige europäische Zusammenarbeit auffasst.²

Umso erstaunlicher ist es allerdings, dass in der Euroregion Sønderjylland-Schleswig bei einer im Jahre 2004 durchgeführten Befragung über Erfolge und Schwächen der bisherigen grenzübergreifenden Zusammenarbeit gerade die Sprachbarriere als das Problem genannt wurde, welches diese Zusammenarbeit nach wie vor am stärksten erschwere.³ Es besteht offenbar eine Kluft zwischen der offiziell propagierten und der tatsächlichen Nachbarsprachenkompetenz im Alltag des deutsch-dänischen Grenzlandes.

Daher liegt die Frage nahe, auf welchen politisch weniger exponierten Gebieten

hier der ganz alltägliche Erwerb der Nachbarsprache vor sich geht und welchen Bedingungen er gegenwärtig unterworfen ist. Warum sind die Ergebnisse, die hier erreicht werden, letztlich so wenig zufrieden stellend, dass im deutsch-dänischen Grenzland noch immer ein Mangel an Nachbarsprachenkompetenz festgestellt wird?

Die Schulen im Grenzland sind ein guter Ort, um in der Beantwortung dieser Frage einen Anfang zu machen, da es für viele meist hier die ersten systematisierten Kontakte mit der Nachbarsprache gibt. Unsere Frage lautet also, unter welchen Bedingungen der Unterricht in der jeweiligen Nachbarsprache an Schulen im Grenzland stattfindet. Genauer erkundigen wir uns danach, welchen Rahmen der Gesetzgeber beiderseits der Grenze für den Nachbarsprachenunterricht vorgibt und wie die Schulen im Grenzland diesen ausfüllen.

Um diese Frage beantworten zu können, haben wir nach Recherche der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Schulleitungen an 12 ausgewählten öffentlichen Bildungseinrichtungen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze darüber befragt, wie dieser gesetzliche Rahmen an ihren Schulen individuell ausgefüllt wird. Die Schulen der Minderheiten beiderseits der Grenze wurden dabei ausgenommen, da hier in der Regel von vornherein Zweisprachigkeit vorherrscht. Gegenstand unserer Betrachtung waren daher die Volksschulen und Gymnasien auf dänischer, sowie die Realschulen und Gymnasien auf deutscher Seite.

Die dänische Volksschule – Deutsch im Gesetz und im Klassenzimmer⁴

In Dänemark beträgt die Dauer der Schulpflicht neun Jahre. Die Volksschule ist einheitlich, eine Unterteilung in verschiedene Schularten gibt es in den ersten neun Schuljahren nicht. Die erste Fremdsprache Englisch wird ab Klasse 3 unterrichtet. Das Fach Deutsch wird als zweite Fremdsprache von Klasse 7 bis 9 angeboten. Manche Schulen bieten als Alternative hierzu Französisch an. Die zweite Fremdsprache ist theoretisch gesehen ein Wahlfach, wird aber bis auf wenige Ausnahmen von sämtlichen Schülern gewählt. Eine zweite Fremdsprache ist nämlich – neben anderen Fächern – Voraussetzung für den weiteren Bildungsweg an den gymnasialen Ausbildungsgängen.

Der Aspekt der Freiwilligkeit hat den befragten drei Schulleitungen zufolge nur einen geringen Einfluss auf die Schülerzahlen. Bis auf einige Ausnahmen lernten sämtliche Schüler die zweite Fremdsprache – und zwar vorzugsweise Deutsch. Nur an einer der Schulen wird Französisch als alternative zweite Fremdsprache angeboten, und dies zudem mit sehr niedrigen Schülerzahlen.

Die gesetzlichen Festlegungen über Schulversuche sind vor einigen Jahren dahingehend geändert worden, dass Schulen nunmehr Versuchsprojekte beantragen können, bei denen Deutsch und/oder Französisch bereits ab Klasse 6

unterrichtet wird.⁵ Zwei der befragten Schulen haben im letzten Jahr einen diesbezüglichen Antrag an ihre vorgesetzte Schulaufsichtsbehörde gestellt – der aber in beiden Fällen abgelehnt wurde. Die Schulleitungen waren erstaunt und enttäuscht zugleich über die fehlende politische Rückendeckung für ihren Antrag auf einen früheren Beginn des Deutschunterrichts – zumal beide Schulen nahe der deutschen Grenze liegen. Es zeigte sich: Ungeachtet der gesetzlichen Freiräume kann die Umsetzung in der Praxis an fehlender politischer sowie finanzieller Unterstützung scheitern.

Die Nähe der Grenze sowie das Vorhandensein der deutschen Minderheitenschulen in unmittelbarer Nachbarschaft ließen es uns naheliegend erscheinen, dass die Schulen in Sønderjyllands Amt für ihren Deutschunterricht auf diese günstigen Bedingungen zurückgreifen würden. Mit den Minderheitenschulen bestand an den befragten Volksschulen allerdings nur wenig oder gar keine Zusammenarbeit, was u.a. mit Differenzen bezüglich der Lehrmethoden und pädagogischen Grundsätze begründet wurde. Es sei schwer, unter so andersartig arbeitenden Lehrerkollegen Partner zu finden. Auch eine grenzübergreifende Zusammenarbeit besteht zurzeit an keiner der befragten Volksschulen, obwohl es sie früher an zwei der Schulen gegeben habe. Es habe sich dabei aber gezeigt, dass eine solche Zusammenarbeit vor allem von persönlichen Netzwerken getragen wird, und daher mit Ortswechsel oder Pensionierung der betreffenden Lehrerkollegen automatisch wieder aufhöre. Ohne persönliche Kontakte komme sie gar nicht erst zustande, und den damit verbundenen Zeitaufwand wollten nur wenige Lehrkräfte ohne weiteres auf sich nehmen.

Das dänische Gymnasium – Deutsch im Gesetz und im Klassenzimmer⁶

Das dreijährige dänische Gymnasium schließt sich direkt an die neunjährige Volksschule an und soll die Schüler auf ein Hochschulstudium vorbereiten. Der Ausbildungsgang schließt mit dem Studentereksamen (Abitur) ab. Als Abiturient muss man mindestens zwei Fremdsprachen gelernt haben. Die Schüler müssen also, da die erste Fremdsprache immer Englisch ist, aus dem Fremdsprachenangebot des jeweiligen Gymnasiums mindestens eine weitere Fremdsprache wählen. Diese kann die weitergeführte zweite Fremdsprache aus der Volksschule sein oder aber eine gänzlich neu begonnene. Die Fächer am dänischen Gymnasium werden auf A-, B- und C-Niveau unterrichtet, wobei das A-Niveau das höchste ist.

Im August 2005 ist in Dänemark eine neue Gymnasialreform in Kraft getreten, die für fast alle traditionellen Fächer völlig neue Bedingungen geschaffen hat und landesweit dementsprechend viel diskutiert worden ist.⁷ Der für alle Schüler verbindliche, feste Fächerkanon hat Veränderungen erfahren, und neben diesem wählt jeder Schüler eine so genannte Studienrichtung, eine Art Fächerpaket, mit

dem er/sie sich während der dreijährigen gymnasialen Ausbildung schwerpunktmäßig beschäftigen will.

Die Entscheidung darüber, welche Studienrichtungen das einzelne Gymnasium anbietet und wie diese gestaltet werden, fällt in Zusammenarbeit zwischen Schulleiter und Lehrerkollegium. Die Entscheidung über die Gewichtung einzelner Fächer innerhalb dieser Studienrichtungen ist also eine schulinterne; allerdings müssen die von den Gymnasien ausgearbeiteten Studienrichtungs-Angebote von der zuständigen Schulaufsichtsbehörde genehmigt werden. An den drei besuchten Gymnasien im Grenzland enthielten vier der insgesamt 31 angebotenen Studienrichtungen Deutsch auf A-Niveau. Von diesen vier Studienrichtungen hatte allerdings nach der ersten Orientierungswahl der Schüler nur diejenige Aussicht auf tatsächliche Verwirklichung, in der das Fach Deutsch, nach Worten des Schulleiters, „eine attraktive Fächerkombination mit Psychologie“ eingehe. Studienrichtungen, die mindestens drei Fremdsprachen beinhalteten, fanden bei den Gymnasiasten noch weniger Anklang. Nach Aussage eines Schulleiters seien die Sprachfächer die größten Verlierer der Gymnasialreform und nicht die naturwissenschaftlichen, wie es in den Medien oft behauptet werde.

Dieses Ergebnis mag auf den ersten Blick ernüchternd für das Fach Deutsch im Landesteil wirken. Jedoch bedeutet seine geringe Beliebtheit als Studienrichtungsfach den befragten Schulleitungen zufolge keineswegs einen Einbruch. Die Diskussion der Gymnasialreform in den Medien sei so sehr auf die Studienrichtungen fixiert gewesen, dass deren tatsächlicher Anteil an der Gesamtstundenzahl (ca. 35 Prozent) oft übersehen werde. Das Fach Deutsch sei ganz im Gegenteil „gesund und munter“, und zwar nicht nur auf A-Niveau außerhalb der Studienrichtungen, sondern vor allem als die ganz gewöhnliche, obligatorische 2. Fremdsprache auf B-Niveau. Hier sei es sogar die am häufigsten gewählte Fremdsprache. So wurden an einem Gymnasium mit acht Klassen beispielsweise fünf Sprachklassen mit Deutsch eingerichtet. Nichtsdestotrotz sei das Fach unter den dänischen Gymnasiasten aber eher wenig beliebt. Ausschlaggebend für die Wahl des Faches seien zumeist rein pragmatische Überlegungen.

Im Rahmen des INTERREG-Programms der EU bieten zwei grenznahe Gymnasien einen grenzübergreifenden Studiengang „Europaklasse“ an, der im Wechsel an beiden Schulen und in beiden Sprachen stattfindet. Im Schuljahr 2005/06 waren von dänischer Seite allerdings so wenige Gymnasiasten an einer Teilnahme in der Europaklasse interessiert, dass der Studiengang gar nicht stattfinden konnte. Die Schulleitung erklärte diese Tatsache mit der unermüdlichen Schwarzmalerei („krisenak“) in den deutschen Medien: Hier werde der deutsche Arbeitsmarkt den Dänen als derzeit so konjunkturschwach dargestellt, dass diese sich dort keine attraktiven Zukunftsaussichten versprechen könnten.

Abgesehen von der Europaklasse gibt es an den besuchten dänischen Gym-

nasien derzeit nur wenig Zusammenarbeit mit Schulen südlich der Grenze. Die Gymnasiallehrer seien mit der Umsetzung der Gymnasialreform voll ausgelastet. Wie an den Volksschulen wurde auch hier betont, dass persönliches Engagement und Initiative der Lehrkräfte für das Zustandekommen und Pflegen grenzübergreifender Kontakte entscheidend seien. Die Hindernisse bestünden also weder in mangelnder finanzieller Unterstützung noch in gesetzlichen Formulierungen. Auch fehle es gewiss nicht an gutem Willen; die Kollegen scheuten lediglich den praktischen und zeitlichen Aufwand. Würde ihnen von öffentlicher Seite in den praktischen Belangen etwas Hilfestellung geleistet, wären grenzübergreifende Partnerschaften zwischen Gymnasien machbar.

Deutsch nördlich der Grenze: Kaum anders als im restlichen Dänemark

Sowohl an den Volksschulen wie auch an den Gymnasien wurde uns berichtet, dass die Deutschkenntnisse und -fertigkeiten der Schulabsolventen in Sønderjyllands Amt früher oft über dem Landesdurchschnitt gelegen hätten. Alle Kinder in Grenznähe seien mit den hier empfangbaren deutschsprachigen Fernsehprogrammen aufgewachsen, die „Sesamstraße“ hätte Generationen geprägt. In den letzten Jahren seien die Deutschkenntnisse jedoch zurückgegangen, was die befragten Schulleiter durchweg mit der neuerlichen Dominanz englischsprachiger Fernsehprogramme begründeten. Die Bildungspolitik befördere diese Tendenzen noch zusätzlich, indem der Beginn des Englischunterrichts vor wenigen Jahren in die 3. Klasse vorverlegt wurde, während eine ähnliche Regelung für den Deutschunterricht ausgeblieben ist.

Abiturienten aus Sønderjyllands Amt orientierten sich bei ihrer Wahl der Hochschule vor allem auf Standorte wie Århus oder Kopenhagen und kaum auf Deutschland, nicht einmal auf nahe gelegene deutsche Ausbildungsstätten. Die angesprochene stets beschworene deutsche Konjunkturlaute spiele bei dieser Entscheidung oft eine Rolle. Der Landesteil erlebt infolgedessen einen markanten braindrain – ein Abwandern akademischer Arbeitskraft –, da die Region für ambitionierte und höher qualifizierte junge Menschen wenig zu bieten habe.

Die deutsche Realschule – Dänisch im Gesetz und im Klassenzimmer⁸

Das deutsche Schulsystem unterscheidet sich vom dänischen vor allem dadurch, dass eine einheitliche, neunjährige „Volksschule“ nicht existiert. Stattdessen werden die Schüler bereits nach dem 4. Schuljahr auf drei verschiedene weiterführende Schularten verteilt: die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium. Unsere Untersuchung beschränkte sich auf die beiden letztgenannten im Landesteil Schleswig. Auch der Status der jeweiligen Nachbarsprache als Unterrichts-



Abb. 1
Umschlag des vielbenutzten Lehrwerks
für den Dänischunterricht an Real-
schulen, Gymnasien und Universitäten
„Det er dansk“ von Dieter Brandt,
Jürgen Hansen, Renate Jacob,
Karin Vierecke, hrsg. v. Institut für
Qualitätsentwicklung an Schulen
Schleswig-Holstein (IQSH), 3. Aufl.,
Kronshagen 2005

fach ist grundverschieden: Deutsch gehört nördlich der Grenze selbstverständlich zum Fächerangebot, Dänisch südlich derselben aber keineswegs. Deshalb sind die Begründungen der deutschen Schulen für oder wider das Angebot des Dänischunterrichts für uns viel interessanter als die praktische Umsetzung der Gesetzesvorlagen und nehmen daher hier entsprechend mehr Raum ein. Schleswig-Holsteins Realschulen müssen als zweite Fremdsprache nach Englisch von Klasse 7 bis 9 Französisch und Dänisch anbieten. Zwar sind sowohl Angebot als auch Inanspruchnahme des Unterrichts in der zweiten Fremdsprache formell freiwillig, aber im entsprechenden Erlass ist diese Freiwilligkeit nur sehr vorsichtig formuliert.⁹ Verhindert werden kann das Angebot des Faches Dänisch technisch gesehen nur durch einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften, und ein solcher sei, wie uns berichtet wurde, zur Zeit nicht gegeben. Das Fach Dänisch hat demzufolge an der Realschule formell einen recht sicheren Stand. Das schlägt sich auch in der Quote Dänisch lernender Realschüler nieder: Im Schuljahr 2004/05 betrug sie fast 70 Prozent aller Dänisch lernenden Schüler an Schleswig-Holsteins öffentlichen Schulen.¹⁰

Auf Grund seiner festen Verankerung im Fächerkanon der Realschulen im Landes-
teil Schleswig wird der Dänischunterricht dort schon als ganz selbstverständlich
im Schulalltag angesehen: Das Angebot des Faches ist gesetzlich vorgeschrie-
ben, und sofern eine Schule über entsprechendes Lehrpersonal verfüge, werde
Dänisch unterrichtet. An den zwei von uns besuchten Realschulen hatten sich
die meisten Siebt- und Achtklässler für Dänisch entschieden: 66 bzw. 73 Prozent
nahmen am Dänischunterricht teil. Für das Angebot des Dänischunterrichts als
sinnvolles Pendant zum Französisch sowie seine Wahl wurden die folgenden
Argumente ins Feld geführt: Die Nachbarsprache Dänisch sei auf dem regionalen
Arbeitsmarkt nützlicher als Französisch, zumal Realschulabsolventen keine so
große Mobilität hätten wie Abiturienten. Die Dänischkenntnisse, die man sich an
den Realschulen aneigne – auch ohne unbedingt einen Abschluss in dem Fach
zu erwerben –, verschafften in Schleswig-Holstein zunehmend Vorteile bei der
Einstellung von Auszubildenden, auch wenn viele Unternehmen dies noch nicht
formell zur Voraussetzung gemacht hätten. Überhaupt habe man mit Dänisch-
kenntnissen den meisten Deutschen diesseits der Grenze noch immer etwas
voraus. Ausschlaggebende Argumente an den Realschulen waren also berufliche
Perspektiven und praktische Anwendbarkeit der erworbenen Dänischkenntnisse
– wohlgermerkt hauptsächlich diesseits der Grenze.

Das deutsche Gymnasium – Dänisch im Gesetz und im Klassenzimmer¹¹

Ebenso wie für die Realschule ist auch für das Gymnasium Englisch ab Klas-
se 5 als obligatorische erste Fremdsprache gesetzlich vorgeschrieben. Welche
Sprachen hingegen ab Klasse 7 als die hier obligatorische zweite Fremdspra-
che unterrichtet werden sollen, geht aus den gesetzlichen Vorlagen an keiner
Stelle eindeutig hervor. Alle vier von uns untersuchten Gymnasien bieten hier
die Wahl zwischen Latein und Französisch an. Wie uns mitgeteilt wurde, folge
man damit einer (ungeschriebenen) deutschlandweiten Tradition. Innerhalb des
undefinierten gesetzlichen Rahmens kann jedoch jede Schule offenbar die für
die zweite Fremdsprache vorgesehene Stundenzahl im Rahmen ihrer Ressourcen
selbst ausfüllen – und dieses Angebot muss nicht ausschließlich aus Latein
und Französisch bestehen. In Klasse 9 schließlich tritt noch eine freiwillige dritte
Fremdsprache hinzu. Hier nun sind Latein und Französisch im Erlass als an-
zubietende Sprachen genannt; das Angebot kann aber von den Schulen selbst
durch weitere Fremdsprachen ergänzt werden. Das Fach Dänisch konkurriert
demzufolge stets mit Latein und Französisch.

An Schleswig-Holsteins Gymnasien lernten im Schuljahr 2004/05 nur 286 Schüler
der Klassenstufen 5-10 Dänisch.¹² Dieser niedrige Wert hängt allerdings nicht
nur mit der Wahl des Faches durch die Schüler, sondern auch mit dem Fächer-

angebot der Schulen zusammen: So bieten von den 15 Gymnasien im Landesteil Schleswig nur vier überhaupt Dänisch an. Im Gegensatz zu den Realschulen ist Dänischunterricht an den Gymnasien also längst nicht selbstverständlich. Wir haben sowohl Gymnasien mit als auch ohne Dänischunterricht besucht, da uns die individuellen Fremdsprachenangebote interessierten, mit denen die einzelnen Schulen die gleichen weiten Gesetzesrahmen ausfüllen – und welche Rolle dabei die Nachbarsprache Dänisch spielt, ob sie angeboten wird oder nicht.

Von der gesetzlich gegebenen Möglichkeit, Dänisch als zweite Fremdsprache ab Klasse 7 anzubieten, macht keines der von uns besuchten *Gymnasien mit Dänischunterricht* Gebrauch. Das Fach wird an diesen wenigen Schulen ausschließlich als freiwillige dritte Fremdsprache ab Klasse 9 angeboten. Jedoch sieht man den Dänischunterricht hier als Profil gebend für die Schule an, gerade weil er am Gymnasium so selten ist. An beiden besuchten Gymnasien hat er eine lange Tradition, die man mit Stolz pflegt. Man führte hier für die Wahl des Faches ähnliche Gründe ins Feld wie auch an den Realschulen, jedoch richtete sich der Blick dabei mehr auf das Nachbarland als auf die eigene Seite der Grenze: So sei der dänische Arbeitsmarkt zurzeit verlockender als der deutsche. Und da die Deutschkenntnisse jenseits der Grenze zudem im Rückgang begriffen seien, wäre das Erlernen der Nachbarsprache eine kluge Wahl. Von Schülerseite werde einem Dänischlehrer zufolge der Nutzen des Faches indes sehr viel nüchterner gesehen: Viele seiner Schüler wählten das Fach lediglich, um ihren Notendurchschnitt zu verbessern, und wählten es rasch wieder ab, sofern der gewünschte Erfolg sich nicht einstelle. Folglich muss das Angebot des Faches allein noch keine automatische Verbesserung der Nachbarsprachenkompetenz mit sich führen – zumindest nicht, solange es als freiwillige dritte Fremdsprache für die Schüler ein unverpflichtendes Zusatzfach bleibt. Obligatorisch ist die Wahl des Faches nur für die bereits erwähnte Europaklasse, die aber bislang eine Ausnahmerecheinung geblieben ist. Hier ist die Nachbarsprachenkompetenz gleichsam Grundlage und Ziel des gesamten gymnasialen Ausbildungsganges.

An den besuchten *Gymnasien ohne Dänischunterricht* gab man uns für dessen Fehlen die folgenden zentralen Gründe an: Die Bildungslandschaft in Grenznähe biete den speziell Interessierten bereits genügend Möglichkeiten zum Erwerb der Nachbarsprache, weshalb es nicht notwendig sei, dass auch sämtliche öffentlichen Schulen ein solches Angebot hätten. Das Interesse der Schüler am Dänischunterricht sei ohnedies nicht besonders groß. Die Kurse, die man mit den wenigen Interessierten einrichten könnte, wären auf Grund ihrer geringen Größe finanziell nicht zu vertreten. Im Kern laufen diese Begründungen darauf hinaus, dass für flächendeckenden Dänischunterricht an den Gymnasien keine Notwendigkeit bestehe. Angesichts des eingangs geschilderten Mangels an Nachbarsprachenkompetenz im deutsch-dänischen Grenzland mag dieser Standpunkt unmittelbar



Bjørn Asmussen og Lisa Tulaja taler med Katherine og Hwi . Der var visse sproglige barrierer, for ofrenes kendskab til det danske sprog var mildt sagt beskedent. (Fotos: Lars Salomonsen)



Mor Bettina, Tim og Ann Kathrin Obermöller kunne nogle få glosser på dansk.



Bjørn Asmussen og Lisa Tulaja taler dansk med Sonja Hohmann og Nele Reiser.

Abb. 2-4
 Zum Tag der dänischen
 Sprache am 9.2.2006:
 „Sag ´ fünf Worte auf Dänisch.“
 Projekt der Auguste-Viktoria-
 Schule Flensburg – ein
 Gymnasium mit langer
 Tradition im dänischen
 Sprachunterricht.
 Aus: Flensburg Avis, 10.2.2006

als verfehlt erscheinen – zumal man dafür das Interesse der Schüler zur Begründung heranzieht, das doch beim gleichzeitigen Latein/Französisch-Angebot nicht in gleicher Weise hinterfragt wird. Es spielt hierbei allerdings die von Schule zu Schule unterschiedliche Auslegung des gymnasialen Bildungsauftrags eine Rolle: Die Gymnasien ohne Dänischunterricht sind heute nicht weniger europäisch und grenzübergreifend orientiert als die anderen, nur sieht man hier den Erwerb der Nachbarsprache gegenüber den großen europäischen Sprachen als zweitrangig für das Antrainieren einer internationalen Perspektive an.

Es wurde deutlich, dass bei den Begründungen sowohl für das fehlende als auch für das vorhandene Dänischangebot an den Gymnasien weniger das Fach selbst im Vordergrund stand als vielmehr die fachliche Profilierung und Tradition der Schule. Stellungnahmen um das Für und Wider des Faches wechselten in Anpassung an das Selbstbild der jeweiligen Schule. Bisweilen wurde dasselbe Argument hier für und dort gegen den Nachbarsprachenunterricht angelegt! Allein schon diese Feststellung zeigt, dass die Diskussion um die Notwendigkeit des Nachbarsprachenunterrichts nicht am meist sehr ausgeprägten Selbstbild der einzelnen Schulen vorbeikommen kann.

Verstehen der Denkweise des Anderen als erster Schritt

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass zwischen der engagierten Forderung nach mehr Nachbarsprachenkompetenz einerseits und der Einstellung zur Nachbarsprache im Alltag der Schulen andererseits große Wahrnehmungsunterschiede bestehen. Wenn der Nachbarsprachenunterricht an den Schulen im deutsch-dänischen Grenzland gestärkt werden soll, erfordert das unseres Erachtens zunächst ein sensibleres Bewusstsein für die speziellen Befindlichkeiten der jeweiligen Schulen: Die dänischen Schulen haben die Nachbarsprache automatisch im Angebot, wobei Deutsch gerade an den Volksschulen in Sønderjyllands Amt sogar fast eine Monopolstellung innehat, da es nur selten andere Wahlmöglichkeiten gibt. An den Gymnasien wird die Wahl der Fremdsprachen dagegen mehr den Schülern überlassen, was sich aber auf die Teilnahme am Deutschunterricht nicht negativ auswirkt. An den deutschen Realschulen hat die Nachbarsprache eine relativ gesicherte Stellung – wo vorhanden, wird der Dänischunterricht kaum noch in Frage gestellt. Die deutschen Gymnasien hingegen möchten ihren Absolventen breite Möglichkeiten im europäischen Rahmen eröffnen und sehen in den meisten Fällen das Erlernen der Nachbarsprache dafür nicht als ausschlaggebend an. Die einzelnen Schulen haben ihre eigene Orientierung, während die Protagonisten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit wiederum in ihren regionalen Maßstäben denken – was übrigens in der Beurteilung ihrer Arbeit auch kritisch registriert wurde.¹³ Die Diskussion über

verbesserte Bedingungen für den Nachbarsprachenunterricht im Grenzland darf diese speziellen Orientierungen aller Seiten nicht außer Acht lassen. Anderenfalls ist ein vernünftiger Dialog nicht möglich.

Abschließend muss daran erinnert werden, dass unsere Untersuchung sich nur mit der einen Seite des eingangs umrissenen Problemfeldes beschäftigt hat, nämlich dem Angebot des Nachbarsprachenunterrichts durch die Schulen. Eine Analyse der tatsächlichen Inanspruchnahme durch die Schüler, der Beweggründe für deren Wahl und der tatsächlich erworbenen Sprachkompetenz ist mindestens ebenso relevant und steht noch aus.

Anmerkungen

- 1 Dieser Projektbericht, der zahlreiche weitere Aspekte der Problematik beleuchtet, ist zugänglich auf der Homepage des Dansk-Tysk Lærereforening: URL: http://www.datyl.dk/tyskundervisning.php?modules=Entries&states=getFile&file_id=92&noheaders=1
- 2 Diese Auffassung wird beispielsweise vertreten durch Albert Raasch (Saarbrücken) in seinem Beitrag „Sprachenlernen und die Herausforderungen durch Globalität, Internationalität, Regionalität – Antwort: Mehrsprachigkeit“. In: Beiträge zur Tagung Deutschland-Dänemark: eine europäische Nachbarschaft. Kopenhagen, Goethe-Institut, 14. September 2001. S. 29-36.
- 3 Hjalager, Anne-Mette: Evaluierung der Arbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig 2000-2004. Århus, 2004. S. 38.
- 4 Der für uns wichtigste grundlegende Gesetzestext über die dänische Volksschule ist: Folkeskoleloven. Bekendtgørelse af lov om folkeskolen. LBK nr 393 af 26/05/2005 (Gældende).
- 5 Bredt forlig om fornyelse af folkeskolen. Aftale mellem regeringen (Venstre og Det Konservative Folkeparti), Socialdemokratiet og Dansk Folkeparti om fornyelse af folkeskoleloven. (18. November 2002). In die Folkeskolelov (siehe Anmerkung 4) ist diese Festlegung als § 55a eingeflossen.
- 6 Der für uns wichtigste grundlegende Gesetzestext über das dänische Gymnasium ist: Gymnasieloven. Lov om uddannelsen til studentereksamen (stx) (gymnasieloven). LOV nr 95 af 18/02/2004 (Gældende).
- 7 Die Maßnahmen der Reform sind ebenfalls in Gymnasieloven beschrieben, siehe Anmerkung 6.
- 8 Die drei für uns wichtigsten grundlegenden Gesetzestexte über die schleswig-holsteinische Realschule sind: (1) Realschulordnung (RO). Landesverordnung über die Aufnahme, das Aufsteigen nach Klassenstufen, die Dauer des Schulbesuchs und die Abschlußprüfung an der Realschule (RO) vom 27. Februar 1995. (2) Unterricht in der 2. Fremdsprache. Runderlass der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport vom 27. Februar 1995 - I | I 310.510 - 4. (3) Stundentafel für die Realschule. Runderlass der Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport vom 27. Februar 1995 - I | I 310 - 320.03.1.

- 9 Unterricht in der 2. Fremdsprache (siehe Anmerkung 8), Pkt. 1 und 2.
- 10 Zahlen nach: Dänisch-Unterricht an öffentlichen Schulen des Landes Schleswig-Holstein. Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 16/227 vom 06.09.2005.
- 11 Die vier für uns wichtigsten grundlegenden Gesetzestexte über das schleswig-holsteinische Gymnasium sind: (1) Versetzungsordnung Gymnasien (VOG). Landesverordnung über die Aufnahme und Versetzung an den Gymnasien in Schleswig-Holstein vom 10.05.2000. (2) Oberstufenverordnung (OVO). Landesverordnung über die Gestaltung der Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen in Schleswig-Holstein vom 21. Dezember 1998. (3) Rundschreiben 3. Fremdsprache an Gymnasien. Rundschreiben Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein - X 400 - 80-02/02-40- 2300 Kiel, März 1982. (4) Stundentafeln. Runderlaß des Kultusministers über die Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen vom 22. Mai 1980 X 210-13-00. (NBI.KM.Schl.-H.S.202). Abschnitt Gymnasium.
- 12 Zahlen nach: Dänisch-Unterricht an öffentlichen Schulen des Landes Schleswig-Holstein, siehe Anmerkung 10.
- 13 „Auch wenn die Grenzregion eine attraktive Heimstätte aktiver Menschen ist, darf sie sich nicht selbst genug sein.“ A. Hjalager, Evaluierung der Arbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig 2000-2004, S. 40. Siehe Anmerkung 3.

Innovation und Forschung in den neuen dänischen Regionen

Die Position Süddänemarks

von TORBEN DALL SCHMIDT und HENRIK DOENSIG JØRGENSEN

Die Gebietsreform, die Anfang kommenden Jahres in Kraft tritt, verändert die Spielregeln, nach denen in Dänemark Politik gemacht wird. Mit den fünf großen Regionen treten neue kraftvolle Spieler auf. Im vorliegenden Beitrag aus der vom Institut für Grenzregionforschung an der Syddansk Universität herausgegebenen Zeitschrift „pluk“ (Juni 2006) gehen Torben Dall Schmidt und Henrik Doensig Jørgensen der Frage nach, welche Chancen die Regionen haben, Forschung und Innovation für ihre eigene Entwicklung nutzbar zu machen. In der Region Süddänemark, dem wichtigsten Kooperationspartner Schleswig-Holsteins im Nachbarland, sehen sie erhebliche Defizite. Sie machen aber auch Vorschläge, wie sich die Region für die Zukunft rüsten kann.

Die Redaktion

Neue Chancen durch die Gebietsreform

Dänemark steht vor einer historischen Reform. Anfang des kommenden Jahres werden die Kommunen zu größeren Einheiten zusammengelegt, und die 13 Ämter und drei Kommunen auf Amtsniveau durch fünf große Regionen ersetzt. Dies wird die administrative und politische Struktur des Landes merklich verändern. Regionale Probleme bekommen ein neues Gewicht, und die Kommunen erreichen eine Größe, die ihre Akteure befähigt, in die Debatten um diese Probleme einzugreifen.

Schon heute gibt es in Dänemark große regionale Unterschiede in der Chancenverteilung für Menschen und Unternehmen. Künftig werden diejenigen Regionen erfolgreich sein, die sich ihrer Situation bewusst sind und sich für ein hohes Maß an interner Zusammenarbeit zwischen den künftig größeren Kommunen und der von den Regionen gestalteten Politik einsetzen. Es wird möglich sein, nicht nur eine regionale Tagesordnung zu gestalten, sondern auch die Punkte dieser Tagesordnung auf nationales Niveau zu heben.

Dazu muss man aber zunächst einmal klären, welche besonderen regionalen Probleme und Aufgabenstellungen künftig in den Regionen Bedeutung erlangen werden. Hier sollte das Augenmerk insbesondere auf den Bereichen Forschung,



Abb. 1
Die fünf neuen
dänischen Regionen

Entwicklung und Innovation liegen. Denn es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Fähigkeit, neueste Forschungsergebnisse für die Wertschöpfung vor Ort nutzbar zu machen, entscheidend für die künftige Entwicklung der Regionen sein wird.

Je mehr Forschungseinsatz in einer Region geleistet wird, desto größer ist die Konkurrenzfähigkeit der Region und ihre Fähigkeit, Wohlstand zu schaffen. Das dokumentiert auch eine große OECD-Studie von 2001. Die Fähigkeit, Wissen in der Wertschöpfung anzuwenden, ist also auch entscheidend für die Möglichkeiten der einzelnen Regionen, ihre Produktivität zu steigern und somit auch dafür, für die Zukunft eine positive Wohlstandsentwicklung zu sichern.

Aber werden nun einige Regionen im Kampf um Wissen und Innovation zurücktreten müssen, während andere gestärkt werden und die innovativen Wachstumsmöglichkeiten des neuen Dänemark ausnutzen? Zunächst gibt es einige Strukturen, die man sich vor Augen führen sollte. Dänemarks größte Städte liegen in der Hauptstadtregion und in Mitteljütland. Die Region Süddänemark und die Region Nordjütland haben jedoch ebenfalls bedeutende Zentren und geographische Mittelpunkte wie etwa Aalborg, Odense und das Städtedreieck Kolding – Middelfart – Fredericia. Die beiden letztgenannten Regionen unterscheiden sich in ihrer Struktur allerdings stark voneinander: Während Nordjütland mit Aal-

borg nur über ein einziges städtisches Zentrum verfügt, gibt es in Süddänemark mehrere. Wissen und Innovation entstehen oft dort, wo viele kreative Kräfte konzentriert sind – also in den städtischen Zentren. Hier bilden sich Netzwerke, die die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen, privaten und wissenschaftlichen Institutionen begünstigen. In solchen Milieus funktioniert die Weitergabe von Wissen besser. Eine regionale Wissenschafts- und Innovationspolitik muss diesen Mechanismus für die gesamte Region nutzbar machen.

Die Ressourcen der Wissenschaftseinrichtungen

Dänemarks fünf Regionen haben jeweils eine Universität. In einzelnen Regionen kommt außerdem eine Reihe anderer höherer Bildungseinrichtungen hinzu. Über welche Ressourcen verfügen diese Einrichtungen im Verhältnis zur Bevölkerung der Regionen? Die Antwort auf diese Frage kann einen Einblick in die Möglichkeiten bieten, forschungsbasiertes Wissen regional zu verbreiten, etwa durch die Weiterbildung von Angestellten in den Unternehmen und die Ausbildung von jungen Menschen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. In Abbildung 2 werden die gesamten Ausgaben der höheren Bildungseinrichtungen pro Einwohner in den fünf neuen Regionen gezeigt.

Dabei liegt die Hauptstadtregion an der Spitze. Selbst wenn man dabei Rücksicht

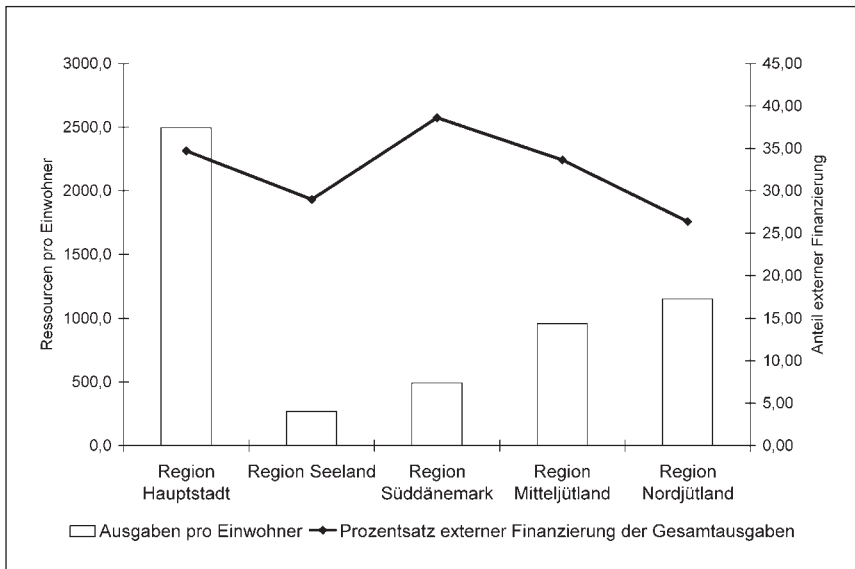


Abb. 2 Ausgaben der höheren Bildungseinrichtungen pro Einwohner in den Regionen

auf die größere Bevölkerung nimmt, finden sich dort deutlich größere Ressourcen im Bereich des forschungsbasierten Wissens. Hier sind die Ausgaben beinahe 2,5 Mal so groß wie in der Region Nordjütland, die den zweiten Platz erreicht. Dies zeigt, dass zwischen den Regionen die Mittel für Forschung und Wissen sehr ungleich verteilt sind. Am schlechtesten ist die Situation in den Regionen Seeland und Süddänemark. Was die Region Seeland betrifft, muss man jedoch bedenken, dass diese Region nur in geringem Grad als Konkurrent zur Hauptstadtregion gesehen werden kann, sondern eher in einer Symbiose mit ihr lebt, denn die Region Seeland umfasst das Umland der Hauptstadtregion.

Abbildung 2 zeigt außerdem, dass es keinen Zusammenhang zwischen staatlich finanziertem Wissensaufbau und der Fähigkeit gibt, dafür externe Mittel heranzuziehen. In der Region Süddänemark gibt die öffentliche Hand relativ wenig Geld pro Einwohner für den Wissensaufbau aus, während sich der Anteil externer Mittel für die gesamten Ausgaben im Bereich der höheren Bildungseinrichtungen auf dem höchsten Niveau befindet. Es ist jedoch nicht immer so, dass die öffentlichen Zuschüsse von privaten ersetzt werden. Die Hauptstadtregion liegt bei beidem auf hohem Niveau, während sich die Region Seeland bei beidem auf gleich niedrigem Niveau befindet.

Innovation in den Unternehmen

Das Ziel des Wissensaufbaus in den Regionen muss es sein, ein Zusammenspiel zwischen den Unternehmen und den wissenschaftlichen Institutionen zu schaffen. Denn Wissenstransfer führt zu einem höheren Innovationsniveau in den Unternehmen. Abbildung 3 zeigt die Ausgaben, die Betriebe in den fünf Regionen durchschnittlich für Forschung tätigen. Vergleicht man die Abbildungen 2 und 3, wird ein Muster sichtbar: In Regionen mit großen Ressourcen für den Wissensaufbau an höheren Bildungseinrichtungen ist das Innovationsniveau in den Unternehmen merklich höher. Die einzige Ausnahme scheint die Region Nordjütland zu bilden, wo das Innovationsniveau im Vergleich zur Region Mitteljütland marginal niedriger zu sein scheint.

Für die Zukunft stehen die Regionen vor der Herausforderung, das Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Wissenschaftsinstitutionen zu fördern. Gleichzeitig muss ein guter Ausgangspunkt für die Wissenschaftsorganisationen geschaffen werden. Werden gute Ressourcenverhältnisse für die Wissenschaftsinstitutionen einer Region geschaffen, führt das zu einem hohen Innovationsniveau. Für die Regionen ergibt sich daraus eine klare Aufgabenstellung, Forschung, Entwicklung und Innovation voranzutreiben, denn vieles deutet darauf hin, dass starke wissenschaftliche Einrichtungen mit guten Ressourcenverhältnissen zu mehr Innovationen in den Unternehmen führen.

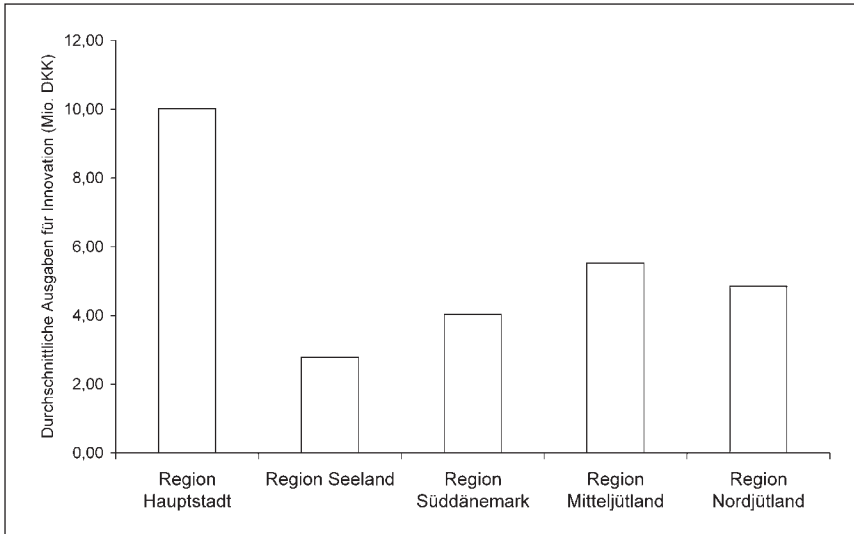


Abb. 3 Durchschnittliche Ausgaben der Betriebe in den Regionen für Forschung

Welche Unternehmen forschen?

Innovation in den Unternehmen entsteht teilweise durch Wissenstransfer mit höheren Bildungseinrichtungen, die auf diese Weise dazu beitragen, einen hohen Forschungseinsatz in den Unternehmen herbeizuführen. Solch ein Zusammenspiel trägt zu den unterschiedlichen Typen der Innovation bei, etwa der Fähigkeit zur anwenderorientierten Innovation. Die innovativen Fähigkeiten der Regionen können auf diese Weise durch regionale Unterschiede im Forschungseinsatz des Wirtschaftslebens erklärt werden. Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist in Dänemark auf relativ wenige Branchen konzentriert: Die Tabelle (Abb. 4) zeigt, dass vier Branchen rund 60 Prozent des Forschungseinsatzes der Unternehmen auf sich vereinen. Diese Branchen sind die Pharmaindustrie und Unternehmen im Bereich der Wissenschaftsdienstleistungen, der Softwareentwicklung und dem finanziellen Sektor.

Es ist also wichtig, Branchen mit einer hohen Forschungs- und Entwicklungsaktivität voranzubringen. Wie gut steht die Region Süddänemark im Hinblick auf die am stärksten forschungs- und entwicklungsorientierten Branchen da? Für die vier wichtigsten Branchen liegt der Beschäftigungsanteil in der Region unter dem entsprechenden Anteil für den Rest des Landes. Nur im Bereich der Wissenschaftsdienstleistungen gibt es einen relativ großen Beschäftigungsanteil in Süddänemark. Innerhalb dieser Region wird die meiste Forschung und Entwick-

F&E intensive Branchen	Mio. DKK 2003	F&E Prozentanteil 2003	Kumulierter Prozentanteil 2003	Prozentualer Beschäftigungsanteil in Süddänemark 2002	Prozentualer Beschäftigungsanteil im übrigen Dänemark 2002
Medizin	5372	21	21	0,03	0,73
Wissensdienstleistungen (Beratungs- und Analyseunternehmen etc.)	4065	16	36,8	6,00	8,01
Softwareentwicklung etc.	3130	12	49	0,64	1,75
Finanzsektor	2597	10	59,2	1,66	3,05
Telematerialien, EDV-Ausrüstung und andere elektronische Geräte	2392	9,3	68,5	1,59	1,20
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1526	6	74,5	4,13	2,63
Chemische Industrie	1251	4,9	79,3	0,53	0,46
Herstellung von Motoren und Motorteilen	1186	4,6	84,0	1,38	0,59
Herstellung von medizinischer und chirurgischer Ausrüstung	1073	4,2	88,2	0,10	0,36
Übrige Branchen	3024	11,8	100	83,94	81,21
Insgesamt	25626	–	–	–	–

Abb. 4 Eigene Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung (F&E) 2003 sowie Beschäftigungsanteile in der Region Süddänemark und im übrigen Dänemark 2002

lung von der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und im Bereich der Motorenherstellung betrieben. Diese Branchen machen jedoch nur fünf bis sechs Prozent des Forschungs- und Entwicklungseinsatzes der dänischen Unternehmen aus, was deutlich unter dem Anteil etwa der Pharmaindustrie und den Unternehmen im Bereich der Wissenschaftsdienstleistungen liegt.

In Unternehmen in forschungsintensiven Branchen ist die Wertschöpfung pro Mitarbeiter um 40 Prozent höher als in Unternehmen, die sich nicht an Entwicklung und Forschung beteiligen. Der Wertzuwachs erhöht sich generell um ein Prozent bei jeder zehnzehntigen Steigerung des Forschungs- und Entwicklungskapitals der aktiven Unternehmen.

Die Bedeutung einer Verstärkung der Forschung und Entwicklung wird weiterhin von Untersuchungen der OECD und einer Reihe weiterer Studien unterstützt. Es gibt eine klare Tendenz: Je größer der Einsatz für die Forschung in der jeweiligen Region ist, desto besser ist ihre Konkurrenzfähigkeit und die Fähigkeit, Wohlstand zu schaffen. Zunehmende Mobilität in Produktion und Wissen erfordert eine Strategie auf diesem Gebiet. Dies bedeutet nicht, dass Regionen, die einen hohen Forschungs- und Entwicklungseinsatz haben, gegenüber anderen Regionen immer automatisch konkurrenzfähiger sein werden. Aber es bedeutet, dass Regionen, die in der Lage sind, einen intensiven Einsatz für Forschung und Entwicklung in den existierenden Strukturen zu verankern und dies mit zielgerichteten Plänen im Zusammenspiel mit der regionalen Wissens- und Innovationsinfrastruktur verbinden, wesentlich bessere Voraussetzungen haben werden, die Wohlstandsgewinner der Zukunft zu werden. Diese Erkenntnis ist für die Entwicklung einer regionale Wissens- und Innovationsstrategie sehr wichtig.

Formelle Kompetenzen als Voraussetzung

Einsatz für Forschung und Entwicklung setzt einige formelle Kompetenzen voraus. Diese können sowohl auf der technischen Seite liegen als auch im Bereich der Möglichkeiten, die neu entwickelten Produkte auf dem Markt einzuführen. Hat die Region Süddänemark die formellen Ressourcen, um diese Ziele zu erreichen? Die Abbildung 5 versucht, eine Antwort zu geben. Die Säulen des Diagramms zeigen, welcher Anteil der Bevölkerung einer bestimmten Region eine weitergehende Ausbildung in den Jahren 1995 und 2005 hatte. Auf der linken Achse der Abbildung zeigt sich also, wie verbreitet eine weitergehende Ausbildung in der Region ist. Gleichzeitig zeigt die Abbildung mit der durchgehenden Linie den Anteil der verschiedenen Regionen am Gesamtbestand der Menschen mit einer weitergehenden Ausbildung in Dänemark. Dies wird auf der rechten Achse gemessen.

Die Abbildung zeigt damit sowohl die Verbreitung weiterführender Ausbildung in den unterschiedlichen Regionen als auch den Anteil der Dänen mit einer weitergehenden Ausbildung, den die Region anziehen konnte.

Die Region Süddänemark ist schwach, was den Anteil der Bevölkerung mit einer weitergehenden Ausbildung betrifft. Ihr Anteil liegt bei weniger als drei Prozent,

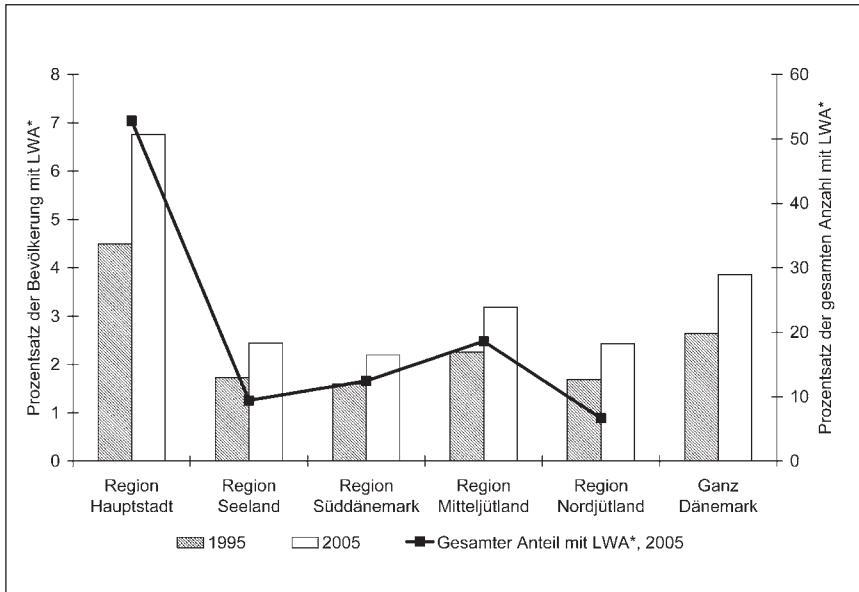


Abb. 5 Anteil der Bevölkerung mit „lang weitergehender Ausbildung“ (LWA) in den einzelnen Regionen und in ganz Dänemark 1995 und 2005

und gleichzeitig wächst die Zahl dieser Personen in der Region Süddänemark nur relativ schwach.

Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit weitergehender Ausbildung in der Region Süddänemark ist gleichzeitig markant niedriger als in einer Reihe konkurrierender Regionen. Ganz deutlich ist er niedriger als in den Regionen Seeland und Nordjütland. Hier muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass die Region Seeland und die Hauptstadtregion durch Pendler stark miteinander verbunden sind. Insofern sind es besonders die Regionen Süddänemark und Nordjütland, die sich vom Rest des Landes unterscheiden.

Auch andere Analysen haben dokumentiert, wie die regionalen Ausbildungsunterschiede in den letzten 20 Jahren größer wurden – zum Vorteil der Universitätsstädte und zum Nachteil der Peripherieregionen. Regionen, in denen schon zu Beginn der Periode verhältnismäßig viele hoch gebildete Menschen lebten, haben darin ein weiteres kräftiges Wachstum verspürt, während die Gebiete mit einem relativ niedrigen Ausgangspunkt nur ein sehr bescheidenes Wachstum hatten. Wer eine regionale Wissens- und Innovationsstrategie ausarbeiten will, muss diesen Gesichtspunkt im Auge behalten.

Bedeutung der Wachstumsbranchen für die Region Süddänemark

Will man die Frage beantworten, welche Chancen die Region Süddänemark hat, Wachstum und Wohlstand zu schaffen, ist es aufschlussreich, den Anteil der Beschäftigten in Wachstumsbranchen zu messen. Eine Branche gilt dann als Wachstumsbranche, wenn sie auf Landesniveau ein Beschäftigungswachstum von mindestens 10 Prozent in der Zeit von 1993 bis 2003 verzeichnet. Abbildung 6 zeigt den Anteil der Beschäftigten in verschiedenen dänischen Regionen, die innerhalb dieser Wachstumsbranchen eine Beschäftigung gefunden haben. Hier ist die Region Süddänemark absolutes Schlusslicht. Dies ist ein markantes Resultat. Der Ausgangspunkt für die Region Süddänemark ist somit ungünstiger, als es hätte erwartet werden können. Denn obwohl sich wichtige Städte in der Region befinden, ist es Süddänemark nicht geglückt, sich auf dem Gebiet der Wachstumsbranchen zu profilieren. Dieser Mangel an Wachstum unterstreicht die Verhältnisse im Bereich von Forschung, Entwicklung und der Kompetenzstruktur in der Bevölkerung. Man darf erwarten, dass es ganz entscheidend für die regionale Entwicklung Süddänemarks sein wird, künftig auf Forschung, Wissen und Entwicklung zu setzen. Dieses ist die entscheidende Komponente, die künftig Wohlstand und Entwicklung sichern kann, zumal die Region Süddänemark zu den Gebieten gehört, in denen sich das Altern der Bevölkerung

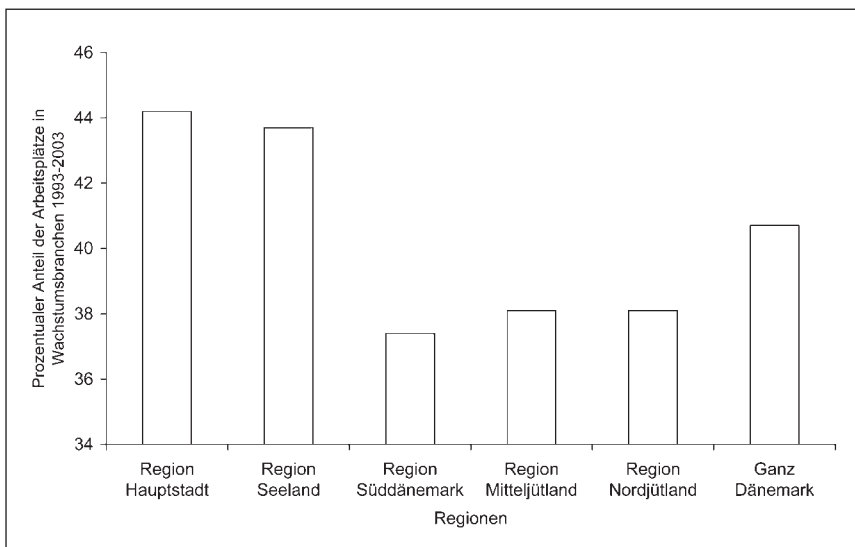


Abb. 6 Prozentualer Anteil der Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen 1993-2003

besonders bemerkbar machen wird. Glückt es nicht, auf nationaler Ebene das Renteneintrittsalter in einem akzeptablen Maß anzuheben, muss der Fokus auf dem Potenzial im übrigen Teil der Bevölkerung liegen. Dies kann nur mit einer regionalen Wissens- und Innovationsstrategie gesichert werden.

Wissen und Innovation in der Region Süddänemark

Eine Frage, die Dänemark derzeit besonders bewegt, lautet: Wovon sollen wir in Zukunft leben? Als Richtlinie zur Beantwortung sollte das von der EU formulierte Ziel dienen, bis zum Jahr 2010 drei Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) für Forschung und Entwicklung aufzuwenden (Barcelona-Kriterien). Dies kann durch zahlreiche private und öffentliche Investitionen im Bereich der Forschung und der Wissensverbreitung geschehen. Aktivitäten an den Universitäten und anderen Wissensinstitutionen müssen diesen Prozess verstärken, so dass Innovation, Forschung und Entwicklung generell mit Maßnahmen zur Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen mittels Patenten, Lizenzen und ähnlichen kommerziellen „Spinn-offs“ einhergehen.

In diesem Prozess ist es wichtig, dass die Region Süddänemark sich ihrer Bedeutung klar wird und ihre Visionen für die Zukunft formuliert. Wenn künftig auf nationalem Niveau verstärkt auf Forschung und Entwicklung gesetzt wird, kann das entweder allen Regionen zu Gute kommen – oder nur den Regionen, die bereits über eine sehr starke Wissens- und Innovationsinfrastruktur verfügen. In letzterem Fall würden die regionalen Unterschiede in Dänemark auf diesem Gebiet stetig größer werden, während sich im ersten Fall überall das regionale Entwicklungspotenzial verstärken würde. Eine regionale Wissens- und Innovationsstrategie kann in jedem Fall ein wichtiges Werkzeug sein, sowohl innerhalb der Bevölkerung der Region als auch gegenüber den zentralen Behörden Dänemarks einen besseren Überblick über die Problemlage zu verschaffen.

Eine Wissens- und Innovationsstrategie muss daher ihren Ausgangspunkt in einer Reihe zentraler Aspekte nehmen:

- Sind die Forschungseinrichtungen in der Region Süddänemark in einer günstigen Situation?
- Sind die Unternehmen in der Region Süddänemark in einem hohen Maße innovationsfähig?
- Wie kann ein fortgesetztes Wachstum im Ausbildungsniveau geschaffen werden?

Eine positive Antwort auf diese drei Fragen ist entscheidend für die zukünftige regionale Entwicklung der Region Süddänemark. Die obige Analyse zeigt jedoch eine Reihe entscheidender Tendenzen:

- Die höheren Bildungseinrichtungen haben in der Region Süddänemark markant

weniger Ressourcen pro Einwohner als in den übrigen dänischen Regionen. Einzige Ausnahme ist die Region Seeland.

- Die Einrichtungen im Forschungsbereich sind in der Region relativ abhängig von externen Bewilligungen.
- Die Unternehmen in der Region Süddänemark haben die zweitniedrigste Aktivität im Innovationsbereich unter den Unternehmen der fünf dänischen Regionen.
- Die Region Süddänemark hat einen niedrigen Bevölkerungsanteil von Menschen mit weitergehender Ausbildung.

Um systematisch mit diesen Fragen und den übrigen regionalen Besonderheiten der Region Süddänemark arbeiten zu können, ist es nötig, die Wissens- und Innovationskapazität der Region zu analysieren. Ein wesentliches Ziel einer regionalen Wissens- und Innovationsstrategie ist es, die Stärken und Schwächen zu identifizieren, die die Region im Verhältnis zu den anderen Regionen Dänemarks hat. In diesem Zusammenhang ist es jedoch auch nötig, über die Grenzen hinauszublicken und Regionen in anderen Teilen der Welt zu betrachten. Solche Analysen können ein Mittel sein, um konkrete Strategien und Vorschläge für wirtschaftspolitische Initiativen zu entwickeln, die Rücksicht auf die besonderen Voraussetzungen in einer Region nehmen, die sowohl über Universitätsstädte als auch über Randgebiete verfügt. Gleichzeitig muss man den Blick auf die Möglichkeiten lenken, mit anderen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten – gerade in einer Zeit, in der die Wertschöpfung in vielen Unternehmen globalisiert abläuft. Vorläufig deutet die Analyse darauf hin, dass in der Region Süddänemark ein wesentliches Problem darin besteht, die erste Barriere im Blick auf den Kontakt zu Wissensinstitutionen und die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Unternehmen zu überwinden. Hier muss auf die Entmystifizierung von Vorurteilen und die Schaffung von Plattformen gesetzt werden, auf deren Basis sich solch ein Netzwerk bilden kann. Daneben muss intensiv auf die Schaffung eines Rahmens für die fortgesetzte Qualifikation von Arbeitskräften durch Initiativen gesetzt werden, die darauf gerichtet sind, das Ausbildungsniveau auf der Basis der traditionellen Ausbildungspyramide zu erhöhen. Es müssen also Instrumente entwickelt werden, die zielgerichtet mittels eines mehrspurigen Einsatzes optimale Bedingungen für „Elite, Masse und Boden“ des Arbeitsmarkts schaffen.

Schließlich muss die Region Süddänemark so wie auch andere dänische Grenzregionen im Blick auf die grenzüberschreitende Dimension strategisch denken. Eine regionale Wissens- und Innovationsstrategie kann etwa weitere Initiativen in Zusammenarbeit mit Deutschland beinhalten, etwa was die Universitätsstädte Kiel und Flensburg sowie die Metropolregion Hamburg betrifft, sowie das Erarbeiten einer funktionellen Verbindung mit dem norddeutschen Arbeitsmarkt.

Hier können nationale Vorurteile entmystifiziert werden, und es kann begonnen werden, die Gebiete zu identifizieren, auf denen es möglich ist, Partnerschaften und funktionelle Kooperationen zu schaffen.

Eine ähnliche grenzüberschreitende Initiative hat eine feste organisatorische Form in der Öresundsregion erhalten, wo die „Öresunds Universität“ ein grenzüberschreitendes Netzwerk mit zahlreichen Wissensinstitutionen als Teilnehmer bildet. Dies ist nur eine von vielen thematischen und gebietsspezifischen Kooperationen wie zum Beispiel des Öresund Business Councils, des Öresundskomitees, Öresund Direkt und Öresund Network.

Eine Wissens- und Innovationsstrategie darf aber nicht nur aus organisatorischen Formen bestehen, die Synergien im Wissensbereich über die Grenze hinweg etwa durch eine enge Universitätskooperation sichern, sondern sie muss auch Wissensinstitutionen auf beiden Seiten der Grenze mit dem Wirtschaftsleben beider Seiten in Kontakt bringen. Die Region Süddänemark hat eine Reihe Stärken im Kampf um das Wirtschaftswachstum der Zukunft und ein Potential für Wissensinstitutionen, eine enge Zusammenarbeit mit externen Partnern einzugehen. Aufgabe der Zukunft muss es jedoch weiterhin sein, die Ressourcen für die Entwicklung einer hinreichenden zukünftigen Wissensbasis in Bevölkerung und Unternehmen der Region Süddänemark zu mobilisieren.

Übersetzung: Benjamin Lassiwe

Hinweise und Quellen

- Dansk Center for Forskningsanalyse: Forsknings- og udviklingsarbejde i den offentlige sektor. Forskningsstatistik 2002, Aarhus Universitet.
- Dansk Center for Forskningsanalyse: Innovation i dansk erhvervsliv. Innovationsstatistik 2002, Aarhus Universitet.
- Graversen, E. K. et al.: Forskning og Udviklingsarbejdes påvirkning af produktivitet og beskæftigelse. Rapport fra Dansk Center for Forskningsanalyse, 2005/1, Aarhus Universitet.
- Jørgensen, H. D. & Schmidt, T. D.: Syddanmark som grænseregion. Perspektiver – Udfordringer. Institut for Grænseregionsforskning. Syddansk Universitet i Aabenraa, 2006.
- OECD: The New Economy – Beyond the Hype. Final Report on the OCED Growth Project. OECD Publications Service, Frankrig, 2001.
- Siune, K.: The role of evaluation in innovation policies: Strength and weaknesses of the use of evaluation in innovation policies. Working paper 2005/4, Dansk Center for Forskningsanalyse, Aarhus Universitet.
- Windelin, M.: Større regionale uddannelsesforskelle. Prognoser, november 2005, Arbejderbevægelsens Erhvervsråd. www.ae-dk.dk
- www.uni.oresund.org

Erinnern für Gegenwart und Zukunft

Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Zu den ehrenamtlichen Aufgaben, die unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Lepphen als Landeshistoriker wahrnimmt, gehört die wissenschaftliche Leitung der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“. Im vorliegenden Beitrag stellt er die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund vor.

Die Redaktion

1. Einleitung

Vom 1./2. November bis zum 16. Dezember 1944 befand sich in Ladelund, unweit der deutsch-dänischen Grenze, ein Außenkommando des KZ-Hauptlagers Neuengamme. Mehr als 2000 Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit an Befestigungsanlagen im Rahmen des sog. „Friesenwalls“ eingesetzt. 300 Tote aus 13 Nationen wurden auf dem Dorffriedhof in Massengräbern beerdigt.

Die Geschichte des KZ Ladelund und ihre Vermittlung gehören seit mehr als zwei Jahrzehnten zu den Anliegen der Grenzfriedenshefte. Zahlreiche Beiträge, die zum Teil auch als Sonderpublikationen Verbreitung fanden, sind hier erschienen; darüber hinaus haben die Grenzfriedenshefte den Auf- und Ausbau der Ladelunder KZ-Gedenkstätte zu einem Ort der historisch-politischen Bildung und der internationalen Begegnung publizistisch begleitet.¹ Im Heft 3/2006 wurde das Grußwort des Chefs der Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus, bei der Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses in Ladelund veröffentlicht: „Investitionen in die Humanität.“²

U.a. durch eine Spendenaktion mit erfreulich großer Bürgerbeteiligung ist die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte in letzter Zeit vor allem unter dem Vorzeichen des nun erfolgreich abgeschlossenen Bauprojekts ins öffentliche Bewusstsein getreten. Kern der Gedenk- und Begegnungsstätte ist und bleibt aber – nach den Gräbern der KZ-Opfer – die Dauerausstellung im Ladelunder Dokumentenhaus. Der Erweiterungsbau soll einer Verbesserung der pädagogischen Arbeit mit der historischen Dokumentation dienen und außerdem mehr Raum für internationale Begegnungen und Sonderausstellungen schaffen. Ebenso sind die außerhalb der Ausstellung präsentierten Kunstobjekte und ein auf dem Gelände gepflanzter Friedensbaum nicht Selbstzweck, sondern können als Symbole des

Versöhnungsgedankens affektive Wege zur intensiven Auseinandersetzung mit dem historischen Gegenstand eröffnen, um den es in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte dem Grunde nach geht.

Der vorliegende Beitrag³ lenkt den Blick auf die historische Dokumentation im Ladelunder Ausstellungsgebäude. Er informiert über die Entstehungsgeschichte des Dokumentenhauses, die Konzeption der dort präsentierten Dauerausstellung sowie deren wissenschaftliche und didaktische Relevanz mit internationaler Dimension.

2. Entstehung der Dauerausstellung

Die 1990 eröffnete Dauerausstellung mit dem Titel „Konzentrationslager Ladelund 1944“ geht auf ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt zurück, das der Verfasser 1982-1984 mit Oberstufenschülern der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg durchgeführt hat. Die Geschichte des KZ Ladelund wurde damals erstmals systematisch erforscht und in Form einer umfänglichen Wanderausstellung einer breiten Öffentlichkeit vermittelt.

Die positive Resonanz und die starke Nachfrage nach der Wanderausstellung führten zu dem maßgeblich durch den damaligen Gemeindepastor Harald Richter getragenen Vorhaben der Kirchengemeinde Ladelund, im Rahmen der bestehenden Gedenkstätte eine ständige Dokumentation in einem neu zu errichtenden Ausstellungsgebäude zu schaffen.

Das Ausstellungsgebäude wurde hauptsächlich durch das Kieler Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur finanziert. Die Mittel für die Dauerausstellung kamen vom Bonner Ministerium des Innern und vom Landesmuseumsdirektor, die das Ladelunder Projekt als überregional relevanten „Modellfall für eine kleinere Gedenk- und Dokumentationsstätte“ einstufen.

Die wissenschaftliche Leitung der Dauerausstellung lag und liegt in Händen des Verfassers. In Zusammenarbeit mit Dr. Johannes Tuchel und Klaus Bästlein von der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin wurden die in der Wanderausstellung bereitgestellten Materialien 1989/90 überarbeitet und nach Recherchen der drei Historiker in in- und ausländischen Archiven zu einer erheblich erweiterten Dokumentation gefügt.

Die Gestaltung der einzelnen Ausstellungstafeln orientiert sich an der Dauerausstellung der Gedenkstätte deutscher Widerstand. Die Gesamtgestaltung lag in Händen der Graphik-Designer Johannes und Christian Jaxy (Bremen/Hamburg) in Verbindung mit den drei Historikern, einem Gedenkstättenausschuss der Kirchengemeinde Ladelund und Vertretern der Geldgeber. Mit der Organisation des Ausstellungsvorhabens war der Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute in Bonn durch das Bundesministerium des Innern betraut.



Abb. 1 Das Dokumentenhaus der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund (von Süden) mit der 1990 eröffneten Dauerausstellung. Im Hintergrund ein Teil des Erweiterungsbaus von 2006

Die Entwicklung Ladelunds zu einer Stätte historisch-politischer Bildung basiert auf der 1990 fertiggestellten Dauerausstellung. Der Zuspruch, den die im Dokumentenhaus gebotenen Möglichkeiten nicht zuletzt bei Schulen fanden, führte 1995 zu dem Entschluss, mit Karin Penno-Burmeister eine hauptamtliche Leiterin der Gedenk- und Begegnungsstätte zu verpflichten.

3. Wissenschaftliche Relevanz

Die historische Dokumentation beruht auf der heute kaum noch umstrittenen Überzeugung, dass lokale und regionale Quellen und Forschungen unerlässliche Bausteine der allgemeinen Geschichte sind. Gerade das Thema Konzentrationslager kann nicht angemessen erfasst werden, wenn man sich auf die großen Lager beschränkt und dabei die Tatsache außer Acht lässt, dass es auf deutschem Boden und in den angeschlossenen Gebieten mehr als 1000 Konzentrationslager gab.

Lokale und regionale Forschung vermag also zur Erweiterung, Präzisierung und Korrektur des landläufigen Geschichtsbildes wesentlich beizutragen. So lässt sich die auch heute noch verbreitete Vorstellung, in den Konzentrationslagern sei es ausschließlich um die Vernichtung der Juden, den Holocaust, gegangen, am Beispiel Ladelund korrigieren. Die Schutzbehauptung von Zeitgenossen, die

Bevölkerung habe von den Konzentrationslagern nichts gewusst, wird am Ladelunder Exemplerindruck eindrucksvoll widerlegt.

Die Ladelunder Dauerausstellung dokumentiert exemplarisch die Schlussphase des NS-Systems, in der die KZ-Hauptlager ein Netz von Außenlagern um sich spannen, wo die größtenteils ausländischen Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen zur Zwangsarbeit gepresst wurden. Dies gilt auch für die Außenlager des KZ-Hauptlagers Neuengamme in Ladelund und Husum-Schwesing, die demselben Kommandanten unterstanden und unter Häftlingen als „Todeslager“ berüchtigt waren.

Die Ladelunder Dokumentation erfasst also nicht *die* Konzentrations- und schon gar nicht die Vernichtungslager. Gleichwohl lassen sich die Verhältnisse in einem Konzentrationslager am Beispiel eines kleinen Lagers gleichsam verdichtet beschreiben, „weil man in einem derartigen relativ kleinen Lager einen Querschnitt aller Verhältnisse sieht und einen abgerundeten zusammenfassenden Eindruck der im übrigen gleichen Faktoren erhält, die in einem großen Lager als isolierte Phänomene betrachtet werden, aber nur schwer ihren Platz in dem Gesamt-Mosaik finden können, das erst einen Begriff von der Hölle der Konzentrationslager vermittelt. Als Stücke dieses Mosaiks können bezeichnet werden: Die systematische Aushungerung; die elende Kleidung, insbesondere das verbrecherische Schuhzeug; das ständige Ausgesetztsein gegenüber Mißhandlungen; das Heimweh; die fürchterlichen Wohnverhältnisse mit ihrer katastrophalen Zusammenballung von Menschen; die unbeschreiblichen hygienischen Zustände; die Zwangsarbeit, deren Härte und Bedingungen insgesamt in einem krassen Mißverhältnis zur Physis der Gefangenen und der allgemeinen menschlichen Leistungsfähigkeit standen; und dies alles übertreffend: die totale Unfähigkeit der Lagerleitung und ihr Mangel an Respekt gegenüber den meisten elementaren, menschlichen Erfordernissen und Lebensvoraussetzungen.“ Darauf hat der dänische Mediziner Paul Thygesen hingewiesen, der mehrere Konzentrationslager durchlitt und u.a. als Häftlingsarzt in Husum-Schwesing tätig war.⁴

Die Geschichte des KZ Ladelund stellt ein besonders drastisches regionales Beispiel für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft dar. Die Forschungsergebnisse und ihre Dokumentation in der Ladelunder Ausstellung haben daher in die einschlägige wissenschaftliche Literatur Eingang gefunden, so in die erste umfassende, zugleich sehr prägnante Darstellung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, die Uwe Danker und Astrid Schwabe 2005 vorgelegt haben.⁵

4. Didaktische Relevanz

Im Mittelpunkt der fachwissenschaftlichen wie der didaktischen Überlegungen, die die historische Dokumentation tragen, stehen die 300 KZ-Toten, die Über-

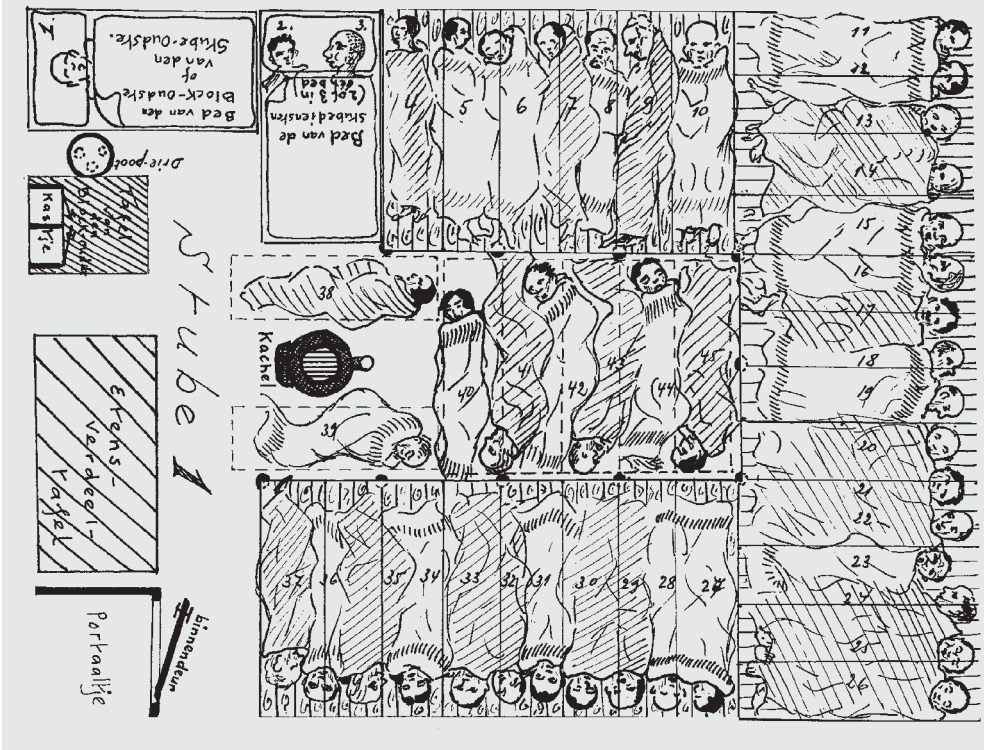


Abb. 2 Häftlingszeichnung des Niederländers Dr. Bob Smit, 1947. „Stube 1“ im KZ Ladelund (Aufsicht): 40 qm für ca. 80 Gefangene auf Holzgestellen und darunter auf dem Fußboden liegend. In Betten (o.l.) der „Stubenälteste“ und die „Stubendienste“

lebenden, ihre Familien – und damit alle Opfer eines menschenverachtenden Systems. Die rückwärtsgewandte Solidarisierung mit den Opfern hat prospektive Bedeutung in einer Gesellschaft, die die unveräußerliche Menschenwürde als obersten Maßstab ihres Wertesystems anerkennt. Es geht in der Ausstellung also nicht primär um ein gefühlsmäßig verankertes Gedenken mit all seinen Unwägbarkeiten, das Ge-denken wird im wahren Sinne des Wortes vielmehr als ein Erkenntnisvorgang verstanden. So betrachtet leistet die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte eine Arbeit, die weit über die Lebenszeit der unmittelbar betroffenen Opfer- und Tätergeneration hinausreicht.

Aus den knappen Ausführungen zur wissenschaftlichen Relevanz des regionalen Exemplums ergibt sich die didaktische Konsequenz, dass eine Vermittlung von Geschichte zu kurz greift, die das Thema Konzentrationslager ausschließlich am Beispiel eines großen Lagers wie das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz behandelt.

Hinzu kommt, dass sich Schüler wie Erwachsene, auch wenn sie nicht aus der

näheren Umgebung stammen, durch die relative Überschaubarkeit des regionalen Fallbeispiels besonders angesprochen fühlen. Besucher aus der Region erfahren Geschichte anhand von Zeugnissen aus ihrem Umfeld vergleichsweise unmittelbar. Ihr Wissen-Wollen ist hier erfahrungsgemäß besonders lebendig. Ladelund ist also eine Stätte historischer Bildung, an der die brutale Realität der NS-Gewaltherrschaft eindrücklich studiert werden kann. Über das Schicksal der meist ausländischen Häftlinge wird zudem die enge Verknüpfung der deutschen mit der europäischen Geschichte deutlich.

Es liegt auf der Hand, dass eine thematisch begrenzte Ausstellung nicht *den* Nationalismus in all seinen fachwissenschaftlichen und unterrichtlich relevanten Facetten darstellen kann. Auch umfängliche museale Präsentationen können ihren Gegenstand nicht umfassend behandeln. Moderne Museen sind im Gegenteil durch gezielte Reduktion oft geradezu darauf angelegt, Fragen zu provozieren. Diese sind nämlich unter didaktischen Gesichtspunkten nicht etwa als Nachteil einzuschätzen, sondern als fruchtbare Impulse für ein fragend-forschendes Unterrichtsgeschehen oder die vertiefende Beschäftigung erwachsener Besucher mit dem Erfahrenen.

Davon abgesehen, beschränkt sich die Ladelunder Dokumentation keineswegs darauf, das Leiden und Sterben der Opfer sichtbar zu machen; sie beantwortet am Ladelunder Exemplum, jedenfalls ansatzweise, auch Fragen, die für ein tieferes Verstehen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit ihren Ursachen und Folgen relevant sind, zum Beispiel: Warum erhielt die NSDAP in einem kleinen Dorf auf der schleswigschen Geest 1932 mehr als 80 Prozent der Stimmen? In welche Herrschaftsstrukturen war das KZ Ladelund eingebunden? Wer waren die Täter? Wurden sie nach 1945 zur Verantwortung gezogen? Wie reagierte die Bevölkerung auf das KZ, das 1944 in ihren Alltag getreten war? Wie ging und geht sie mit ihrem historischen Erbe um?

Mit der historischen Bildungsarbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte ist ein politischer Bildungsauftrag aufs Engste verbunden: Der Wert einer freiheitlichen, demokratischen Ordnung wird gerade jungen Menschen nur dann voll bewusst, wenn sie die Realität eines menschenverachtenden Systems an eindrücklichen Beispielen historisch erfahren und dabei auch erkannt haben, welche nachhaltigen Folgen ein solches System für das Zusammenleben der Völker hat.

Eine solche Erinnerungsarbeit vermag emotional wie rational auch für gegenwärtiges Unrecht zu sensibilisieren. Sie kann das eigene Handeln mit prägen, zu der Entschlossenheit führen, eine humane Gesellschaft aktiv mitzugestalten und Verstößen gegen die Menschenrechte – wie ausländerfeindlichen Schandtaten – schon in ihren Ansätzen mit Zivilcourage zu begegnen. Die historische

Dokumentation hat also nicht allein eine rückwärtsgewandte, sondern auch eine gegenwarts- und zukunftsbezogene politische Relevanz.

Bei einigen Pädagogen – und selbst bei einzelnen Historikern – ist die Auffassung wieder in „Mode“ gekommen, dass historische Bildung, also auch die Arbeit mit der historischen Dokumentation in einer KZ-Gedenkstätte, kaum Bedeutung für den Erwerb und die Festigung demokratischer Tugenden habe. Diese Auffassung mag als zugespitzte Reaktion auf floskelhafte Beschwörungen des „Nie wieder“ und auf inhaltsleer erscheinende Gedenkrituale zu verstehen sein. Genau genommen handelt es sich aber um eine Absage an die menschliche Vernunftbegabung, einen Kulturpessimismus, der durch die Geschichte selbst und durch die tägliche Arbeit von Pädagogen mit Schülerinnen und Schülern widerlegt wird.

Natürlich wird ein demokratisches Wertesystem nicht allein, und sicher auch nicht primär, durch historische Bildung, sondern durch viele Faktoren im Rahmen der Sozialisation erworben. Man muss sich selbst und den Nachwachsenden aber klarmachen, dass eine an den Menschenrechten orientierte Werteordnung aus historischer Erfahrung erwachsen ist. Wer also die Legitimation demokratischer Werte wirklich erfassen und in einer heterogenen Gesellschaft anderen gegenüber begründen will, ist auf historische Kenntnisse und Erkenntnisse angewiesen.

Dabei wäre es naiv anzunehmen, dass sich dem Rechtsextremismus durch KZ-Gedenkstätten gleichsam automatisch vorbeugen lasse. Wenn junge Leute in zunehmendem Maße in die neonazistische Szene abgleiten oder mit ihr sympathisieren, so ist das nicht ursächlich auf ihren meist eklatanten Mangel an historischen Kenntnissen über den Nationalsozialismus, sondern auf Defizite unseres Sozial- und Bildungssystems zurückzuführen, die sich durch den Besuch einer Gedenkstätte selbstverständlich nicht ausgleichen lassen.

Das Bildungsangebot der historischen Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte setzt eine gewisse emotionale und intellektuelle Offenheit der Besucher voraus. Was die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern betrifft, so richtet es sich nach wie vor an eine Mehrheit der Jugendlichen, die in dem oben skizzierten Sinne zu neuen Erkenntnissen gelangen oder sich in ihrer ethischen und politischen Grundhaltung bestärkt sehen kann. Ladelund erfüllt also als Ort historisch-politischer Bildung mit dem Blick auch auf die nachwachsenden Schülergenerationen eine zukunftsbezogene Aufgabe.

Die Bildungsarbeit in Ladelund macht sich den didaktischen Vorteil zunutze, dass sie am authentischen Ort stattfindet. Das Dokumentenhaus wurde im Rahmen der bereits seit 1950 vorhandenen Gedenkstätte in Sichtweite der Massengräber der KZ-Opfer errichtet. Diese Nähe berücksichtigt die Konzeption der Dauerausstellung ganz gezielt (s.d.).

Fußläufig über einen Wanderweg ist das ehemalige Lagergelände am Dorfrand zu erreichen, das in seinen Umrissen und am Baumbestand noch heute auszu-

machen ist. Ein Gedenkstein („Die Würde des Menschen ist unantastbar“), eine Informationstafel und eine von Jugendlichen des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerkes gestaltete Skulptur erinnern auf einer von der Kirchengemeinde Ladelund erworbenen Teilfläche an das KZ.

In der Umgebung des Dorfes sind einzelne Überreste der von den KZ-Häftlingen in Sklavenarbeit ausgehobenen Befestigungsanlagen noch zu erkennen. Es ist projektiert, einen Teilabschnitt des Panzergrabens am Weg von der Gedenkstätte zum ehemaligen Lagerplatz mit Unterstützung des Archäologischen Landesamtes freizulegen.

Die Wiedergabe historischer Quellen in der Ausstellung wird also durch den unmittelbaren Eindruck von den neun Massengräbern auf dem Friedhof und den, auch in der Ausstellung dokumentierten, „Spuren in der Landschaft“ eindrücklich ergänzt. Aus schulischer Sicht lohnt es sich nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt, den Unterricht vom Klassenzimmer an den authentischen Ort zu verlegen.

Die Überreste treten dem Besucher allerdings nicht in ihrer ursprünglichen, sondern in verfremdeter Form gegenüber. Die Massengräber erscheinen heute als wohlgepflegte gärtnerische Anlage, auf dem Lagerplatz weiden die Kühe, alle Baracken wurden entfernt. Durch diese Verfremdung werden Geschichte und der spätere Umgang mit ihr in einem didaktisch und methodisch wertvollen Sinne frag-würdig. Kontinuität und Wandel von Geschichte werden augenfällig.

Die zukunftsbezogene Aufgabe, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, zu handlungsorientierten Einsichten zu gelangen, wird Besuchern der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte auch dadurch erleichtert, dass über die Greuelthaten des NS-Systems hinaus die, historisch atypische, frühe „Versöhnung über den Gräbern“ dokumentiert wird. Dies betrifft zunächst die Beziehungen Ladelunds zu dem niederländischen Dorf Putten, woher 110 der 300 KZ-Opfer stammen. Die seit 1950 gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zu Putten, die inzwischen auch weitere Betroffene aus den Niederlanden und aus anderen Ländern einschließt, wird in Ladelund historisch nachvollziehbar und aktuell miterlebbar. Das heißt, das Ziel, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, wird an diesem Beispiel nicht abstrakt, sondern als eine konkrete, einlösbare und insofern ermutigende Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe begreifbar.

Eine ähnliche didaktische Relevanz hat die in Ladelund realisierte Beteiligung Jugendlicher an der Entstehung der historischen Dokumentation, an der Gestaltung der Gedenkstätte durch internationale Workcamps und bei der Pflege der Kontakte zu betroffenen Familien im Ausland, vor allem in den Niederlanden und in Polen. Was der damalige Schulleiter der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule 1990 bei der Eröffnung der Dauerausstellung dazu bemerkte, ist auch heute noch aktuell: „Wir brauchen ... das Wissen und das produktiv wirkende Bewusstsein



Abb. 3 Blick von der Ausstellung zu den Massengräbern der KZ-Toten

des unverfälschten Bildes vergangener Wirklichkeit, um Gegenwart und Zukunft human und tolerant gestalten zu können. Es bedeutet eine starke Zuversicht, dass junge Menschen, die gerade und besonders gefährdet sind gegenüber extremistischen Anfechtungen – dass junge Menschen konkret und beispielhaft daran mitarbeiten, Verdrängen und Vergessen zu verhindern.“⁶ Mit der Beteiligung Jugendlicher erfüllt die Ladelunder KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte also eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Das Beispiel Jugendlicher steigert zudem erfahrungsgemäß bei anderen die Motivation, sich selbst aktiv mit der Geschichte des KZ Ladelund auseinanderzusetzen.

5. Internationale Relevanz

Aufgrund der Tatsache, dass die Häftlinge im KZ Ladelund und die in den Massengräbern ruhenden Opfer größtenteils aus dem Ausland stammen, hat die Arbeit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte mit ihrer historischen Dokumentation eine internationale Dimension. Durch die frühzeitige Errichtung einer würdigen Gedenkstätte und die darauf basierende „Versöhnung über den Gräbern“ ist Ladelund weit über die deutschen Grenzen hinaus vielen Menschen ein Begriff.

Die von der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte erbrachte humanitäre und völkerverbindende Leistung wurde und wird auch von der Politik parteiübergreifend engagiert gewürdigt.⁷

Für die Opfer – überlebende ehemalige Häftlinge und Angehörige der KZ-Toten – hatte die versöhnliche Begegnung mit Mitgliedern der ehemaligen Tätergesellschaft am Ort des Geschehens eine psychologisch äußerst wichtige, für manchen Überlebenden sogar eine existentielle Bedeutung. Die beteiligten Deutschen durften, auch wenn sie sich nicht unmittelbar schuldig gemacht hatten, die versöhnliche Begegnung mit den Opfern als eine Art Entlastung empfinden. Naturgemäß war das gemeinsame Gedenken hauptsächlich emotional verankert. Die Geschichte war zwar ständig präsent, man betonte von Seiten der Opfer vergeben, aber nicht vergessen zu wollen, erst durch die systematische Erforschung und die Dokumentation der Geschichte des KZ Ladelund wurde das bis dahin persönliche, leidvolle Erinnern aber in einen historischen Rahmen gesetzt.

Diese historisch-wissenschaftliche Basis wird für die internationalen Begegnungen umso bedeutsamer je mehr sie sich – durch den zeitlichen Abstand zu den Ereignissen von 1944 bedingt – von den direkt Betroffenen auf die zweite und dritte Generation verlagert. Dies gilt sowohl für die ausländischen Besucher als auch für ihre deutschen Gastgeber. An die Stelle persönlicher Erinnerung tritt das Interesse an historischer Information.

Die ausländischen Besucher kommen aus den Niederlanden, aus Dänemark und aus vielen anderen Ländern, seit Öffnung der Grenzen auch aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Polen. Das Interesse und die Betroffenheit ausländischer Besucher ist bei manchen familiengeschichtlich bedingt, aber auch darauf zurückzuführen, dass die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den betroffenen Staaten durch Sozialisation und gezielte historische Vermittlung nach wie vor von großer Bedeutung ist. Im niederländischen Putten werden die Kinder bereits in der Grundschule mit den Ereignissen von 1944 und den Folgen für den Ort konfrontiert.

Auch in unserem Nachbarland Dänemark ist die historisch vermittelte Erinnerung an die deutsche Besetzung und das Leiden und Sterben von Dänen in deutschen Konzentrationslagern nach wie vor lebendig, manchmal bis heute von Skepsis und Vorurteilen gegenüber *den* Deutschen begleitet. Obwohl im KZ Ladelund keine Dänen inhaftiert waren, ein ganz persönlicher Bezug also nicht gegeben ist, kommt ein Großteil der Besucher des Ladelunder Dokumentenhauses aus Dänemark oder von den Bildungseinrichtungen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig.

Der Umgang mit der schrecklichsten Seite der eigenen Vergangenheit in Verbindung mit der Geschichte der von ihr betroffenen Staaten verlangt der historischen Dokumentation ein besonders hohes Maß an Wahrhaftigkeit und Sensibilität ab.

An die Stelle des auf persönlichem Leid und persönlicher Mitschuld beruhenden „Vergeben – nicht Vergessen“ sowie der traditionellen Formen des Gedenkens tritt bei den nachfolgenden Generationen in einem zusammenrückenden Europa freilich je länger je mehr das Interesse an einer länderübergreifenden kritischen Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte. Dafür bietet die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, wie die Erfahrung mit internationalen Jugendbegegnungen zeigt, alle Voraussetzungen.

Die internationale Bedeutung des bisher Erreichten sei mit zwei Stellungnahmen dokumentiert, die aus unterschiedlichen Perspektiven die in Ladelund geleistete historisch-politische Verständigungsarbeit würdigen:

1. Als Reaktion auf die Schrift von Oliver Schultz „Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen“⁸ schrieb der Direktor des polnischen Nationalarchivs, Prof. Jerzy Skowronek 1995 an seinen Kollegen Prof. Reimer Witt vom Landesarchiv Schleswig-Holstein: „Im Namen polnischer Archive und Historiker gratuliere ich von ganzem Herzen zu dieser schönen, zutiefst humanitären Initiative – der Herausgabe einer solchen Veröffentlichung und der Schaffung eines Gedächtnismuseums. Ich bin tief davon überzeugt, dass eben diese Initiativen der polnisch-deutschen Versöhnung und Annäherung besser dienen als Dutzende von Propagandaveranstaltungen.“

2. Nachdem der Sohn des einzigen jüdischen Gefangenen im KZ Ladelund, Abraham Duits, 1997 zum ersten Mal das Massengrab besucht hatte, in dem auch sein Vater begraben wurde, schrieb er in einem Brief: „Da wir nicht ahnten, was uns bevorstand, war die Konfrontation mit der Vergangenheit und besonders mit dem Leidensweg meines Vaters und vieler anderer desto größer. Sehr beeindruckt waren wir von der umfassenden Weise, in der die Greuelthaten, die hier im November und Dezember 1944 begangen sind, gezeigt werden. Als pietätvolle Erinnerung an die vielen, die hier ermordet wurden, und als Warnung für viele künftige Generationen, hoffen wir, dass auch der Ausstellungsraum in Ladelund seinen Wert behalten wird.“

6. Ausstellungskonzeption

Die Konzeption der Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ basiert auf den oben skizzierten fachwissenschaftlichen und didaktischen Überlegungen. Einige Gesichtspunkte der Ausstellungskonzeption seien im Folgenden hervorgehoben:

- Bereits am Eingang zum Ausstellungsraum wird den Besuchern durch eine großformatige Karte der exemplarische Charakter der Ladelunder Dokumentation vor Augen geführt: „Die Konzentrationslager und ihre Außenkommandos (1939-1945).“

- Die Ausstellung gliedert sich in 21 Tafeln, die fächerartig so angeordnet sind, dass die Besucher unmerklich durch die Ausstellung geleitet werden. Die drei Teile der Dokumentation – „Die Vorgeschichte“, „Das Konzentrationslager“, „Die Folgen“ – sind durch den Einschub von Langtafeln mit großformatigen Abbildungen optisch leicht auszumachen.
- Durch zusammenfassende Großtexte am Kopf der einzelnen Ausstellungstafeln und durch einen relativ großen, optisch wirksamen Bildanteil wird der Ausstellungsbesuch auch für Besucher lohnend, denen ein intensives Studium der historischen Dokumentation aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht möglich ist. Entsprechendes gilt für die sprachliche Gestaltung der Ausstellungstexte.
- Durch die Einbeziehung der Vor- und Nachgeschichte wird die Einbindung des KZ Ladelund in die allgemeine Geschichte präzisiert und der exemplarische Charakter des Ladelunder Fallbeispiels verdeutlicht.
- Im ersten Teil der Ausstellung wird u.a. die politische und wirtschaftliche Situation des Dorfes Ladelund von 1920 bis 1944 im Rahmen der allgemeinen Geschichte dokumentiert und der Stellenwert der nordfriesischen Außenlager im System der Konzentrationslager erklärt.
- Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf dem zweiten Teil: Wie in einem Hohlspiegel wird das Leiden und Sterben der Häftlinge im Lager und bei der Zwangsarbeit verdichtet dokumentiert. Es wird an Beispielen auch gezeigt, wer die Täter waren, welche Schuld sie auf sich luden und wie die Bevölkerung auf das KZ reagierte.
- Vom Mittelpunkt dieses Ausstellungsschwerpunktes führt eine gedachte Linie zu den in Sichtweite liegenden Gräbern der Opfer und zu den Gedenksteinen (Abb. 3). An dieser Linie sind zwei stelenartige Tafeln platziert, auf denen die Namen und persönlichen Daten der 300 KZ-Opfer zu lesen sind. Einzelne Schicksale werden auch in anderen Bereichen der Ausstellung exemplarisch aufgegriffen.
- Im Zentrum der historischen Dokumentation stehen also die von der NS-Gewaltherrschaft betroffenen Menschen. Ein wesentlicher Teil der Dokumentation sind daher auch die Gedenkbücher, die das Schicksal von KZ-Toten dokumentieren, über die Einzelheiten bekannt sind und von denen ein Foto zur Verfügung steht. Die Gedenkbücher wurden 1995 von der Historikerin Petra Bowien im Rahmen eines Projekts mit dem Titel „Schicksale – keine Zahlen“ unter wissenschaftlicher Leitung von Dr. Leppien und mit finanzieller Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet. Die Gedenkbücher werden seitdem laufend aktualisiert und fortgeschrieben.
- Im dritten Teil der Ausstellung wird dokumentiert, wie es nach 1945 zur Annäherung und schließlich zu einer Versöhnung zwischen Ladelund und über-



Abb. 4 Blick in die Ausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“, 2006

lebenden Häftlingen sowie Angehörigen der KZ-Opfer, vor allem aus Putten, kam.

- Im dritten Teil der Ausstellung wird außerdem über die Aburteilung einzelner Täter durch die britische Militärjustiz informiert und exemplarisch das Versagen der bundesrepublikanischen Gesellschaft beim Umgang mit NS-Tätern veranschaulicht.
- Schließlich werden die Spuren dokumentiert, die das KZ Ladelund im Dorf und seiner näheren Umgebung hinterlassen hat.
- Die Ausstellung setzt auf die Wiedergabe originaler Quellen, deren Anschaulichkeit und Authentizität durch farbige Wiedergaben noch erhöht wird. Die Quellen sollen Betroffenheit hervorrufen, jedoch im Sinne eines rational gesteuerten historischen Verstehens – ohne den falschen Eindruck hervorzurufen, die Erfahrungen von KZ-Häftlingen seien durch einen Gedenkstättenbesuch auch nur annähernd nacherlebbar.
- Der Mangel an dreidimensionalen Originalquellen, die sich in der Ausstellung präsentieren ließen, wird dadurch ausgeglichen, dass die Gräber der KZ-Opfer, der ehemalige Lagerplatz und weitere Spuren des Konzentrationslagers integrierender Bestandteil der historischen Dokumentation am authentischen Ort sind. Dem Bedürfnis vor allem von Klassen aus dem Hauptschulbereich⁹

nach dreidimensionaler Anschauung im Dokumentenhaus wird seit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus insoweit Rechnung getragen, als im Vorfeld der Ausstellung die originale Häftlingsbekleidung eines Überlebenden aus dem KZ Dachau zu betrachten ist. Diese methodische Entscheidung ist unter fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten allerdings problematisch, weil die meisten Gefangenen in Ladelund nicht durch den typischen gestreiften Anzug als KZ-Häftlinge gekennzeichnet waren, sondern durch ein auf ihre Zivilkleidung gemaltes gelbes Kreuz.

- Die Ausstellung verzichtet entschieden darauf, Geschichte durch Inszenierungen als „Erlebnis“ zu gestalten – ein museales Verfahren, dessen Anwendung sich jedenfalls bei der Darstellung der Geschichte eines Konzentrationslagers verbietet. Denn Inszenierungen würden „ein sentimentales Verhältnis zum Verbrechen“ evozieren, „welches das reale Geschehen zu verniedlichen droht.“¹⁰
- Die Ausstellung verzichtet auch auf den Einsatz flüchtiger Bilder, sie lässt sich nicht auf virtuelle Darbietungen ein, die zwar den medialen Konsumgewohnheiten mancher Besucher entgegenkommen würden, der konzentrierten Auseinandersetzung mit einem Kapitel der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aber keineswegs dienlich wäre.
- Diesen konzeptionellen Entscheidungen entspricht ein „Raum der Stille“, der im Rahmen des Erweiterungsbaus 2006 im Anschluss an die Ausstellung nach dem Vorbild anderer KZ-Gedenkstätten eingerichtet wurde.
- Ergänzend zur historischen Ausstellung verfügt das Dokumentenhaus über ein breites Medienangebot, das unter didaktischen und methodischen Gesichtspunkten gezielt eingesetzt werden kann. Die technischen und räumlichen Möglichkeiten für den Einsatz moderner Medien haben sich mit Fertigstellung des Erweiterungsbaus stark verbessert.
- Die Ablehnung einer inszenierten KZ-Geschichte bestimmte auch die Konzeption des – stark reduzierten – Lagermodells in der Ladelunder Ausstellung, das Schülerinnen und Schüler der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg unter Anleitung des Kunstpädagogen Marcus Holstein und mit wissenschaftlicher Beratung durch den Verfasser erstellt haben.
- Das Lagermodell fordert – wie auch weitere Elemente der Ausstellung – zu quellenkritischen Beobachtungen heraus: Der Vergleich mit zwei in der Ausstellung großformatig wiedergegebenen, voneinander abweichenden Häftlingszeichnungen vom Lager zeigt den Besuchern, dass es bei dem Modell nicht um bloße Rekonstruktion, sondern eine dreidimensionale Interpretation von Geschichte geht.
- Eine zentrale (wenngleich nicht unproblematische) schriftliche Quelle, nämlich der Augenzeugenbericht des Pastors Johannes Meyer in der Ladelunder Kir-

chenchronik, wird den Ausstellungsbesuchern in einer Quellenmappe vollständig in einer originalgetreuen Wiedergabe zugänglich gemacht. Eine Abschrift sowie komplexe quellenkritische Reflexionen von Jörn-Peter Leppien sind in einer Begleitschrift enthalten, deren überarbeitete und erweiterte Neuausgabe zur Zeit vorbereitet wird.¹¹

- Die letzte – offene – Ausstellungstafel mit der Überschrift „Heute“ soll durch aktuelle Berichterstattung dokumentieren, dass die Arbeit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund einem dynamischen Prozess unterliegt und auch die historisch-wissenschaftliche Arbeit nicht etwa abgeschlossen ist, sondern auf Erkenntnisfortschritt zielt.

7. Literatur

Die Ausstellung begleitend liegen ein farbiges Faltblatt mit Kurzinformationen und ein Katalog vor, der alle Ausstellungstexte und Bildunterschriften sowie ausgewählte Quellen enthält.¹² Die Broschüre dient der Vor- und Nachbereitung eines Ausstellungsbesuchs. Ausländischen Gästen wird das Studium der deutschsprachigen Ausstellung dadurch erleichtert, dass der Katalog auch in niederländischer, dänischer und englischer Sprache vorliegt.

Der Katalog wird durch eine Reihe von Publikationen mit historisch-fachwissenschaftlichem Charakter, zu den Kontakten Ladelunds nach den Niederlanden und Polen sowie zu didaktischen Fragen ergänzt.¹³ Dabei kommt es der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte zugute, dass ihre Arbeit, wie eingangs erwähnt, seit 1983 durch den Grenzfriedensbund und seine Grenzfriedenshefte publizistisch begleitet wird.

Das große öffentliche Interesse an der Geschichte des KZ Ladelund sowie das Bedürfnis nach weiterführenden und vertiefenden Informationen wird auch daran deutlich, dass vom Ausstellungskatalog und von weiteren eigenständigen Publikationen aufgrund der großen Nachfrage eine zweite Auflage erforderlich wurde.

8. Fazit

Die Ladelunder Einrichtung hat sich als „Modell für eine kleinere Gedenk- und Dokumentationsstätte“ bewährt. Dabei ist festzustellen, dass das traditionelle Gedenken als Folge des Generationenwechsels gegenüber einer fachwissenschaftlich, didaktisch und methodisch reflektierten Erinnerungsarbeit an Bedeutung verloren hat und weiter verlieren wird.

Die historische Dokumentation hat das grundsätzliche Problem einer solchen Ausstellung, nämlich den Ansprüchen und Möglichkeiten höchst unterschiedlicher Besucher – von Hauptschülern bis hin zu Fachhistorikern, von Besuchern

aus der näheren Umgebung bis hin zu Hinterbliebenen ausländischer KZ-Opfer – gerecht zu werden, mit ihrer Konzeption offenbar erfolgreich gelöst. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die Ausstellung vor allem Hauptschulklassen vor erhebliche kognitive Anforderungen stellt. Dem kann und muss die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte im Rahmen ihres pädagogischen Angebots gezielt Rechnung tragen.

Die Gästebücher des Dokumentenhauses zeigen eine überaus positive Resonanz der in- und ausländischen Besucher im Sinne der Ausstellungskonzeption. Viele Reaktionen deuten darauf hin, dass die historische Dokumentation über Betroffenheit und fachlichen Erkenntnisgewinn hinaus auch handlungsorientierte, d.h. gegenwarts- und zukunftsbezogene Denkprozesse in Gang setzen oder bestärken kann. Dazu zwei Beispiele:

1. „Wenn ich Schlimmes erfahre, Dinge, die ich nicht ertragen kann, bin ich wie gelähmt. Ich erstarre. Bleischwer fühle ich mich, machtlos, ohnmächtig. Innerlich bin ich zutiefst bewegt, erschüttert. Nach außen hin bin ich bewegungsunfähig. Ziehe ich mich in mich selbst zurück? Bleibe ich untätig? Bin ich dazu verdammt, einfach hinzunehmen, was ich nicht ändern kann? Hätte man selbst den Mut gehabt aufzustehen?“

2. „Nichts sehen – nichts hören – nichts sagen ... Die drei sogenannten Tugenden der chinesischen Affen. Sind es wirklich Tugenden? Vor aller Augen kann Unrecht geschehen, und niemand will etwas gesehen, niemand etwas gehört haben? Niemand wird etwas gegen das Unrecht sagen? Warum nicht? Ist es Gleichgültigkeit? Ist es Bequemlichkeit? Ist es Unsicherheit? Ist es der Schock? Ist es Unterwürfigkeit vor bestehenden Machtverhältnissen? Ist es Angst, sich selbst Unannehmlichkeiten einzuhandeln? Auf jeden Fall kann es keine Tugend sein, Augen, Ohren und Mund zu verschließen, wenn Unrecht geschieht, wenn andere Menschen bedroht werden.“

Solche und zahllose weitere Reaktionen von in- und ausländischen Besuchern aller Altersgruppen legen den Schluss nahe, dass eine grundlegende inhaltliche oder gestalterische Neubearbeitung der historischen Dokumentation vorerst nicht erforderlich ist. In fachwissenschaftlicher Hinsicht haben sich allerdings, vor allem bei den unzureichend überlieferten Namen und persönlichen Daten der KZ-Opfer, einige Korrekturen ergeben, die auf Informationen betroffener Familien beruhen, zu denen vorher kein Kontakt bestand. In didaktischer und methodischer Hinsicht hat sich die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte neuen Erkenntnissen und Bedürfnissen geöffnet, ohne sich bei der Vermittlung von KZ-Geschichte effekthascherisch einer konsumorientierten „Erlebnisgesellschaft“ anzupassen.

Auch an den Besucherzahlen gemessen hat sich die Ausstellungskonzeption als tragfähig erwiesen: Seit der Ausstellungseröffnung, vor allem aber seit die KZ-

Gedenk- und Begegnungsstätte 1995 unter hauptamtliche Leitung gestellt wurde, ist die Besucherzahl kontinuierlich auf mittlerweile 15000 im Jahr gestiegen – ein Zuspruch, den manches Museum mit „leichteren“ Themen sich wünschen würde. Schon wegen der strukturellen Verbesserungen, die der Erweiterungsbau des Ladelunder Dokumentenhauses für die Präsentation von Sonderausstellungen und andere ergänzende Angebote sowie für die Nutzung der Räumlichkeiten in den Wintermonaten bietet, ist von einem weiteren Anstieg der Besucherzahlen auszugehen.

Um sich als eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Bildungseinrichtung auch in Zukunft zu bewähren, muss die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ihr Bildungskonzept jedoch weiterhin selbstkritisch überprüfen und neuen Erkenntnissen verantwortlich Rechnung tragen.

Anmerkungen

- 1 Als Beispiele seien genannt: Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr ...“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, Flensburg: Grenzfriedensbund 1983. (Überarbeitete und stark erweiterte Neuausgabe in Vorbereitung. Arbeitstitel: Pastor Johannes Meyer und das Konzentrationslager Ladelund. Legende und Wirklichkeit). – Zur Ausstellung KZ Ladelund 1944. Mit Beiträgen von Johannes Tuchel, Jörn-Peter Leppien, Henry Mohrdieck, Flensburg: Grenzfriedensbund 1991. – Oliver Schultz, „Wenn Zahlen zu Gesichtern werden.“ Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen, Flensburg: Grenzfriedensbund 1993 (in deutscher und polnischer Sprache), 2. verb. Aufl. 1995. – Ute Erdsiek-Rave, 50 Jahre KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: GFH 4/2000, S. 297-302. – Ulrich Jeß, „Mahnmal aus rostigem Stahl“. Jugendliche schufen eine Skulptur für die Gedenkstätte Ladelund, in: GFH 3/2002, S. 189-191. – Heinz-Werner Arens, „Geschichte als Auftrag“. Ansprache zum 60-jährigen Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers Ladelund, in: GFH 4/2004, S. 271-274.
- 2 Heinz Maurus, „Investitionen in die Humanität“. Grußwort der Landesregierung bei der Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: GFH 3/2006, S. 177-180.
- 3 Es handelt sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, den der Verfasser 2005 auf Bitten der Gedenkstättenleiterin zu einem Förderantrag an die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten beigesteuert hat.
- 4 Paul Thygesen, Arzt im Konzentrationslager, in: Klaus Bästlein (u.a. Hgg.), Das KZ Husum Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme, Bredstedt, 2. Aufl. 1983, S. 7-29, hier S. 18.
- 5 Uwe Danker, Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, 1. Aufl., Neumünster 2005, S. 125 ff. (2. Aufl. 2006). Siehe dazu auch die Besprechung von Martin Klatt in: GFH 2/2006, S. 125 ff.

- 6 Henry Mohrdieck, Wider das Vergessen und Verdrängen. Pädagogische Aspekte der Arbeit Jugendlicher an der Dokumentation „Konzentrationslager Ladelund 1944“, in: Zur Ausstellung KZ Ladelund 1944 (wie Anm. 1), S. 23-26, hier S. 25 f.
- 7 Siehe dazu auch Kap. 1 sowie die in Anm. 1 u. 2 genannten Beiträge von Ute Erd-siek-Rave, Heinz-Werner Arens und Heinz Maurus.
- 8 Siehe Anm. 1.
- 9 Dazu auch Jessica Mehl, Verfolgungen während der NS-Zeit. Welche Wirkung hat ein Besuch in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund/Nordfriesland auf die Einstellung zu dem Thema bei den Schülerinnen und Schülern? Eine Unterrichts-einheit in der H9A der Zentralschule Harrislee. Schriftliche Hausarbeit zur Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Ms., Harrislee 2005. Auf die Ergebnisse dieses trotz widriger Umstände im Ganzen erfolgreich verlaufenen Unterrichtsversuchs kann hier nicht näher eingegangen werden.
- 10 So der nach wie vor höchst aufschlussreiche Beitrag von Cornelia Brink, Je näher man es anschaut, desto ferner blickt es zurück. Ausstellungen in KZ-Gedenkstätten, in: Annegret Ehmann (u.a. Hgg.), Praxis der Gedenkstättenpädagogik, Opladen 1995, S. 55-74, hier S. 68.
- 11 Siehe Anm. 1.
- 12 Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Ladelund, Schleswig-Holstein, bearb. v. Jörn-Peter Leppien, Klaus Bästlein, Johannes Tuchel, Ladelund: Ev.-luth. Kirchengemeinde 1990, 2. verb. Aufl. 1995. Niederländische Ausgabe 1990. Dänische Ausgabe 1990, 2. verb. Auflage 2006. Englische Ausgabe 2003.
- 13 Siehe die in Anm. 1 genannten Titel sowie Jannes Priem, Willem Torsius, Vergeben nicht vergessen. Beiträge zum 50. Jahrestag der Befreiung in Ladelund am 4. Mai 1995, Ladelund: Ev.-luth. Kirchengemeinde 1995. Schriftenreihe der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, H. 1 (in deutscher und niederländischer Sprache), 2. verb. Auflage 1999. Karin E. Penno, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, in: Detlef Gause, Heino Schomaker (Hgg.), Das Gedächtnis des Landes. Engage-ment von BürgerInnen für eine Kultur des Erinnerns, Hamburg 2001, S. 74-86.

Geschichte und Politik: der Oeversee-Marsch

von LARS N. HENNINGSEN

Vor Jahresfrist erschien an dieser Stelle ein vielbeachteter Beitrag von Frank Lubowitz über „Oeversee 1864“ (GFH 4/2005, S. 301-314). Der Historiker schildert die Entstehung und den Wandel des Gedenkens an das Gefecht vom 6. Februar 1864 zwischen Österreichern und Dänen am Sankelmarker See. Er weist nach, dass der alljährliche Oeversee-Marsch, der einen humanitären Großeinsatz Flensburger Bürger für die Verwundeten und Toten auf dem ehemaligen Schlachtfeld würdigen soll, in Wahrheit einer Legende folgt.

Diesen Befund bestätigt der Historiker Lars N. Henningsen, Leiter der Studienabteilung und des Archivs an der Dansk Centralbibliotek, in einem Kronik-Beitrag für Flensborg-Avis (13. u. 15. Mai 2006). Wir geben den Beitrag in einer überarbeiteten, durch Gerret Liebing Schlaber übersetzten Version wieder.

Pointierter als es bisher geschehen ist, zeigt Lars N. Henningsen, wie die historischen Ereignisse von 1864 in der langen Tradition des Oeversee-Marsches jeweils aktuellen politischen Zielen dienstbar gemacht wurden. Die in den 50er Jahren entstandene Legende stelle einen Bruch mit der bis dahin deutsch-nationalen Tradition des Oeversee-Marsches dar. Die Initiatoren hätten bewusst die Umdeutung der Geschichte als Mittel benutzt, um das politische Ziel einer dänischen Beteiligung am Oeversee-Gedenken zu erreichen.

Die Absicht des angesehenen dänischen Historikers ist es nicht, den Oeversee-Marsch als solchen in Misskredit zu bringen. Die gemeinsame Ausrichtung durch das Stammkomitee von 1864 e.V. und den Sydslesvigsk Forening wird im Gegenteil ausdrücklich begrüßt. Das Ziel habe in diesem Fall die Mittel gerechtfertigt, meint Henningsen. Nun sei es aber an der Zeit, das gemeinsame Gedenken auf eine historisch tragfähige Basis zu stellen. Dieses Anliegen hat auch unsere redaktionelle Entscheidung bestimmt, die Aufsätze von Frank Lubowitz und von Lars N. Henningsen in den Grenzfriedensheften zu veröffentlichen (s. a. H. 1/2006, S. 70 f.). Die Beiträge stehen in der aufklärerischen Tradition, die die Grenzfriedenshefte seit der ersten Ausgabe im Jahr 1953 kennzeichnet.

Die Redaktion

„Og årene, de rulle og skiftes om på jord“ – die Jahre vergehen und verändern die Welt . Diese hier in freier Übersetzung wiedergegebenen Worte waren wahr, als der dänische Dichter Edvard Lemcke 1859 das Lied „Vort Modersmaal er dejligt“ (Unsere Muttersprache ist herrlich) schrieb – und sie sind es auch noch heute. Ein zum Nachdenken anregendes Beispiel haben wir mit dem Oeversee-Marsch,

der alljährlich am 6. Februar an das Gefecht von 1864 zwischen vorrückenden österreichischen und abziehenden dänischen Truppen am Sankelmarker See erinnert. Alljährlich seit nun bald 142 Jahren wandert eine kleinere oder größere Schar auf Initiative des „Stammkomitees von 1864“ von Flensburg zu den Gedenkstätten bei Oeversee/Sankelmark. Seit 2004 zählt auch der Sydslesvigsk Forening zu den Mitveranstaltern.

Wenn man Form und Wesen dieser Veranstaltung über die Jahre hinweg betrachtet, spiegelt der Oeversee-Marsch beinahe mit der Genauigkeit einer Kompassnadel und eines Seismographen den jeweiligen Zeitgeist im Grenzland und den Gebrauch der Geschichte durch die jeweils herrschende Generation wider. Man erinnerte sich jener Seiten der Historie, die zum gegebenen Zeitpunkt als brauchbar erschienen, während alles andere beiseite gelassen wurde. Jede Generation hat die Oeversee-Geschichte als Werkzeug für das gebraucht, was sie in der gegebenen Situation als die richtige Politik betrachtet hat. Jede Zeit hatte ihre politischen Ziele. Jede Zeit hat die geschichtlichen Begebenheiten als Mittel eben ihrer Politik verwendet. Oder genauer gesagt: Zu jeder Zeit hat man diejenigen Aspekte der Vergangenheit ausgewählt, die zur gegebenen politischen Zielsetzung passte. Und genau um diesen bewussten Gebrauch von Geschichte soll es im vorliegenden Beitrag gehen.

Eine Betrachtung des Oeversee-Marsches zeigt beispielhaft, wie Geschichte bewusst in die politische Arbeit einbezogen werden kann – und wie sie mitunter misshandelt wird. Sofern das politische Ziel die Verbesserung des deutsch-dänischen Verhältnisses war, ist es ohne Frage im Dienst einer guten Sache geschehen. Über eine solche Funktion der Geschichte im Verhältnis zur Politik braucht man sich keineswegs zu ärgern. Doch es ist in jedem Falle nützlich, jene hier mitwirkenden Mechanismen eingehender zu untersuchen.

Seit 2004 wird der Marsch wie gesagt von Deutschen und Dänen gemeinsam gestaltet. Deutsche und dänische Redner wechseln einander ab, und es erklingen deutsche wie dänische Lieder. Es wird verlautbart, dass die Feierlichkeiten vor allem zur Erinnerung an den humanitären Einsatz abgehalten werden, den beherzte Flensburger gleich nach der Schlacht den Verwundeten gegenüber gezeigt hätten. Auf den ersten Blick erscheint die Zusammenarbeit vor einem solchen Hintergrund heute sowohl lobenswert als eigentlich auch selbstverständlich – aber das ist nun nicht der Fall. Ein historischer Rückblick zeigt, dass man nur so weit kommen konnte, weil man eine bewusste Auswahl aus den historischen Fakten getroffen hat. Ja, damit man es so weit bringen konnte, war es notwendig, die Geschichte teilweise sogar auf den Kopf zu stellen. Dahinter stand sicherlich eine bewusste politische Zielsetzung.

Am Anfang war der Oeversee-Marsch alles andere als ein Symbol der Versöhnung. Das Protokoll des Stammkomitees gibt eindeutige Auskünfte über den



Abb. 1 Fünfzigjahrfeier der Schlacht von Oeversee 1914 mit Feldmarschall von Häseler und zahlreichen deutschen Veteranen

Zweck dieser frühen Märsche. Damals versammelten sich „treudeutsche Männer“, um an den Kampf tapferer Soldaten für die Befreiung Schleswig-Holsteins an jenem kalten Februartag zu erinnern. Anfangs stand vor allem ein Kreis besonders patriotischer Schleswig-Holsteiner hinter der Veranstaltung. Sie hatten gleich nach der Schlacht ein „Hilfskomitee“ gegründet, das die Pflege der Verwundeten in den Lazaretten unterstützte. Als die Arbeit in den Lazaretten beendet war, wurde das Geld des Hilfskomitees zur Pflege der Gräber verwendet.

Doch ansonsten wurden die Oeversee-Märsche, die bereits 1865 begannen, keineswegs zur Erinnerung an den humanitären Einsatz Flensburger Bürger zugunsten der Verwundeten auf dem Schlachtfeld begangen, wie es heute hervorgehoben wird. Über einen solchen Einsatz kennen wir kaum mehr als den Bericht des dänischen Färbermeisters Plaetner, der unmittelbar nach der Schlacht bei der Bergung der Verwundeten und der Identifizierung der Toten mitwirkte. Tatsächlich waren die Möglichkeiten für einen humanitären Einsatz kurz nach der Schlacht begrenzt. Und die Erinnerung an einen solchen Einsatz spielte keine Rolle, als die Tradition der Oeversee-Märsche 1865 aufgenommen wurde. Im Protokoll des Stammkomitees deutet nichts darauf hin, dass die Erinnerung an freiwillige Hilfsdienste bei den jährlichen Festlichkeiten eine nennenswerte Rolle gespielt habe.

Über die alljährlichen Märsche erzählt das Protokoll etwas ganz anderes. Als die deutschen Patrioten 1865 die Tradition begründeten, sich am Jahrestag der

Schlacht an den Gräbern und anschließend im Krug zu treffen, wurden jedes Mal Reden gehalten und die Stimmung des Augenblicks im Protokoll festgehalten. Man sprach von den tapferen Kriegerern, die Blut und Leben für das liebe Vaterland gegeben hätten. Man gedachte des Tages, an dem die Schleswiger durch den Kampf der deutschen Brüder endlich ihre Befreiung erfahren hätten. 1879 sendete man ein Dankestelegramm an den deutschen und den österreichischen Kaiser dafür, dass der § 5 des Prager Friedens mit der Inaussichtstellung einer Volksabstimmung zur Staatszugehörigkeit im nördlichen Schleswig gestrichen wurde. Wohl geschah es, dass man zum Gedenken an die heldenmütigen dänischen Soldaten einen Kranz mit Schleifen niederlegte. Doch in Reden und Liedern erinnerte man zuallererst daran, dass hier Deutschlands Feind besiegt worden sei.

Eine besonders große Feier fand am 50. Jahrestag 1914 statt. Die deutschen Kriegervereine marschierten auf, und Feldmarschall von Häseler erschien persönlich – es war das Fest der Eroberer. Flensburg Avis schrieb am Folgetag: „Jenen das Ihre, wir haben unserer Eigenen zu gedenken.“

Nachdem Deutschland wenige Jahre später die Niederlage des Ersten Weltkriegs erlebt hatte, wurde der Tonfall in Oeversee etwas gedämpfter. 1919 standen dem Schleswiger Land politisch unruhige Zeiten wegen der künftigen Grenzziehung bevor. In diesem Jahr mahnte der Festredner zur Treue gegenüber der Heimat, „jetzt, wo seitens unserer nördlichen Nachbarn unberechtigte Ansprüche an das Land, unsere schöne Heimat gestellt werden“. Ein Jahr später kamen die Grenzabstimmungen, und Nordschleswig ging für Deutschland verloren. Die bittere Niederlage und die bedrückende Stimmung der Nachkriegszeit gaben den Märschen der folgenden Jahre ihr Gepräge. Ein bezeichnendes Beispiel sind die Zeilen, welche der Flensburger Landrat Anton Wallroth 1923 ins Protokoll schrieb: „Ein großes Volk, das seiner Großen dankbar gedenkt, im Unglück Stolz und Würde bewahrt und an seine Zukunft glaubt, stirbt nicht.“ In jenen Jahren waren das verlorene Nordschleswig und die Treue zu den deutschen Brüdern im abgetretenen Landesteil ständig wiederkehrende Themen.

Am 30. Januar übernahm Adolf Hitler die Macht im Deutschen Reich. Dies schlug sich eine Woche später im Protokoll nieder: „In den Stunden der nationalen Wiedergeburt unseres deutschen Vaterlandes gedenken wir am Tage von Oeversee mit besonderer Hoffnung unserer deutschen Brüder in Nordschleswig.“ Das heißt, man knüpfte an die nationalsozialistische Machtübernahme die Hoffnung auf eine Grenzverschiebung nach Norden. Fünf Jahre später wurde das Stammkomitee als Verein eingetragen. Laut seiner Satzung sollten die Pflege der Gräber und die jährlichen Kranzniederlegungen die Liebe zum deutschen Vaterland in Flensburg und Umgebung stärken und ewig an die Bedeutung der Befreiung der Heimat von der dänischen Herrschaft im Krieg 1864 erinnern. Am 75. Jahrestag



Abb. 2 „Großdeutsche Kundgebung“ am Österreicherdenkmal, 5.2.1939. Am Rednerpult – mit falschem Hakenkreuz – der NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse

am 6. Februar 1939 bekundete man „Dankbarkeit den gefallenen Brüdern aus der Ostmark, Treue dem Vaterlande und Liebe zu unserer meerumschlungenen schleswig-holsteinischen Heimat“. Natürlich hatte der Verein auch an der groß angelegten „Massenkundgebung für das Grenzgebiet nördlich und südlich der Grenze“ teilgenommen, mit der die Jubiläumsfeierlichkeiten bereits einige Tage vorher eingeleitet worden waren.

Auch während des Zweiten Weltkriegs marschierte man alljährlich nach Sankelmark. Noch am 6. Februar 1945 versammelte sich eine Handvoll Personen zum Gedenken an die Soldaten von 1864. Dann unterbrach Deutschlands vollständige Niederlage die Tradition für ein paar Jahre. Die Reihen der deutschen Patrioten hatten sich gelichtet, und eine dänische Welle zog durch das Land. Bei der Landtagswahl 1947 wurde der Sydslesvigsk Forening stärkste politische Kraft im Landesteil Schleswig. Das war keine gute Ausgangslage für die Märsche nach Oeversee, welche die britische Besatzungsmacht zudem nicht gestattete. 1946 und 1947 war es am 6. Februar still an den Gedenksteinen.

Doch die deutsche Hoffnung lebte weiter. Am 6. Februar 1948 wurde die Tradition wieder aufgenommen. Der spätere Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel nahm daran teil und beschrieb später den vorsichtigen Neubeginn sehr zutreffend, wonach „wir zunächst schüchtern, tastend diesen Weg gingen, uns umschaute, um zu sehen, wer mitmarschierte, auf diesem Weg, auf dem Deutsche einan-

der trafen“. Das Protokoll deutet eine tapferere Hoffnung an: „Auch der deutsche Winter wird einmal vorübergehen und die kommende Auferstehung wird dann hoffentlich ein Beginn des Völkerfrühlings sein.“

Der Wunsch wurde erfüllt. Bei der Kommunalwahl am 24. Oktober 1948 ging der dänische Stimmenanteil zurück, und der dänische Aufwärtstrend war gebrochen. Auch die schleswig-holsteinische Fahne durfte wieder gezeigt werden. So war die Stimmung beim Treffen der heimattreuen Deutschen am 6. Februar 1949 schon wesentlich vertrauensvoller: „Das deutsche Volk an der Grenze Schleswig-Holsteins besann sich im vergangenen Jahre wieder auf sich selbst. Es bekundete unter den altherwürdigen, lieben Farben blau-weiß-rot, die im September 1948 als Landesfarben genehmigt wurden, in den Gemeindewahlen am 24. Oktober 1948 nun wieder weithin sichtbar seinen Willen, sich trotz allem treu zu behaupten. In diesem glücklichen Bewusstsein, und geleitet doch auch unverändert von dem Wunsche, mit dem dänischen Volk wieder in Eintracht zu leben, fanden sich am 6. Februar 1949 deutsche Schleswiger in wieder großer Zahl zusammen. Sie besuchten die deutschen Denkmäler unter der Flagge blau-weiß-rot sowie das dänische Erinnerungsmal und vereinigten sich dann zu einem gemütlichen Beisammensein in Hansens Historischem Krug.“

Damit begann eine neue Phase in der Geschichte der Oeversee-Märsche. Einerseits war die Furcht vor neuen dänischen Vorstößen tief. Am markantesten drückte dies der Flensburger Landrat und spätere Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke aus, als er am 6. Februar 1950 ins Protokoll schrieb: „Trotz allem sind wir nicht gebrochen. Wir haben die Hoffnung auf unser Volk nicht verloren. Die Gefahren sind heute noch nicht gebannt, und viele Verirrte gilt es noch zurückzuholen. Eine Gewissheit haben wir: Unser Volk hat zu sich selbst zurückgefunden, und wir brauchen vor unseren Toten nicht schamrot zu werden.“ Noch 1955 wurde der traditionelle deutsche Nationalismus als Grundposition betont: „Das Land ist unser, unser soll es bleiben.“

Doch in zunehmendem Maße konnte man auch andere Töne vernehmen. Während die dänische Bewegung zurückging, verbreitete sich eine neue Stimmung. 1952 erwähnte man erstmals, dass die Kriegssituation 1864 auch Beispiele von mitmenschlichem Denken und Handeln über die Front hinweg hervorgebracht habe. 1954 hieß es, dass das Ziel des Marsches die Ehrung der Gefallenen beider Seiten sei, also der Deutschen wie der Dänen. 1958 drückte man es im Protokoll dann wie folgt aus: „Was der Name Oeversee uns heutigen besagt, liegt außerhalb der Politik, ist für die Lebenden, ob Deutsche oder Dänen, ehrfürchtiges Gedenken an die Opfer, die beide Völker für den Frieden miteinander brachten.“

In der neuen demokratischen Welt, in der sich ein Europa der Völker im Aufbau befand, reichte es nicht mehr, nur auf den alten Krieg hinzuweisen. Man brauchte neue und zeitgemäßere Begründungen, wenn man den Oeversee-Marsch als

jährliche Tradition behalten und für ihn neue Zustimmung gewinnen wollte. Man brauchte Erneuerungen. Im Zuge der Vorbereitungen auf den 100. Jahrestag war es 1963 so weit. Die am Schlachtort Versammelten brachten die Hoffnung zum Ausdruck, „dass Deutsche und Dänen im nächsten Jahr in einer echten Freundschaft nebeneinanderstehen.“ Eine solche gemeinsame Veranstaltung wurde zur Zielvorgabe für die kommenden Jahre.

Der Wunsch erfüllte sich zwar noch nicht, aber der Hundertjahrestag wurde 1964 mit einer großen Teilnehmerschaft gefeiert. Der damalige Bundesverteidigungsminister und vorherige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel hielt die Festrede. Er stellte die Frage nach dem Zweck der Veranstaltung. Die Festlichkeiten dürften nicht länger als Ausdruck für Widerstand gegen die Dänen aufgefasst werden. Es gehe im Gegenteil nun darum, dass Deutsche und Dänen friedlich zusammen leben sollten – mit Respekt gegenüber den jeweiligen Eigenarten und dem Selbstbestimmungsrecht. Die Liebe zur Heimat solle kein trennendes Element mehr sein. Sie sei bei gegenseitigem Respekt nun eher etwas, das die Nachbarn miteinander verbinde. Nur durch ein friedliches Zusammenleben könne man eine bessere Zukunft erreichen. Die Erinnerung an Sankelmark 1864 wurde fortan als „eine stete Mahnung und Verpflichtung im Zusammenleben der freien Völker“ dargestellt.

Dies war der Grundtenor in der befriedeten Zeit nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955. Weder Krieg als Mittel der Politik noch die Erinnerung an Krieg als solchen war fortan opportun. Man setzte einen deutlich anderen Schwerpunkt. Dies tat man auch in der Hoffnung, dass sich Vertreter der dänischen Minderheit zur Teilnahme motivieren ließen. Man betonte, dass das Stammkomitee keinen Nationalismus zur Schau trage. Stattdessen hob man die deutsch-dänische Partnerschaft und gegenseitigen Respekt als Grundlage hervor. Dabei zog man die ganz schwachen Erinnerungen an die Arbeit des Hilfskomitees im Februar 1864 heran. Nun hieß es, dass die ursprüngliche und eigentliche Aufgabe des Stammkomitees die Versorgung und Pflege der Verwundeten in Flensburgs Lazaretten gewesen sei. Diese humanitäre Leistung sei folglich der ursprüngliche und eigentliche Anlass für den Gedenktag gewesen. Mit einer solchen Botschaft konnte man niemandem auf dänischer Seite länger vor den Kopf stoßen.

Den Beteiligten war indessen bewusst, dass es großen politischen Geschicks bedurfte, um Deutsche und Dänen bei Oeversee zusammen zu bekommen. Man musste einige alte Gegensätze verdrängen, bevor die dänischen Organisationen zur Teilnahme bewegt werden konnten. Die Festlichkeiten mussten „genießbar“ gestaltet werden, so dass keine Dämonen früherer Zeiten geweckt werden konnten. Man konnte nicht länger an dem festhalten, was seit den 1870er Jahren und bis in die 1950er Jahre hinein den hauptsächlichen Inhalt der Märsche ausgemacht hatte. Dieses verdrängte man fortan und zog stattdessen die

Mär von einem großen humanitären Einsatz 1864 aus der Schublade. Eine historisch fundierte Quellengrundlage dafür war jedoch praktisch nicht vorhanden. Dennoch erkor man es nun zur zentralen Botschaft, dass das Stammkomitee in jedem Jahr seit 1865 mit dem Marsch zum Schlachtfeld eben dieses humanitären Einsatzes gedenke. Dies war ein angemessener Appell an die heutige Zeit. Und es war eine gute neue Grundlage, um Deutsche und Dänen zusammenzubringen. Die Teilnahme dänischer Vertreter bei den jährlichen Gedenkfeiern erschien nun machbar.

Trotzdem vergingen viele Jahre, bis die Zeit dafür reif war. Das Eis begann erst zu schmelzen, nachdem es im Jahr 2000 gelungen war, eine gemeinsame deutsch-dänische Gedenkveranstaltung anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht von Istedt (25. Juli 1850) auf die Beine zu stellen. Der damalige SSF-Vorsitzende Heinrich Schultz setzte sich persönlich für eine dänische Teilnahme am Oeversee-Marsch ein, und seine Anwesenheit sowohl 2001 als auch 2002 war sein eigener „Verständigungsfeldzug“. Er ließ sich davon überzeugen, dass eine Zusammenarbeit der dänischen Minderheit mit den deutschen Nachbarn sinnvoll wäre, um den 140. Jahrestag der Schlacht nördlich von Oeversee mit einer würdigen Gedenkfeier zu begehen, ähnlich derjenigen zuvor in Istedt. Nun konnte die gemeinsame Arbeit beginnen und sich möglicherweise zu einer festen jährlichen Tradition entwickeln.

Deutscherseits machte man weitreichende Zugeständnisse, um die Zusammenarbeit nun endlich etablieren zu können. Am 6. Februar 2003 wurde die Feier mit einem dänischen Lied eröffnet, und man konnte den früheren nordschleswigschen Amtsbürgermeister Kresten Philipsen als Hauptredner gewinnen. Dieser nutzte die Gelegenheit, um eine Lanze für die Gemeinsamkeit im Grenzland und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu brechen. Damit war der Weg vorgezeichnet, um die Gemeinsamkeit anlässlich des 140. Jahrestages offiziell zu verankern. So geschah es auch: Sydslesvigsk Forening wurde Mitveranstalter, und Schülerinnen und Schüler der Duborg-Skole nahmen teil, nachdem sie im Unterricht auf das Thema vorbereitet worden waren. Mindestens 700, möglicherweise sogar an die 1000 Menschen marschierten zu den Gedenkstätten, der Danebrog wehte, es wurde auf Dänisch gesungen, und der dänische Generalkonsul Henrik Becker-Christensen hielt eine Ansprache.

Auch Flensborg Avis wirkte kräftig mit. Bislang hatte die Zeitung die jährlichen Märsche mit konsequenter Nichtbeachtung gewürdigt. Denn der Oeversee-Marsch war in dänischen Augen eine erzdeutsche Veranstaltung, eine Manifestation des deutschen Schleswig-Holsteins. Daher war das Thema für die dänische Zeitung uninteressant. Doch jetzt wurden die Signale mit einem Mal umgestellt. Flensborg Avis berichtete über den Marsch – und stellte ihn als Erinnerung an einen humanitären Einsatz dar.



Abb. 3 Kranzniederlegung am Denkmal bei Sankelmark am 6.2.2006, u.a. mit dem Vorsitzenden des Stammkomitees Hans Dethleffsen (l.) und SSF-Generalsekretär Jens A. Christiansen (zweiter v. r.). Im Hintergrund der Danebrog

Und die Umstellung gelang: 2005 trat der SSF erneut als Mitveranstalter auf, und 2006 hatte man mit Kim Andersen, dem Vorsitzenden des für Fragen der dänischen Minderheit zuständigen Sechserausschusses im Folketing, erneut einen dänischen Hauptredner. Flensburg Avis nahm im Bericht über die Veranstaltung wiederum die legendenhafte Geschichte von den guten Flensburgern auf, die zu Fuß und mit Pferdewagen zum Schlachtfeld gezogen seien, um den Verwundeten Hilfe zu leisten. Schon 2006 war der gemeinsame Marsch zu einer anerkannten und geradezu natürlichen Tradition geworden.

Damit hatte man ein politisches Kunststück vollbracht. Durch einen „kreativen“ Gebrauch der Geschichte, durch einen gesunden Willen zur Zusammenarbeit und durch die Bereitschaft zum Bruch mit überkommenen Traditionen – vor allem auf deutscher Seite – hatte man eine neue Plattform für deutsch-dänischen Dialog geschaffen. Man zollte sich gegenseitig Respekt für die jeweiligen Eigenarten. Ein neuer Zeitgeist hauchte neues Leben und einen neuen Inhalt in eine Tradition, die allmählich zu verstauben drohte. Weitere Barrieren zwischen Deutsch und Dänisch wurden beseitigt.

All dies ist ohne Zweifel eine sehr gute Sache. Doch im Rückblick erscheint die Feststellung angebracht, dass der Preis dafür eine sehr eigenwillige Benutzung der Geschichte war. Die Geschichte wurde auf eine Weise gebraucht, die mit

den Ansprüchen historischer Wissenschaft nicht in Einklang zu bringen ist. Die Geschichte wurde regelrecht missbraucht. Politische Rücksichten führten zu einem außerordentlich „kreativen“ Umgang mit der Geschichte.

Dies soll natürlich nicht verurteilt werden, denn so sind nun einmal die Spielregeln der Politik. Schon immer haben Politiker die Geschichte für ihre eigenen Ziele gebraucht. Doch dieses Beispiel sollte schon zu denken geben. Es kann uns bewusst machen, dass Geschichte immer auch ein Teil der politischen Gegenwart ist und dass sie immer auch zur Legitimation dessen dienen muss, was sich die jeweiligen politischen Akteure als Ziel setzen. Im Rückblick muss man feststellen, dass dieser eigenwillige Gebrauch von Geschichte unabdingbar war, um das entscheidende Ziel zu erreichen – nämlich um Deutsche und Dänen auf einer bis dahin ungewohnten Bühne zusammenzubringen. Doch heute, wo das Ziel erreicht, die Zusammenarbeit gefestigt und man in ruhigeres Fahrwasser gekommen ist, kann die Erinnerung an die wirklichen geschichtlichen Zusammenhänge nur von Nutzen sein. Tatsächlich erscheint die 2004 vollzogene Umkehr sehr viel überzeugender, wenn man einsieht, dass man einen wirklichen Bruch mit der bisherigen Tradition vollzogen hat, anstatt diesen Bruch mit einer entstellenden Benutzung der Geschichte zu verschleiern.

Nur wenn man die früheren Gegensätze und den historischen Kern erkennt, kann man wirklich verstehen, was für ein politisches Kunststück bei der Neuinszenierung des Oeversee-Marsches vollzogen wurde. Der gute Wille und die Bereitschaft aufeinander zuzugehen – und zwar von deutscher wie von dänischer Seite – beeindruckt erst wirklich, wenn man sie vor dem tatsächlichen historischen Hintergrund betrachtet. Aber man bedenke: Eine solche Betrachtung kann man im bedächtigen Rückblick ziehen, nicht jedoch im Eifer des Gefechts. Da zählt dann der Vorteil des Erreichten. Man muss sich nur wünschen, dass es im Dienst einer guten Sache geschieht. *Tempora mutantur et nos in illis* – die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen.

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

Weiterhin dänisches Fernsehen im Kabelnetz

Im buchstäblich letzten Moment konnte abgewendet werden, dass die öffentlich-rechtlichen dänischen Fernsehprogramme von DR 1 und TV 2 am kommenden Montag aus dem Kabelnetz herausgenommen werden. Kabel Deutschland (KD) und DR/TV2 einigten sich gestern darauf, dass die beiden dänischen Programme auch weiterhin in mehr als 300.000 angeschlossenen Haushalten in Schleswig-Holstein empfangen werden können. Hierüber informierte gestern der verantwortliche Unterhändler von KD Harald Flemming. Die Verhandlungspartner einigten sich darauf, sich über die wirtschaftliche Seite der Übereinkunft nicht öffentlich zu äußern. Es ist jedoch klar erkennbar, dass DR und TV 2 auf ihre ursprünglichen hohen Forderungen an KD verzichten mussten.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) drückte große Freude über die Übereinkunft aus: „Der gesamten dänischen Minderheit ist ein Stein vom Herzen gefallen. Wenn wir die dänischen Programme im Kabelnetz verloren hätten, hätte man uns unsere kulturelle Nabelschnur nach Dänemark abgeschnitten“, sagte die Fraktionsvorsitzende im Landtag Anke Spoorendonk, die sich mit der Angelegenheit befasste. „Wir danken der Landesregierung, den dänischen politischen Parteien, aber auch Grænseforeningen für die Unterstützung aus vollem Herzen. Die Regierung und das gesamte Folketing haben gegenüber DR und TV 2 deutlich gemacht, dass sich diese mit der deutschen Kabel-TV-Gesellschaft zu einigen hätten“, stellt die SSW-Politikerin heraus.

Auch beim SSF, der Kulturorganisation der dänischen Minderheit, ist die Freude groß. Ihr Konsulent in Kopenhagen Simon Faber hatte seit Bekanntwerden des Beschlusses von DR und TV 2 ständig Kontakt mit beiden Kontrahenten. „Beide sind einander sehr weit entgegen gekommen, um eine Übereinkunft zu erreichen, die sowohl an die Uneinigkeit in der Vergangenheit und an die Bedingungen für die Zukunft Hand anlegt. Gleichzeitig ist es gelungen, Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen und eine Atmosphäre konstruktiver Zusammenarbeit zu schaffen“, berichtet Simon Faber.

Wenige Stunden, bevor die Nachricht über die Einigung der Kontrahenten eintraf, hatte der Landtag auf Initiative des SSW einstimmig Landesregierung, Kabel Deutschland und DR/TV 2 zu einer Lösung aufgefordert. Regierungschef Peter Harry Carstensen informierte, dass er bereits einen Brief an den dänischen Staatsminister geschickt hätte. „Ich bin sehr dankbar dafür, dass der SSW und namentlich Anke Spoorendonk und Lars Harms ihre guten Kontakte zu den Parteien im Folketing und zur Regierung in Kopenhagen genutzt haben, um Bewegung in die Angelegenheit zu bringen. Das hätte die CDU so nicht schaffen können“, lautete das ungewöhnliche Lob vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Wadepuhl.

Flensburg Avis, 13.10.2006

Wie berichtet (GFH 3/06, S. 189, 211 u. 220), drohte das dänische Fernsehen aufgrund finanzieller Unstimmigkeiten komplett aus dem Kabelnetz südlich der Grenze zu verschwinden. Dies hätte im Alltag eine totale Abkopplung Südschles-

wigs von dänischer TV-Information bedeutet. Schlüssel zum Empfang weiterer dänischer Programme über Satellit können nur in Dänemark erworben werden und sind südlich der Grenze nutzlos. Zudem wird die analoge Ausstrahlung für herkömmlichen Antennenempfang Anfang 2009 endgültig eingestellt. Letzteres geben die deutschen Sender bereits im kommenden Jahr auf, so dass deutsche Programme in Dänemark nur noch über Satellit und Kabel zu empfangen sind.

SDU: Neue grenzüberschreitende Studiengänge und Projekte 2007

„100 Millionen Kronen jährlich für Forschung sind unsere Ambition“, erklärte der Rektor der Syddansk Universität Jens Oddershede gestern dem Nordschleswiger. „Darüber hinaus rechnen wir jährlich mit 10 bis 15 Millionen Kronen für Ausbildung und Innovation.“ Das Geld wird aus den sog. Globalisierungsmitteln fließen, über deren Höhe sich gestern die Regierungsparteien Venstre und Konservative, ihre Stütze Dansk Folkeparti, die Sozialdemokraten und die Radikale Venstre einigten. Die Globalisierungsmittel belaufen sich für 2007 auf zwei Milliarden Kronen. Sie entfallen mit einer Milliarde Kronen auf Forschung und Entwicklung, mit 350 Millionen Kronen auf Innovation und Firmenneugründungen, mit 308 Millionen auf Jugendausbildungen, mit 200 Millionen auf weitergehende Ausbildungen und mit 141 Millionen Kronen auf Erwachsenen- und Weiterbildung. Die Mittel sollen bis 2012 jährlich schrittweise bis auf zehn Milliarden Kronen steigen.

Die breite politische Mehrheit für die Globalisierungsmittel „ist ein Meilenstein in der parlamentarischen Arbeit“, sagte Fi-

nanzminister Thor Pedersen (Venstre). „Damit ist eine Plattform geschaffen, die Dänemark eine solide Position in der Zukunft sichert.“

„Wissen, guter Kaufmannsgeist und Anthropologie müssen dazugehören, um die dänische Wirtschaft auf der Weltkarte sichtbar zu machen“, sagte Ökonomie- und Gewerbeminister Bendt Bendtsen (Kons.) in Bezug auf die 350 Millionen Kronen für Innovation und Firmenneugründungen. Sein Ministerium werde bis 2012 in öffentliche Projekte und die Wirtschaft 2,5 Milliarden Kronen Globalisierungsmittel lenken.

„Die Universitäten freuen sich, dass die Vergleichsparteien ihren Argumenten gefolgt sind“, erklärte Oddershede in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rektorenkollegiums der dänischen Universitäten. „Jeweils eine Milliarde Kronen mehr für Forschung in den Jahren 2007 und 2008 werden ganz Dänemark nützen.“ Mit den von ihm genannten Anteilen für die SDU „rechne ich“, betonte Oddershede. „Wir haben schon früher bewiesen, dass wir besser sind als der Durchschnitt der dänischen Universitäten.“

„Wir wollen die Forschung und Entwicklung in ganz Süddänemark ausbauen“, sagte Oddershede. Für die gewünschten neuen grenzüberschreitenden Vorhaben „liegen noch keine konkreten Pläne vor“, sagte der Rektor. Der SDU-Vorstand werde sich mit dazu angedachten Ideen erst noch befassen müssen. Konkretes über neue grenzüberschreitende Studiengänge und Forschungsprojekte werde „in einem halben Jahr vorliegen“.

Der Nordschleswiger, 3.11.2006

Deutsch für den Landesteil

Schon die Frageformulierung gab einen Fingerzeig in Richtung Hauptgegner des Deutschen, nämlich Englisch. Dabei ging es bei der Diskussion nicht um ein „Tribunal gegen Englisch“, wie Diskussionsleiter und Chefredakteur Siegfried Matlok betonte. Aber sowohl Karin Koplev, Deutschlehrerin in der Volksschule in Kirkesaaby bei Roskilde, und Günter Cremer, Deutschlehrer am Gymnasium in Odsherred, sehen in der jetzt politisch gewünschten starken Betonung des Englischen ein großes Hindernis fürs Deutsche. Während Englisch in der dritten Klasse beginnt, können sich die Schüler Ende der siebten Klasse für Deutsch entscheiden oder eben, wie immer mehr es tun, auch nicht. Obwohl die Wirtschaft schon jetzt einen Mangel an Fachkräften mit Deutschkenntnissen beklagt, leidet das Fach noch immer unter dem Ruf schwer und schwerfällig zu sein, erläuterte Koplev.

Cremer forderte polemisch dazu auf, Deutsch abzuschaffen und die Ressourcen anderweitig zu gebrauchen. „Dann muss man sich darüber im klaren sein, was das bedeutet.“ Das eigene Kulturverständnis leide großen Schaden ohne Kenntnis des Deutschen, so sein Credo. Peter Buhrmann, Leiter der Højskole Østersøen, betonte, wie wichtig es sei, Deutsch im Zusammenhang zu lernen und zu sprechen. Zum Beispiel mit dem Ziel, eine Arbeit in Deutschland oder Österreich anzutreten. Die Abschaffung der mündlichen Deutschprüfung in der Volksschule sei derzeit ein weiteres Hindernis.

Bente Dahl (Rad. V.), Folketingsabgeordnete für Nordschleswig, plädierte für eine sprachliche Vielfalt, wobei innerhalb der EU Englisch allerdings als offizielle Verwaltungssprache fungieren sollte.

In der anschließenden Diskussion wurden konkrete Vorschläge aufgeworfen, wie die deutsche Sprache zu stärken sei. Peter Dragsbo, Sonderburger Museumsleiter, forderte zweisprachige Straßenschilder, wie sie in der EU an anderen Stellen üblich seien. Diese Idee begrüßten Bente Dahl und der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen. Dragsbo schlug auch vor, die Grenzlandkommunen in den Bereichen Dänemark-Deutschland und Dänemark-Schweden zu einem massiveren Einsatz für die jeweilige Sprache zu drängen. Deutsch müsse für den hiesigen Landesteil ein positives Markenzeichen werden. Ein zu starres dänisches Zentralausbildungssystem verhindere die Förderung von Regionalsprachen, hieß es weiter. Auch dieser Problematik will sich Dahl annehmen, sicherte sie zu.

Die künftige Bürgermeisterin von Neu-Apenrade, Tove Larsen (Soz.), machte sich ebenfalls für Deutsch im Landesteil stark und verwies angesichts der jetzigen „Zuwanderung“ von deutschen Arbeitskräften auch auf die kulturellen Möglichkeiten durch die Institutionen der deutschen Minderheit. Zu wenig Einsatz von Seiten Deutschlands für die eigenen Sprache bemängelte Cremer. Das Land sei unflexibel und es fehle an Geld. Österreich tue da viel mehr. Frode Kristoffersen, ehemaliger Journalist und Mitglied des Europäischen Parlaments, forderte auf, zum Deutschlernen auch mit Spaß zu motivieren. Schließlich sei Berlin einer der Leuchttürme Europas. Im Punkte Förderung herrschte Einigkeit. Nun müsse es konkret werden, gab Peter Buhrmann mit auf den Weg.

Der Nordschleswiger, 24.11.2006

Deutsche Grenzpendler: Tove Larsen plant Charmeoffensive

Rothenkrugs amtierende und Neu-Apenrades künftige Bürgermeisterin Tove Larsen (Soz.) plant eine Charmeoffensive auf deutsche Grenzpendler. „In Rothenkrug haben wir diesbezüglich schon gute Erfahrungen gemacht. Ich könnte mir deshalb vorstellen, dies auch auf ganz Neu-Apenrade auszuweiten“, stellt sie fest und erläutert ihr Vorhaben: „In Rothenkrug bieten wir schon heute Pendlern an, dass wir sie in der Warteliste für gemeinnützige Wohnungen vorlassen, wenn sie sich dafür entscheiden, sich hier anzusiedeln.“ In Rothenkrug gibt es kaum leer stehende gemeinnützige Wohnungen. In Anbetracht der Tatsache, dass in einigen Teilen der Großkommune im gemeinnützigen Wohnungsbau insbesondere in Apenrade und Tingleff etliche Wohnungen leer stehen, würde es Sinn machen, dieses Angebot auf ganz Neu-Apenrade auszudehnen, hat sich Tove Larsen überlegt. Die Anzahl der leer stehenden gemeinnützigen Wohnungen schätzt sie im Moment auf 100. Vielleicht auch mehr.

„Ich habe die Idee schon gegenüber Vertretern der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften sowie Vertretern der Wirtschaft angesprochen. Sie alle stehen einer solchen Initiative durchweg positiv gegenüber und würden mitziehen.“ Die Wohnungsbaugenossenschaften haben natürlich ein Interesse daran, ihre Wohnungen zu vermieten. Die Wirtschaft ist daran interessiert, tüchtige (deutsche) Mitarbeiter längerfristig an sich zu binden und neue, ausgebildete Mitarbeiter heranzuziehen.

Als wichtiges Pfund bei der Anwerbung deutscher Grenzpendler sieht die Bürgermeisterin die deutsche Volksgruppe mit

ihren Vereinen und Einrichtungen. „Hier können deutsche Staatsbürger schnell Anschluss finden. Die Umstellung fällt dann nicht ganz so schwer“, sagt Tove Larsen und schildert einen aktuellen Fall aus Rothenkrug: „Erst zog ein Familienvater, der hier bei uns in Rothenkrug eine Arbeit gefunden hatte, in eine gemeinnützige Wohnung. Er holte dann Frau und Kinder nach und kürzlich hat die Familie ein eigenes Haus bezogen – hier bei uns in Rothenkrug. Mit anderen Worten: Sie sind hier heimisch geworden.“ Es sei beileibe kein Einzelfall, sondern eher ein Musterbeispiel dafür, wie es laufen kann. Und er bestärkt Tove Larsen darin, dass es sich lohnt, wenn alle an einem Strang ziehen. „Wir müssen uns gemeinsam einfach besser vermarkten. Schließlich profitieren wir alle davon“, stellt sie fest.

Der Nordschleswiger, 28.11.2006

Grenzkoooperation Fehmarnbelt-Region bringt mit fester Querung Vorteile

„Es ist entscheidend, dass die Akteure mehr übereinander wissen. Das grenzüberschreitende Denken fängt in den Köpfen an. Jeder sollte in seinem eigenen Arbeitsbereich sehen, was er mit der anderen Seite zusammen gemeinsam machen kann“, hat Lektor Martin Klatt vom Institut für Grenzregionsforschung der süddänischen Universität (SDU), Apenrade, gestern gegenüber dem Nordschleswiger unterstrichen, bevor er in Maribo vor dem „Femern Bælt Forum“ die gerade fertiggestellte Untersuchung „Barrieren und Potenziale in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Fehmarnbelt-Region“ vorstellte. Die aus Interreg-III-A-Mitteln mitfinanzierte Untersuchung erarbeiteten

Klatt und Forschungsassistentin Ulrike Barten vom Grenzregionsforschungsinstitut gemeinsam mit Seniorforscher Hayo Herrmann und Prof. Johannes Bröcker vom Institut für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität (CAU) zu Kiel.

Künftig werde es darauf ankommen, „großräumiger zu denken. Dazu sind starke Akteure notwendig, die sich dazu bekennen“, betonte Klatt. Großräumiger zu denken am Fehmarnbelt, bedeute zugleich, nicht allein die bisherige Interreg-Region Amt Storstrøm/Ostholstein-Lübeck zu sehen, sondern den gesamten Raum zwischen den Metropolregionen Kopenhagen und Hamburg. Das sei auch deswegen angesagt, weil die EU in ihrer künftigen Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab 2007 die geografischen Räume erweitere.

In ihrer Barriereanalyse Fehmarnbelt-Region nehmen die Wissenschaftler ökonomische Modellrechnungen vor, die die Grundlage einer Reihe Szenarien für die Möglichkeiten eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes und für die wirtschaftliche Entwicklung als Folge des Baues der geplanten festen Querung über den Fehmarnbelt bilden. Die Kosten der Querung sind auf vier Milliarden Euro geschätzt; für den Ausbau der landseitigen Infrastruktur beiderseits des Belts sind weitere 1,2 Milliarden Euro veranschlagt.

Eine engere Kooperation über den 19 Kilometer breiten Fehmarnbelt sei zwar auch ohne eine feste Querung möglich, „eine Fehmarnbelt-Querung bringt aber Vorteile“, unterstrich Klatt: Schon in der Bauphase gebe es viele Zusammenarbeitsanfordernisse; eine feste Querung erleichtert das Passieren des Fehmarnbelts; die Preise für die Fehmarnbelt-Überquerung werden sinken. Zurzeit seien Maut-

gebühren in Höhe der jetzigen Fahrpreise im Gespräch; sie würden bei einem entsprechenden Nutzeraufkommen aber sinken wie es auch bei der Maut für andere feste Querungen (Großer Belt, Öresund) der Fall gewesen sei; und eine feste Querung wirkt auch symbolisch für eine engere Bindung.

In ihrer Barriereanalyse geben die Wissenschaftler eine Reihe Empfehlungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die sie in neun Arbeitsfelder gliedern: Eine gemeinsame grenzüberschreitende Vision haben; regionalpolitische Führung auf beiden Seiten des Belts zeigen; Entwicklung eines klaren Profils für die Region mit gemeinsamem Logo, Internet-Auftritt und Marketing; Entwicklung eines sog. Leuchtturmprojektes, das die europäische Aufmerksamkeit auf sich zieht; Hervorhebung der sog. weichen Faktoren: Natur, Platz, Ruhe, zwei Kulturen. Definition gemeinsamer Interessen und Bereiche für die grenzüberschreitende Kooperation; breites Spektrum von Akteuren für die grenzüberschreitende Integration; Entwicklung einer langfristigen grenzüberschreitenden Strategie; Grenzüberschreitende Planung;

Entwicklung einer Kooperation zwischen den drei deutsch-dänischen Grenzregionen Amt Storstrøm/Ostholstein, Sønderjylland-Schleswig und Fünen/KERN; gemeinsamer Lobbyismus dieser Regionen gegenüber Kiel, Berlin und Kopenhagen; Beschlussfassung über den Grad einer Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Kooperation; Entwicklung eines grenzüberschreitenden Netzwerks verantwortlicher Komitees für die Kooperationsfelder; Ernennung eines Ombudsmanns gegen Grenzbarrieren; Weiterbildung von Verwaltungspersonal in Kenntnissen über das Nachbarland; Verbesserung der

Kenntnisse der Verwaltung in der Nachbarsprache; Überwindung von Barrieren in der Sozialgesetzgebung durch Lobbyarbeit in der Hauptstädten; Untersuchung der Möglichkeiten, die eine feste Fehmarnbeltquerung mit sich bringen kann; Schaffung einer differenzierten Maut nach Verbrauchergruppen: geringere Preise für lokale, häufige Nutzer zur Förderung der grenzüberschreitenden Interaktion; Schaffung eines akzeptablen Angebotes im öffentlichen Regionalverkehr.

Für die weiteren sieben Arbeitsfelder – Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt, Information, Medien, Ausbildung und Sprache, Tourismus, People-to-People und Kultur sowie Leistungsvergleichssystem für grenzüberschreitende Zusammenarbeit – empfehlen die Wissenschaftler u. a. genaue Marktanalysen der gesamten Fehmarnbelt-Region unter Einbeziehung der Metropolregionen Kopenhagen und Hamburg, eine Beratung für Unternehmen in grenzübergreifenden Fragen, eine Einbeziehung der Medien und deren engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, eine gegenseitige Anerkennung von Examina und Diplomen, die Schaffung zweisprachiger deutsch-dänischer Schulen von der ersten Grundschul- bis zur letzten Gymnasialklasse, die Entwicklung einer Sprachpolitik in der öffentlichen Verwaltung, eine grenzüberschreitende touristische Vermarktung der Gesamtregion, die Förderung von Vereinskooperationen und Schulpartnerschaften sowie einen Leistungsvergleich der Dienstleistungen und von Innovationen in den Kommunen, der grenzüberschreitenden Politik sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse der grenzüberschreitenden Kooperation.

Der Nordschleswiger, 28.11.2006

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Ex-SS-Mann wegen Mordes verhaftet

Flensburger Tageblatt, 22.9.2006

Der dänische SS-Mann Søren Kam, der seit langem in Kempten im Allgäu lebt und seit 1956 deutscher Staatsbürger ist, wurde nach einem langwierigen juristischen Tauziehen am 21. September festgenommen. Der heute 84jährige war im August 1943 an der Ermordung des Journalisten Carl Henrik Clemmensen beteiligt.

Grenzlandportal getauft

Flensburg Avis, 25.9.2006

Unter Teilnahme von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und dem Amtsbürgermeister und künftigen Regionschef Carl Holst wurde das neue grenzüberschreitende Internet-Portal eröffnet, welches eine Arbeitsgruppe unter dem Historiker und künftigen Vizebürgermeister von Groß-Apenrade Jørgen Witte erstellt hat. Das Portal wird weiter vervollständigt und ist unter der folgenden Adresse abrufbar: www.graenslandsportal.eu abrufbar.

Bagger räumten die Grenzanlagen weg

Flensburger Tageblatt, 27.9.2006

Mit der Entfernung der ehemaligen Grenzkontrollanlagen ist auch der wichtigste deutsch-dänische Grenzübergang Ellund-Fröslee nunmehr komplett ohne Grenzgebäude.

Arriva zur Öffnung gezwungen

Flensburg Avis, 28.9.2006

Nachdem die Betreiberin der Eisenbahn Tondern-Esbjerg, die Gesellschaft Arriva, öffentlich ihr Desinteresse an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bekundet hatte, setzte der dänische Verkehrsminister Flemming Hansen (Kons.) auf Ersuchen des Verkehrsausschusses im Folketing die dänische Verkehrsbehörde (Trafikstyrelsen) auf den Fall an. Diese betonte, dass eine von ihr und dem schleswig-holsteinischen Verkehrsministerium in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie über durchgehenden Verkehr auf der Westbahn noch nicht beendet sei und dass die Arriva nicht dazu befugt sei, die Zusammenarbeit prinzipiell abzulehnen.

Fußballfans in Empfang genommen

Der Nordschleswiger, 29.9.2006

Zwei deutsch-dänische Begegnungen im UEFA-Cup (Brøndby IF - Eintracht Frankfurt und Odense BK - Hertha BSC Berlin) waren Anlass für kurzzeitig verstärkte Grenzkontrollen. Vier als gewaltbereit eingestuftes „Hertha-Fröschen“ wurde die Einreise verweigert.

Gelobtes Land im Norden

Die Zeit, 5.10.2006

Der derzeitige Erfolg der dänischen Wirtschaft zieht inzwischen in ganz Deutschland seine Kreise. Während deutsche Spitzenpolitiker bis hin zum Wirtschaftsminister (Kündigungsschutz: Wirtschaftsminister Glos sieht Dänemark als Vorbild, Flensburger Tageblatt, 6.11.2006) darüber diskutieren, inwieweit Teile des dänischen „Modells“ auch in Deutschland

angewendet werden können, berichten inzwischen auch die Medien bundesweit über den dänischen Arbeitsmarkt und deutsche Grenzpendler. Beispielsweise titelte Spiegel-online am 4.11. „Ein Königreich für einen Job“.

Attraktivität für den Ochsenweg

Flensburger Tageblatt, 14.10.2006

In einem deutsch-dänischen Gemeinschaftsprojekt „Pilgerroute Ochsenweg/Hærvejen“ soll der historische Ochsenweg mit Schutzhütten und Herbergen für Wanderer ausgestattet und seine Attraktivität als Besuchsziel gesteigert werden. Träger des Projekts sind die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg und Turist Marketing Sønderjylland.

Sprache kommt aus dem Koffer

Flensburger Tageblatt, 14.10.2006

Zwei Kindergärten in Leck und Bau nehmen an einem grenzüberschreitenden Pilotprojekt teil, welches das Regionskontor gemeinsam mit den örtlichen Büchereien ins Leben gerufen hat. Mit den „Sprachkoffern“ sollen nicht nur die Kinder, sondern auch deren Eltern angesprochen werden, um Interesse für die Nachbarsprache und Kontakte über die Grenze hinweg zu fördern.

Deutsche auf Dänisch, Dänen auf Deutsch: Die Königin mimen – oder den Affen machen

Der Nordschleswiger, 18.10.2006

Während ihres Kurses an der Heimvolkshochschule Højskolen Østersøen in Apenrade kam Rebecca Presber aus Ripen und Katrine Østergaard Rasmussen aus

Hovedgård bei Århus die Idee zu einem Spiel, mit dem Begriffe aus der Sprache des Nachbarn spielerisch erlernt werden. Es ist unter dem Titel „Die Grenze überschreiten“ erhältlich. Der Regionalrat Sønderjylland-Schleswig förderte die Herausgabe des Spiels mit rund 40.000 Kronen aus seinem Interreg-III-A-Projekt „People to People“.

European Studies: Neu in Flensburg
Flensburger Tageblatt, 19.10.2006

An der Flensburger Universität hat ein neuer Master-Studiengang begonnen, bei dem in englischer Sprache über Europa in rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive unterrichtet und der Schwerpunkt auf die regionale Entwicklung gelegt wird.

Friesen fürchten um ihre Identität,
falls der Kreis aufgelöst wird

Flensburg Avis, 31.10.2006

Friesenrat und Frísk Forining fürchten, dass die Friesen bei der Zusammenlegung des Kreises Nordfriesland zu einer größeren Verwaltungseinheit marginalisiert werden.

Krarp: Südschleswig sollte ein
Teil von Dänemark sein

Flensburg Avis, 31.10.2006

Nachdem er mit seiner Äußerung, dass die dänische Minderheit ihre Existenzberechtigung hauptsächlich aus der Hoffnung auf „Wiedervereinigung“ mit dem dänischen Staat beziehe, zahlreichen Widerspruch ausgelöst hatte (GFH 2/06, S. 146), legte der Schriftsteller, Pastor und Folketings-abgeordnete für Dansk Folkeparti Søren Krarup noch einmal nach und löste wieder-

um starken Widerspruch aus, nicht zuletzt vom wichtigsten dänischen Grenzverband Grænseforeningen.

9. Deutsch-dänisches Jugendforum
auf dem Jugendhof Scheersberg

Pressemitteilung des Regionskontors,
1.11.2006

Zum neunten Mal veranstaltete das Regionskontor ein Jugendforum, bei dem 48 Schüler von sieben deutschen und dänischen Schulen teilnehmen konnten, um ihre Kenntnisse über Nachbarsprache und -land zu vertiefen, Kontakte zu knüpfen und Perspektiven in der Region zu erkennen.

Minderheitenfragen gewinnen an
Bedeutung im Land, beim Bund
und in Europa

Pressemitteilung des SSF, 3.11.2006

Der „Beratende Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesministerium des Innern, - kurz „Berliner Kontaktausschuss“ – trat in Husum zusammen. Gemeinsam mit Vertretern von SSW und SSF, des Bundesinnenministeriums und der Staatskanzlei in Kiel berieten die dem Ausschuss angehörenden Bundestagsabgeordneten unter erstmaliger Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs, des Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung Christoph Bergner die aktuelle Situation und Entwicklung der dänischen Minderheit, Minderheitenpolitik als Schwerpunktthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 (wie von Bundesratspräsident, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen angekündigt), die zukünftige EU-Förderpolitik für Regional- und Minderheitensprachen,

die Zukunft des digitalen Fernsehens und des dänischen Fernsehens im Landesteil Schleswig sowie die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Schulgeld beim Besuch von Schulen in Dänemark.

Neonazis besetzten Faarhus

Flensburg Avis, 5.11.2006

Etwa 150 meist norddeutsche sowie dänische und schwedische Neonazis folgten einer Einladung der dänischen Organisation in das Versammlungshaus des kleinen grenznahen Dorfes. Da die Veranstaltung privat angemeldet war und die wahren Teilnehmer erst später bekannt wurden, konnten die Betreiber die Veranstaltung nicht verhindern. Es wurden zahlreiche NS-Symbole und -Gesten gezeigt, die in Deutschland verboten sind, in Dänemark jedoch unter die juristisch weitere Auffassung von Meinungsfreiheit fallen.

CDU sagt nein zu kommunaler Gleichstellung

Flensburg Avis, 9.11.2006

Die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen im Landesteil bleibt ein Konfliktpunkt. Nachdem die Landesregierung diese zugesichert hatte, verstärkte sich der Protest vor allem aus CDU-geführten Kommunen, da die Gemeinden für die Mehrkosten aufkommen müssen.

Förderung nationaler Minderheiten ist gesamtstaatliche Aufgabe

Pressemitteilung des SSF, 9.11.2006

Zum ersten Mal in der derzeitigen Legislaturperiode traf sich der Arbeitskreis für Minderheitenfragen, bestehend aus Vertretern der vier autochthonen Minderheiten

in Deutschland (Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma) und Bundestagsabgeordneten unter der Leitung des Innenausschuss-Vorsitzenden Sebastian Edaty (SPD). Der Arbeitskreis soll den Dialog zwischen den in Deutschland traditionell heimischen nationalen Minderheiten und dem Bundestag verbessern.

Die dänische Industrie braucht Deutschkenntnisse

Der Nordschleswiger, 14.11.2006

Der dänische Industrieverband sieht in mangelnden Deutschkenntnissen ein gravierendes Zukunftsproblem, da Deutschland der mit Abstand wichtigste Exportmarkt für dänische Produkte ist. Da das Interesse für Deutsch in der jungen Generation stark zurückgegangen ist (z. B. gab es an der Universität Kopenhagen 1996 68 Studienanfänger im Fach Deutsch, 2006 sind es nur noch 33), fürchtet man in wenigen Jahren einen starken Mangel an deutschkundigen Mitarbeitern.

Regionalversammlung Sønderjylland-Slesvig: Alle 22 Mitglieder stehen seit gestern fest

Der Nordschleswiger, 14.11.2006

Die neue grenzüberschreitende Regionalversammlung, die den 1997 eingerichteten 42-köpfigen Regionalrat ablöst, hat künftig folgende Mitglieder: Auf dänischer Seite zwei Vertreter der Region Syddanmark, die vier Bürgermeister der künftigen nordschleswigschen Großkommunen, einen Vertreter der Arbeitgeberorganisation HTS-A, einen Vertreter des Gewerkschaftsbundes LO, einen Vertreter der Syddansk Universität, einen Vertreter für den Bereich Kultur und Sprache und

einen Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig; auf deutscher Seite den Oberbürgermeister und einen Ratsherr der Stadt Flensburg, die Landräte und Kreispräsidenten der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland und je einen Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industrie- und Handelskammer, der Flensburger Universität, der Kommunen im Landesteil und der dänischen Minderheit in Südschleswig.

Südschleswiger können Studiengebühren umgehen

Flensburg Avis, 14.11.2006

Das dänische Parlament hat finanzielle Unterstützung für Studierende beschlossen, die einen Teil ihres Studiums im Ausland durchführen wollen und dort auf Studiengebühren stoßen. Auch Studierende aus Südschleswig können von dieser Regel profitieren.

Schlagbaum ohne Grenze

Flensburg Avis, 14.11.2006

Der Verein „Bomlauget“ (Schlagbaumgilde) hat zwei original erhaltene Schlagbäume renovieren lassen, die seit 1920 die Staatsgrenze bei Simondys markierten. Da Fröslee bis dahin zur Kirche in Handewitt gehörte und es zahlreiche Verbindungen zu den südlichen Nachbardörfern gab, blieb der alte Kirchenweg bis zur Unterbrechung durch den Bau der Autobahn 1978 für den Fußgängerverkehr geöffnet.

Deutsch in einer Woche

Mitteilung des Regionskontors,
20.11.2005

Unter dem oben genannten Titel fand in der

Woche vom 20.-25.11. in Nordschleswig eine Kampagne zur Förderung der deutschen Sprache statt. Ziel der Kampagne, der im Februar eine ähnliche Aktion zu Gunsten des Dänischen in Südschleswig vorausgegangen war (GFH 1/2006, S. 68), ist es, die Minderheitensprache innerhalb der Mehrheitsbevölkerung bewusster zu machen und zum Erlernen derselben zu animieren. Koordiniert wurde die Aktion durch das Regionskontor in Pattburg. Mitveranstalter waren mehrere deutsche und dänische Bibliotheken, VUC Sønderjylland, Syddansk Universität, Amtscenret for Undervisning, Højskolen Østersøen, Der Nordschleswiger, das Goethe-Institut u.a. Die Schirmherrschaft hat auf dänischer Seite Prinzessin Benedikte, die Schwester der Königin, auf deutscher Seite Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU). Die Aktionen berührten alle Altersgruppen und fanden sowohl in Kindergärten, in den Einkaufsstraßen, in Form von Konzerten und anderswo statt. Das Regionskontor zieht eine sehr positive Bilanz.

Neue Impulse sollen das Grenzland voranbringen

Flensburg Avis, 21.11.2006

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gab bekannt, welche fünf aus 45 Vorschlägen als so genannte „Leuchtturm-Projekte“ künftig besonders gefördert werden sollen. Dies sind ein Projekt zur nachhaltigen Energiegewinnung an der Fachhochschule Flensburg und der Syddansk Universität Sonderburg, das Logistik-Centrum Flensburg-Pattburg, das Collegium Mare Balticum zum Austausch und zur Vermittlung von Forschungsergebnissen, der „Dom der Sinne“ bei der Flensburger Phänomena und ein grenzüberschreitendes

Netzwerk zur besseren Verbraucherinformation über Nahrungsmittel.

Dänische Forderungen an deutsches Ausflugschiff

Flensburg Avis, 21.11.2006

Aufgrund von unterschiedlichen Sicherheitsbestimmungen in Dänemark und Deutschland droht der grenzüberschreitenden Fördeschiffahrt der „Feodora“ das Aus, sofern der Eigner nicht eine 75.000 € teure Nachrüstung vornimmt.

Hinrich Jürgensen ist neuer BDN-Hauptvorsitzender

Pressemitteilung des BDN, 27.11.2006

Der Landwirt Hinrich Jürgensen aus Gaardeby bei Tingleff, bisher Vertreter der Slesvigsk Parti im nordschleswigschen Amtsrat, wurde zum Nachfolger von Hans Heinrich Hansen, Tierarzt aus Heisagger auf dem Haderslebener Ness, zum Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger gewählt.

Zehn Jahre European Center for Minority Issues

Eigener Bericht, 4.12.2006

Auf den Tag genau zehn Jahre nach seiner feierlichen Eröffnung wurde das Jubiläum des ECMI mit einem Festakt in Flensburg begangen. Mit seinem internationalen Fachpersonal hat das im Kompagnietor ansässige Institut eine beeindruckende Anzahl von Studien zu zahlreichen aktuellen oder potentiellen Minderheitenkonflikten vorgelegt und sich in einigen Konfliktbereichen direkt als Vermittler betätigt. Insgesamt wurde die Arbeit des ECMI in den Festreden gelobt, doch fand der

Aussiedler- und Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung Christoph Bergner auch kritische Worte, indem er eine zu geringe Verbindung mit dem Standort in der deutsch-dänischen Region und die bisherige Nichtbeachtung deutscher Minderheiten u.a. in Osteuropa bemängelte.

Südschleswig von arbeitslosen Facharbeitern geleert

Flensburg Avis, 5.12.2006

Der Sog des dänischen Arbeitsmarktes hat die Zahl der Süd-Nord-Grenzpendler inzwischen auf etwa 7000 gesteigert und übertrifft die bisher geschätzte Zahl deutlich. Pendler kommen inzwischen aus ganz Norddeutschland, doch profitiert vor allem der Landesteil Schleswig von dieser Entwicklung. Der Leiter der Bundesanstalt für Arbeit Frank-Jürgen Weise bescheinigte Schleswig-Holstein dann auch eine größere Dynamik auf dem Arbeitsmarkt als in den meisten anderen Bundesländern, mahnte zugleich aber zu größeren Anstrengungen in der Qualifizierung und Weiterbildung in den Unternehmen an („Der Exportschlager der Grenzregion“ [gemeint sind Arbeitskräfte], Der Nordschleswiger, 14.11.2006). Inzwischen haben dänische Firmen und Arbeitsvermittler es weitgehend aufgegeben, unmittelbar südlich der Grenze nach gelernten Fachkräften in vielen Bereichen zu suchen, da diese inzwischen Arbeit gefunden haben. Selbst die dänische Post versucht inzwischen, ihren Personalmangel mit deutschen Postboten zu beheben (Flensburger Tageblatt, 4.11.2006). Nichtsdestotrotz liegt die Zahl der Arbeitslosen im Landesteil weiterhin sehr hoch.

Übersetzungen und Anmerkungen:
Gerret Liebing Schlaber

LARS N. HENNINGSEN /
JOHANN RUNGE

Sprog og kirke

Dansk gudstjeneste i Flensburg
1588-1921

Flensburg: Studieafdelingen ved Dansk
Centralbibliotek for Sydslesvig, 2006.
280 S., ill.

Das vorliegende Buch bildet den Abschluss einer langjährigen Forschungsarbeit mit dem dänischsprachigen Kirchenwesen im alten Herzogtum Schleswig. Der erste Teil des Projekts über die dänische Kirche im Schleswig südlich der heutigen Grenze ist bereits vor über 20 Jahren erschienen. In der Zwischenzeit wurden weitere Beiträge hierzu veröffentlicht, so dass man heute von einem vierbändigen Gesamtwerk über dieses besondere Kapitel dänischer Kirchengeschichte sprechen kann.

Das Buch wirkte durch den knappen, aber sachlichen und präzisen Titel und den graubraunen Einband mit einer Zeichnung der Flensburger Heiliggeistkirche auf den Rezensenten zunächst wenig anziehend. Doch dieser Eindruck änderte sich beim Lesen sehr schnell: Es gibt wohl – auch wenn manche Mitmenschen dies anders darstellen mögen – nur wenige lokalhistorische Themenbereiche und Werke, in denen sich die gesamte nationale Geschichte widerspiegelt. Bei *Sprog og kirke* ist dies jedoch eindeutig der Fall. Das sprachliche Nebeneinander und später die nationalen Gegensätze sind ein ganz zentraler Dreh- und Angelpunkt des Werkes, und das kirchliche Leben im Bereich der Heiliggeistkirche erscheint wie ein Abbild

der besonderen Verhältnisse der Region im Laufe der Zeit.

Die Geschichte der dänischen Kirche im Süden des Herzogtums Schleswig beginnt 1588. Damals gab es noch kein Bewusstsein über nationale Zugehörigkeit, aber dennoch kann man hier die ersten Keime erkennen, die im nationalen Konflikt im 19. Jahrhundert auswuchsen. Ein Ziel der lutherschen Reformation war es, dass das Evangelium nicht mehr auf Latein, sondern in der jeweiligen Volkssprache verkündet werden sollte. Zwar war in Flensburg und weiter südlich Niederdeutsch die dominierende Sprache, doch sprachen viele Bewohner auch nur dänisch oder genauer gesagt *synnejysk*. Deshalb wurde die Kirche des aufgelösten Heiliggeisthospitals 1588 zur Pfarrkirche für die Flensburger eingerichtet, die kein Deutsch verstehen konnten.

Johann Runges Darstellung des Zeitraums von 1588 bis 1838 orientiert sich im Aufbau an den einzelnen dänischen und deutsch-dänischen Pastoren in Flensburg. Bei jedem von ihnen erfahren wir etwas über ihr Wirken zugunsten der dänischsprachigen Flensburger. Wir lesen über ihren persönlichen Hintergrund, ihre Ausbildung, ihre Karriere und ihre Arbeit in Flensburg. Wir hören von ihren größeren und kleineren Problemen, erfreulichen Ereignissen und den demografischen Veränderungen in der Gemeinde im Laufe der Zeit. Dabei erfährt der Leser viel Interessantes, nicht zuletzt dank der lebendigen Darstellung und der eingehenden Kenntnis des Verfassers über das Thema und die dafür nützlichen Quellen.

Auch im zweiten Teil über die Zeit des nationalen Konflikts behält Lars N. Henning-

sen diesen Aufbau bei. Doch je näher man an das Ende des Untersuchungszeitraums gelangt, desto mehr wird der Schwerpunkt fast unmerklich von den einzelnen Personen auf die Frage nach der Rolle der dänischen Sprache in Flensburg gelenkt. Neben den Pastoren erscheinen weitere Akteure, und im letzten Abschnitt spielt vor allem der deutsche Flensburger Propst Niese eine herausragende Rolle – aus dänischer Sicht allerdings keine erfreuliche. Lars Henningsen zeigt deutlich, wie sehr auch das kirchliche Leben in jener Zeit mit nationalen Interessenkonflikten durchsetzt war. Andererseits lässt sich aber auch feststellen, dass die Verkündigung des Evangeliums immer an erster Stelle stand und dies auch im Interesse der jeweiligen Gegenseite lag. Über Gottes Wort gab es keine Uneinigkeit – nur um die nationalen Nebenwirkungen.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs begann eine neue Zeit, in der die deutsch-dänischen Gegensätze noch heftiger als zuvor ausbrachen. Doch nach der Grenzziehung fand man eine neue Lösung für die dänische Minderheit südlich der neuen Grenze. Ab 1921 gehörten die deutschen Pastoren in Flensburg der Dansk Kirke i Udlandet (Dänische Kirche im Ausland) an, und dies gilt bis heute für die dänisch-südschleswigschen Pastoren.

Das Buch ist für den Leser sehr gut zu überschauen. Trotz der vielen Facetten des Themas ist der Rote Faden jederzeit klar ersichtlich. Die beiden Autoren ergänzen sich sehr gut, und unnötige Wiederholungen sind nirgendwo zu finden. Sie haben ein wirklich gutes Buch vorgelegt, das trotz seines bescheidenen Äußeren und seines sachlich-nüchternen Titels eine wirklich spannende Geschichte erzählt. Mitunter wünscht sich der Leser eine stärkere Einbindung des lokalen und kirch-

lichen Geschehens in die übergeordnete Geschichte, was vor allem die Zeit des Ersten Weltkriegs betrifft.

Propst Nieses eifernde und in jeder Hinsicht das Deutschtum forcierende Administration wird detailreich dargestellt – vielleicht auch zu detailliert. Die langen und vom Inhalt her immer wieder gleichen Diskussionen zwischen Niese und dem dänischen Pastor und der dänischen Gemeinde erscheinen dem Leser mitunter endlos. Andererseits wird durch diese Darstellung deutlich, dass dem Propst bei seinem beharrlichen Entgegenwirken gegen dänischen Geist und dänische Kultur in Flensburg keine Einzelheit zu unwesentlich war.

Heute ist jener sprachliche Konflikt überwunden, und wir betonen heute den sprachlichen und kulturellen Reichtum der Region. Man huldigt der Vielfalt, anstatt sich um Uneinigheiten zu sorgen. Aus der Pflege von Uneinigheiten kann nämlich nichts Fruchtbare erwachsen – man verstärkt lediglich die Gegensätze. Dies wird dem Leser bei der Lektüre von „Sprog og Kirke“ deutlich bewusst.

Karsten Hermansen

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

BENT VEDSTED RØNNE

Mellem to fronter

Arbejderbevægelsens historie i Haderslev 1873-1940.

Hadersleben: Byhistorisk Arkiv, 2005, 319 S., ill.

Auch wenn das vorliegende Buch in erster Linie stadtgeschichtlich orientiert ist, bietet es viele interessante Aspekte, die für

das gesamte schleswigsche Grenzland von Bedeutung sind. Trotz einiger interessanter Studien (u.a. von Gert Callesen und Matthias Scharl) stellt die Geschichte der frühen Arbeiterbewegung in Schleswig noch immer viele Fragen. Abgesehen vom stark wachsenden Flensburg war die Industrialisierung in den schleswigschen Städten eher mittelmäßig. Insofern repräsentiert Hadersleben die typische Kreisstadt, die als Versorgungs- und eben auch Industriezentrum für ihren Landkreis fungierte. Ein weiterer, für das gesamte Herzogtum Schleswig wichtiger Aspekt ist die nationale Frage, der sich letztlich auch die Arbeiter nicht entziehen konnten.

Eine Stärke des Buchs ist, dass der Verfasser den gesamten Zeitraum von den ersten Anfängen sozialdemokratischer Aktivitäten in den 1870er Jahren (bei denen u.a. mit dem Wanderarbeiter August Palm einer der späteren Väter der schwedischen Sozialdemokratie eine Rolle spielt) über Bismarcks Sozialistengesetze, das Erstarken der Bewegung um die Jahrhundertwende, den Ersten Weltkrieg, die kurzzeitige Regierung eines Arbeiter- und Soldatenrats auch in Hadersleben, den Übergang vom deutschen in den dänischen Staat, die Zeit unter einer sozialdemokratischen Staatsregierung bis hin zur deutschen Besetzung Dänemarks 1940 mit einbezieht.

Das Buch ist chronologisch in sechs Kapitel gegliedert. Im Mittelpunkt stehen vor allem die zahlreichen Organisationen der Arbeiterschaft und die Wahlergebnisse der Sozialdemokraten, die Schritt für Schritt in der Region Fuß fassten. Neben der sozialen Frage und der Konfrontation mit den Besitzbürgern gerieten die Arbeiter auch immer stärker in den Sog des nationalen Gegensatzes.

Die Schwäche des Werks ist, dass der Text sich sehr eng an den jeweiligen Ver-

einigungen orientiert und mitunter zu viele Details über diese und einige ihrer Akteure bringt, während die Einordnung in kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge eher zu kurz kommt. Zusammenfassungen der einzelnen Abschnitte, in denen die zahlreichen Einzelinformationen eingeordnet werden, hätten dem Buch zu mehr Übersichtlichkeit verhelfen können.

Das Buch ist außergewöhnlich reich und ansehnlich mit vielen Dokumenten und Fotos von hoher Qualität illustriert. Auch die Tabellen und Karten zu Wahlergebnissen und Aufstellungen über verschiedene Vereinigungen sind ansprechend gestaltet. Wie es der Titel „Zwischen zwei Fronten“ verspricht, ist das vorliegende Werk trotz primär lokalgeschichtlicher Ausrichtung ein interessanter Beitrag sowohl zur Geschichte der finanziell weniger Begüterten als auch zum Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch und daher auch südlich der Grenze lesenswert.

Gerret Liebing Schlaber

GERD STOLZ /
GÜNTER WEITLING (Hrsg.)

Nordschleswig: Landschaft,
Menschen, Kultur

Hrsg. anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Jahre 1955

Husum: Husum, 2005. 238 S., ill.

In der vorliegenden neuaufgelegten Publikation, die erstmals 1995 erschien, wird die Region Nordschleswig als Kulturlandschaft thematisiert. War es vor über zehn Jahren der 75. Jahrestag der Volksabstimmung von 1920, den die Herausgeber zum

Anlass ihrer Veröffentlichung für die Dachorganisation der deutschen Minderheit in Dänemark nahmen, so ist es bei dem im Jahr 2005 herausgegebenen Werk der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Im Vergleich zur Erstausgabe sind zahlreiche Beiträge überarbeitet worden und neue Aufsätze hinzugekommen, die Gesamtzahl der Artikel ist jedoch reduziert worden.

In 26 Beiträgen setzen sich verschiedene Autoren mit kunst- und kulturgeschichtlichen Themen der Region auseinander. Die Verfasser sind Historiker und historisch Interessierte, die sich überwiegend der deutschen Minderheit in Dänemark zugehörig fühlen.

Beginnend mit Themen, die unter anderem in das Mittelalter und in die frühe Neuzeit führen, darunter „Die Ruine Troiburg“ (Jochim Rogge) oder „Der Heer- oder Ochsenweg durch Nordschleswig“ (Frank Lubowitz), beschäftigt sich der überwiegende Teil der Beiträge mit kulturellen Besonderheiten des 19. und 20. Jahrhunderts, wie „Die Künstlerkolonie Ekensund“ (Gerd Vaagt) oder „Theodor Fontanes ‚Unwiederbringlich‘ – ein Erzählwerk zwischen zwei Nationalitäten“ (Gerd Stolz).

Bei der Betrachtung des Inhaltsverzeichnisses wird die Verbindung der einzelnen Beiträge zueinander zunächst nicht ersichtlich. Die Herausgeber betonen, dass sie nicht den Anspruch auf eine lückenlose Darstellung der nordschleswigschen Kulturlandschaft erheben. Vielmehr habe vor allem der deutsche Anteil nordschleswigscher Kultur bei der Themenauswahl im Mittelpunkt des Interesses gestanden. Beiträge zur Geschichte der deutschen Volksgruppe und ihrer künstlerischen, historischen und politischen Arbeit sind daher zahlreich vertreten. In diesem Zusammenhang werden auch einige lyrische Werke

deutschsprachiger Schriftsteller aus Nordschleswig präsentiert.

Darüber hinaus wählten die Herausgeber solche Themen aus, die kulturelle Verbindungen Nordschleswigs über die Regionsgrenzen hinaus aufweisen. Dazu zählen auch die Beiträge „Hadersleben – das Wittenberg des Nordens“ (Günter Weitling) oder „Die Herrnhuter Brüdergemeinde in Christiansfeld“ (Ingrid Riese).

In vielen Beiträgen kommt der persönliche Bezug der Autoren zu dem entsprechenden Thema zum Ausdruck. Hans Hermann Lodemann berichtet über die Tätigkeit des Chores der „Nordschleswigschen Musikvereinigung“ und knüpft dabei an seine eigenen Erfahrungen und Erlebnisse als Sänger im Verein an. Auch in dem Beitrag „Fuglsang – die nordschleswigsche Brauerei und Mälzerei in Hadersleben“ stellt der Autor Günter Weitling zu Beginn persönliche Verbindungen zu den Getränken des Herstellers her, indem er sich an seine Kindheit erinnert.

Im Aufsatz „Der ‚Deutsche Volkskalender für Nordschleswig‘ 1932-1945 – Platz für einen kritischen Zeitgenossen: A. Paul Weber“ von Peter Jessen Sönnichsen wird die Entstehung des jährlich erscheinenden „Volkskalenders“ innerhalb der deutschen Volksgruppe thematisiert. Dabei nimmt der Autor Bezug auf den Maler und Grafiker Andreas Paul Weber, der mit der bildlichen Gestaltung der Publikation insbesondere während der nationalsozialistischen Zeit beauftragt wurde. Der Leser dieses Beitrages erhält den Eindruck, als habe Weber schon früh die Gefahr des Nationalsozialismus erkannt und warne in seinen bildlichen Darstellungen davor. Als Mitglied des „Widerstandskreises“ um den „Nationalbolschewisten“ Ernst Niekisch sprach sich der Künstler Weber jedoch auch gegen Liberalismus, Demokratie und Parla-

mentarismus aus. Er stand zunächst vor allem aus ideologischer Konkurrenz im Widerspruch zu den Nationalsozialisten. Seine Zeichnungen aus dieser Zeit waren also kein Ausdruck des „antifaschistischen“ Widerstands (vgl. auch Danker/Schwabe: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Neumünster, 2005). Auch die vom Autor zitierte Weber-Grafik „Das Verhängnis“ (die Lithographie zeigt einen NS-Aufmarsch, der in einen Sarg führt), die der Künstler im Jahr 1932 für die Schrift „Hitler – ein deutsches Verhängnis“ anfertigte, muss aus dieser Perspektive betrachtet werden. Eine eingehendere Prüfung von Jessen Sönnichsens Beitrag bei der Vorbereitung zur zweiten Auflage wäre vorteilhaft gewesen. Zudem kommen in seinen anderen Aufsätzen Haltungen zur Vergangenheit der deutschen Minderheit zum Ausdruck, die nicht mit den Aussagen des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger über heutige Einstellungen der Volksgruppenangehörigen übereinstimmen. Im letzten Beitrag wird eine Ansprache Hans Heinrich Hansens über Vergangenheit und Zukunft der deutschen Volksgruppe abgedruckt, die der Hauptvorsitzende beim 75. Jahrestag der dänischen Wiedervereinigungsfeier 1995 auf den Düppeler Höhen hielt.

Für die weitere Beschäftigung mit den einzelnen Themen wäre es förderlich gewesen, wenn zu allen Beiträgen Literatur- und Quellenverzeichnisse aufgeführt worden wären.

Mit der besprochenen Publikation ist ein interessantes und unterhaltsames Lesebuch entstanden, das nicht zuletzt durch zahlreiche künstlerische Fotografien und andere bildliche Darstellungen zahlreiche Besonderheiten der vielfältigen Kulturlandschaft Nordschleswig herausstellt.

Ruth Clausen

MARTIN BECKER

Kulturlandschaft Flensburger Förde – Kulturlandskab Flensborg Fjord

Hrsg. v. Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Heimatgemeinschaft der Landschaft Angeln & Museum Sønderjylland – Kulturhistorie Sønderborg. Neumünster: Wachholtz, 2005, 248 S., ill.

Dies ist der dritte Band einer Reihe, in welcher der Kieler Architekt Martin Becker besondere Kulturlandschaften in Schleswig-Holstein vorstellt. Im Gegensatz zu vielen anderen Publikationen steht hier nicht eine durch mehr oder weniger natürliche geografische Trennlinien abgegrenzte Landschaft im Mittelpunkt, sondern das Land beiderseits eines Gewässers. Der vorliegende Band über die Flensburger Förde umfasst Nordangeln, Flensburg, die amtsfreie Gemeinde Harrislee sowie die bisherigen Kommunen Bau, Gravenstein, Broacker, Sundewitt, Sonderburg, Süddalsholm und Augustenburg.

Den Vorworten der Herausgeber folgen einleitende Kapitel über verschiedene Aspekte der Kulturlandschaft Flensburger Förde im Allgemeinen, über die Geschichte der deutsch-dänischen Grenze und über geschützte Naturräume entlang der Grenze.

Den eigentlichen Hauptteil des Buchs bilden jedoch die kulturgeografischen Beschreibungen der einzelnen Gemeinden auf insgesamt 140 Seiten. Jede Gemeinde – im Norden nach Kirchspielen, im Süden nach aktuellen politischen Gemeinden eingeteilt – wird auf mindestens einer ansprechend bilderten dänisch-deutschen Doppelseite vorgestellt. Zwar hat man zum großen Teil schöne Bildmotive ausgewählt, doch nicht wenige Bilder erschei-

nen schlecht belichtet, und einige haben wohl nur aus dokumentarischen Gründen einen Platz im Buch gefunden.

In erster Linie ist der vorliegende Band jedoch ein Lesebuch. Vor allem Baukunst, Infrastruktur und Landschaftsgestaltung werden als tragende Elemente der Kulturlandschaft dargestellt. Die wichtigsten Themenbereiche sind Kirchenbauten, Bauernhöfe, Gutshöfe, weitere besondere Einzelbauten, Industrieanlagen (außerhalb der Städte vor allem die Ziegeleien), Schifffahrt, Wege, Eisenbahnen, Landschaft, Gärten und besonders markante Bäume. Die Siedlungsentwicklung wird unter anderem durch Vergleiche mit den ersten Messtischblättern aus den 1870er Jahren veranschaulicht. Die äußeren Stadtteile der großen Städte bleiben weitgehend unberücksichtigt. Dem Verfasser ist es gelungen, eine große Anzahl sowohl von kulturgeschichtlich besonders wertvollen als auch von häufig wohl nur Ortskundigen bekannten und auf den ersten Blick weniger bedeutenden Natur- und Kulturdenkmälern vorzustellen. Hinweise auf Spuren von heute nicht mehr vorhandenen Elementen, die dereinst wesentlich zur Entwicklung der Kulturlandschaft beigetragen haben, finden sich oft (z.B. ehemalige Eisenbahnen und Ziegeleien). Auch in anderen Bereichen erfährt der Leser mindestens indirekt einiges über Veränderungen in der Kulturlandschaft, die das Bild derselben nachhaltig verändern. Auch wenn Martin Becker in erste Linie das Schöne und für die historisch gewachsene Landschaft Typische hervorhebt, ist die Mahnung zum Erhalt desselben zwischen den Zeilen deutlich zu vernehmen: eine Landschaft darf nicht zur bloßen Gegend herabgestuft werden, indem ihre prägenden Elemente zusehends verschwinden.

Ein ständiges Problem bei Publikationen

über das schleswigsche Grenzland ist der Gebrauch der Ortsnamen. Im vorliegenden Werk hat man eine seltsame Form gewählt: Als Artikelüberschrift steht der Name der Gemeinde grundsätzlich in der Sprache des Artikels, also dänisch und deutsch einander gegenüber. Im Artikel selbst und bei den Bildunterschriften wird hingegen ausschließlich die Staatssprache verwendet. Dabei entstehen mitunter überflüssige Doppelungen in den Bildtexten (z. B. S. 83, 107, 131, 140, 168 u.v.m.), und Konstruktionen wie z. B. „Schleswig-Holsteins kulturlandskaber“ (S. 9), „Landrat von Aabenraa“ (S. 127), „Flensburg [blev] Slesvigs administrative centrum“ (S. 146; im übrigen sachlich für die Zeit ab 1867 nicht richtig), „Skt. Jürgen kirke“ (S. 162) oder „des Sønderborger Herzogs“ (S. 213) wirken arg künstlich. Der grenzüberschreitenden Botschaft des zweisprachigen Werkes ist dies jedenfalls ebenso wenig förderlich wie dem Sprachfluss im Text.

Ein großer Pluspunkt sind ferner die Karten am Ende des Buches. Hier kann sich der Leser leicht über die genaue Lage wichtiger Kultur- und Naturdenkmäler auf beiden Seiten der Grenze orientieren.

Das Buch ist in erster Linie für ein breites Publikum geschrieben. Tiefer gehende historische Einordnungen oder Detailstudien finden sich daher nur bei einigen größeren Orten. Hauptanliegen des Buchs ist es, möglichst viele prägende Elemente der Kulturlandschaft Flensburger Förde vorzustellen und dem Leser die Bedeutung derselben bewusst zu machen. Von den meisten gängigen Bildpublikationen unterscheidet es sich wohlthuend durch die Vielzahl der vorgestellten Natur- und Kulturdenkmäler; in einigen Bereichen (z. B. Kirchen, Spuren früherer Eisenbahnen) kann man sogar von Vollständigkeit spre-

chen. Vorbildlich ist, dass das Buch komplett zweisprachig aufgelegt worden ist und somit Bewohnern und anderen Interessierten auf beiden Seiten der Staatsgrenze die eben diese Grenze überschreitende Kulturlandschaft Flensburger Förde näher bringt. Möge es dazu beitragen, dass möglichst viele Leser ihre eigene Umgebung mit neuen Augen betrachten und dass bei ihnen auch das Interesse für das jenseitige Ufer der Förde geweckt wird.

Gerret Liebing Schlaber

INGE ADRIANSEN (Red.)

God skik og orden i Sønderborg

Politordningen af 1698

Sønderborg: Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot, 2006, 32 S., ill.

Die Sonderburger Polizeiordnung von 1698 zählt zu den ältesten bekannten in der Region. Anlässlich des 750. Jahrestages der erstmaligen Erwähnung der Stadt ist sie nun in einer kleinen Festschrift erstmals auf Dänisch herausgegeben worden. Für die Übersetzung aus dem deutschen Original sorgte der Roskilder Germanistikstudent Tilo Krause, die Redaktion lag bei der bienenfleißigen Sonderburger Museumsinspektorin Inge Adriansen. Sie beschreibt in einem der beiden einleitenden Artikel, wieso die Polizeiordnung überhaupt notwendig wurde und wie sie entstand. Leider setzt der bekannte Rechtshistoriker Ditlev Tamm in seinem Beitrag die Sonderburger Polizeiordnung nicht, wie in Vorwort und Pressemitteilung angekündigt, in einen (nord-)europäischen Zusammenhang, sondern bringt in erster Linie einen Abriss der Geschichte von Gesetzgebung und Polizeiordnungen im Kö-

nigreich Dänemark mit Schwerpunkt auf Kopenhagen. Die Einordnung der Sonderburger Polizeiordnung erscheint ebenso oberflächlich wie die spärlichen Hinweise auf die Entwicklung in Europa und im Herzogtum Schleswig, obwohl Sonderburg bekanntermaßen letzterem und nicht dem Königreich angehörte. Tamm's Beitrag ist leider ein Beispiel dafür, dass man die historischen Besonderheiten des Landes südlich der Königsau in gesamt-dänischen Darstellungen auch heute noch allzu oft übersieht. In einer auf ein breites und lokales Publikum abzielenden Schrift stimmt dies doppelt ärgerlich.

Die Sonderburger Polizeiordnung, die wohl auf ein Vorbild aus der größeren Nachbarstadt Flensburg zurückgeht, spiegelt viele interessante Aspekte der damaligen Gesellschaft im Herzogtum Schleswig wider. Die Ordnung wurde notwendig, weil sich viele rechtliche Probleme anders nicht mehr lösen ließen. Zudem klagten viele Bürger über Willkürmaßnahmen des Magistrats, zu hohe Abgaben, uneinheitliche Maße und Gewichte und vieles andere. All dies und vieles andere, was die öffentliche Ordnung in der Stadt betraf, fand seinen Niederschlag in der Polizeiordnung, die den Bürgern mehr Rechtssicherheit brachte.

Das Dokument ist nicht nur lokalhistorisch, sondern auch überregional rechts-, sozial- und kulturgeschichtlich interessant. Hätte man den deutschen Originaltext mit abgedruckt, könnte man mit dieser ansprechend gestalteten Schrift sicher ein größeres Publikum erreichen.

Gerret Liebing Schlaber

Ruth E. Clausen, Diplom-Museologin
Deutsches Museum Nordschleswig
Rønhaveplads 12
DK-6400 Sønderborg

Henrik Doensig Jørgensen,
cand.oecon
Danske Regioner
Dampfærgevej 22
DK-2100 København Ø

Lothar Hay, MdL
Moorbachwinkel 8
24939 Flensburg

Lars N. Henningsen, dr. phil.
Studieafdelingen ved
Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Karsten Hermansen, ph.d.
Møllevejen 63A
DK-5960 Marstal

Ove Jensen, M.A.
Hasselbrookstraße 131
22089 Hamburg

Anna Kahlen
Ruhetaler Weg 1a
24960 Glücksburg

Tilo Krause
Universitetsparken 1B, 22
DK-4000 Roskilde

Benjamin Lassiwe, M.A.
Universität Greifswald
Lehrstuhl für Nordische Geschichte
Bahnhofstraße 51
17487 Greifswald

Dr. Jörn-Peter Leppien
Libellenring 15
24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharlt
Kulturstiftung des Kreises
Schleswig-Flensburg
Suadicanistraße 1
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdeling og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Torben Dall Schmidt,
cand.oecon, ph.d
Institut for Grænseregionsforskning
Syddansk Universitet
Persillegade 6
DK-6200 Aabenraa

Amelia J. Westerman
Kirke Værløsevej 31, 3 tv
DK-3500 Værløse

Anna Kahlen, Die Integration türkischer Migranten. Ein Veranstaltungsbericht Foto: Anna Kahlen

Amelia J. Westerman/Tilo Krause, Deutsch in Dänemark – Dänisch in Deutschland. Schulen im Grenzland und ihr Verhältnis zum Nachbarsprachenunterricht Abb.1: Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH); Abb. 2-4: Flensburg Avis, 10.2.2006. Fotos: Lars Salomonsen

Torben Dall Schmidt/Henrik Doensing Jørgensen, Innovation und Forschung in den neuen dänischen Regionen. Die Position Süddänemarks Abb. 1: Danske Regioner, København 2006, www.regioner.dk; Abb. 2: Dansk Center for Forskningsanalyse, Aarhus Universitet, forskningsstatistik 2002 u. Berechnungen d. Verfasser; Abb. 3: Dansk Center for Forskningsanalyse, Innovationsstatistik 2002 u. Berechnungen d. Verfasser; Abb. 4: M. Windelin, Større regionale uddannelsesforskelle. Arbejderbevægelsens Erhvervsråd, Prognoser, november 2005; Abb. 5: Danmarks Statistik u. Berechnungen d. Verfasser; Abb. 6: Danmarks Statistik u. Amtrådsforeningen

Jörn-Peter Leppien, Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Die historische Dokumentation in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund Abb. 1, 3 u. 4: Ulrich Jeß, 2006; Abb. 2: Ausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“, Nr. 72

Lars N. Henningsen, Geschichte und Politik: der Oeversee-Marsch Abb. 1 u. 2: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig; Abb. 3: Flensburg Avis, 7.2.2006. Foto: Lars Salomonsen

Postvertriebsstück
C 3340 F
Entgelt bezahlt
Grenzfriedensbund e.V.
Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg